

DIE GLEICHBERECHTIGUNG
VON MANN UND FRAU
IM DEUTSCHEN UND ISRAELISCHEN
FAMILIENRECHT,
INSBESONDERE IHRE
VERMÖGENSRECHTLICHEN WIRKUNGEN

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt
von Rechtsanwalt
GABRIEL MILLER
aus Preßburg

1964

DIE GLEICHBERECHTIGUNG

VON MANN UND FRAU IM DEUTSCHEN
UND ISRAELISCHEN FAMILIENRECHT, INS-
BESONDERE IHRE VERMÖGENSRECHTLICHEN
WIRKUNGEN

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt
von
Rechtsanwalt
GABRIEL MILLER
aus Preßburg



1964

Erstgutachter: Prof. Dr. Hans Peter

Zweitgutachter: Prof. Dr. Hellmut Georg Isele

Tag der mündlichen Prüfung: 26.2.1964

VORWORT

Alle Rechtsinstitutionen unterliegen beständiger Entwicklung. Die Anschauungen der Menschen ändern sich, Zeit und Ort, Klima und Umgebung und die sozialen Verhältnisse eines Landes beeinflussen das Recht und wirken auf es ein. So war es mit dem deutschen Recht, und so ist es mit dem jüdischen Recht.

Trotz dieser Wandlungsfähigkeit der Rechtsinstitutionen sind gewisse wesentliche Grundlagen stets bestehen geblieben. Das jüdische Recht im allgemeinen galt eine geraume Zeit hindurch als ausschließliche Norm und Regel für das öffentliche und Privatleben des jüdischen Volkes wie auch der einzelnen jüdischen Familien. Insbesondere zieht das jüdische Familienrecht die Aufmerksamkeit auf sich, weil es nicht, wie die anderen Teile des jüdischen Rechts, außer Geltung gekommen und antiquiert ist, sondern noch heute praktische Bedeutung hat.

Zweck dieser Arbeit ist zunächst die Schilderung des Familiengüterrechts in Israel, ferner die Vergleichung der Entwicklung der Güterrechtssysteme des Familienrechts im deutschen und jüdischen Recht. Daher ist hier das jüdische bzw. das israelische Recht mit der bis zum 30. Juni 1958 in Deutschland geltenden Fassung verglichen, und das künftige israelische Recht - der Entwurf zum Personen- und Familienrecht - mit dem deutschen BGB in der ab 1. Juli 1958 geltenden Fassung. Um die jüdische Regelung und ihre Anwendung in Israel darzustellen, war es erforderlich, an manchen Stellen den Ursprung der Regel zu erklären und sich mit allgemeinen Fragen des materiellen Rechts in Israel zu beschäftigen. Eine eingehende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

Der Verfasser spricht die Hoffnung aus, daß die Klarstellung der Tatsache, daß gewisse Anordnungen und Vorschriften im jüdischen Recht schon seit Jahrhunderten vorhanden sind, ihre Aufnahme in das deutsche Recht dagegen erst im zwanzigsten Jahrhundert gelungen ist, für den Juristen von Interesse sein wird, und so auch manches Vorurteil, das von altersher gegen jüdische Anschauungen herrscht, beseitigen wird.

Es ist für mich eine sehr angenehme Pflicht, an dieser Stelle meinem verehrten Lehrer Professor Dr. Hans Peter meinen verbindlichsten Dank auszusprechen für seine vielfältige Hilfe, mit der er die Entstehung dieser Arbeit gefördert hat. Ebenfalls möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn danken, ohne deren Unterstützung die Arbeit wohl kaum zustande gekommen wäre; Herrn Oberrichter H. Cohn vom Obersten Gericht in Jerusalem, für seine Erläuterungen, die das israelische Recht betreffen; Herrn Dr. Dietrich und Frau Susanne Sperling, die mir als Freunde während meines Aufenthaltes in Deutschland zur Seite standen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	I
Literaturverzeichnis	VI
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Erster Abschnitt	
Einführung in das israelische Recht und in das Thema	
§§ 1 - 15	1
A. Die charakteristischen Merkmale des hebräischen Rechts. §§ 1-3	1
B. Die Quellen des hebräischen Rechts. §§ 4-5	5
C. Die geschichtliche Entwicklung der Rechtsprechung im alten Israel. §§ 6-9	8
D. Der Rechtszustand in Israel. §§ 10-11	12
E. Das Personalstatut. §§ 12-14	15
F. Das Gleichberechtigungsgesetz. § 15	19
Zweiter Abschnitt	
Ehevertrag und Güterstände. §§ 16-40	20
1. Titel: Die Regelung in Israel. §§ 16-24	20
A. Die Ketuba. §§ 16-20	20
B. Vertragsmäßiges Güterrecht. §§ 21-23	26
C. Das Gleichberechtigungsgesetz. § 24	30
2. Titel: Das Ehegüterrecht nach dem Entwurf eines Gesetzes über das Personen- und Familienrecht §§ 25-37	31
A. Gesetzlicher Güterstand. §§ 25-30	31
B. Vertragsmäßiges Güterrecht. §§ 31-36	36
I. Allgemeine Vorschriften. §§ 31-34	36

	Seite
II. Gütertrennung. § 35	39
III. Gütergemeinschaft. § 36	40
C. Stellungnahme zum Ehegüterrecht des Entwurfs § 37..	41
3. Titel: Die Regelung in Deutschland. §§ 38-43	46
A. Das BGB in der bis 1.4.1953 geltenden Fassung. § 38 .	46
B. Das BGB in seiner neuen Fassung. §§ 39-43	49
 Dritter Abschnitt	
Die Rechte des Mannes am Vermögen der Frau. §§ 44-63	53
1. Titel: Die Regelung in Israel. §§ 44-61	53
A. Die Melug- und Zon-Barsel-Güter. §§ 44-48	53
B. Die rechtliche Folge der Unterscheidung zwischen Zon-Barsel-Gütern und Melug-Gütern. §§ 49-50	58
C. Die Früchte des eingebrachten Gutes. §§ 51-56	60
D. Die Anwendung des jüdischen Rechts. §§ 57-61	66
I. Die Zeit vor der Einführung des Gleichberechtigungsgesetzes. § 57	66
II. Das Gleichberechtigungsgesetz. §§ 58-61	67
2. Titel: Die Regelung nach dem Entwurf. § 62	73
3. Titel: Die Regelung des deutschen BGB in seiner alten Fassung. § 63	73
 Vierter Abschnitt	
Wirkung der Ehe nach außen. §§ 64-71	77
A. Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten und dritten Personen. §§ 64-67	77
B. Schlüsselgewalt. §§ 68-71	80

	Seite
Fünfter Abschnitt	
Der Familienunterhalt. §§ 72-83	88
1. Titel: Die Regelung in Israel. §§ 72-96	88
A. Die Pflichten des Ehemannes gegenüber seiner Frau. §§ 72-83	88
I. Die Ernährung. §§ 73-79	88
II. Kleidung und Wohnung. §§ 80-81	95
III. Die Heilungspflicht. § 82	96
IV. Unterhalt bei Getrenntleben. § 83	97
B. Die Pflichten der Frau. §§ 84-90	99
C. Der Unterhalt der Kinder. §§ 91-94	105
D. Das Gleichberechtigungsgesetz. §§ 95-96	109
2. Titel: Die Regelung nach dem Entwurf. §§ 97-104	110
A. Der Unterhalt zwischen Ehegatten. §§ 97-100	110
B. Der Unterhalt der Kinder. §§ 101-104	112
3. Titel: Die Regelung in Deutschland. §§ 105-113	114
A. Das BGB in seiner bis 31.3.1953 geltenden Fassung. §§ 105-109	114
B. Das BGB nach den Änderungen von 1958 §§ 110-113	118
Sechster Abschnitt	
Zur Stellung der Frau im Judentum. §§ 114-117	124
Formular der Ketuba	130

LITERATURVERZEICHNIS

- Achilles-Greiff Bürgerliches Gesetzbuch, 20.A., Berlin 1958
- Akzin, B. Codification in a New State, The American
Journal of Comparative Law 1956, Vol. 5
S. 45-77
- Basic Laws and Entrenched Laws in Israel,
Hapraklit Bd. 17, S. 230 ff.
- All England Law Reports
- Annotated Law Reports (edited by Apelbom-Levanon)
- Arnold, E. Zur Neuregelung der Schlüsselgewalt.
FamRZ 1958, S. 193-179
- Arnold Gesetzliche Neuregelungen im Bereiche der
elterlichen Gewalt, FamRZ 1959, S. 425-429
- Badi, U. Fundamental Laws of the State of Israel.
New York 1961
- Baker, H.E. The Legal System of Israel, The Israel Year
Book 1955
- Baker, H.E. The reception and development of Common Law
and Equity in Israel, ILC, S. 24-42
- Baligand, A.v. Der Ehevertrag, München 1906
- Bärmann, U. Das neue Ehegüterrecht, AcP 1957, S. 145
- Beitzke, G. Familienrecht, I.A., München-Berlin 1947
- Familienrecht, 10.A., München-Berlin 1962
- Die Unterhaltspflicht gegenüber ehelichen Kin-
dern nach dem GleichbG, JR 1959 S. 45
- Betrachtung zum neuen Kindschaftsrecht.
FamRZ 1958, S. 7-12
- Bentwich, N. Surveys of Devisions, Israel; The International
and Comparative Law charterly Vol. 1, London
1952, S. 275 ff.
- Berger, F. Das GleichbG. Der BRD und seine Bedeutung für
Österreich, FamRZ 1961, S. 89-95

- Bergmann, E. Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Frankfurt/M., 1957, 3. A., Bd. 3, Israel
- Bosch, F.W. Bemerkungen zum GleichbG, FamRZ 1957, S. 189
- Das neue Ehevermögensrecht, insbesondere das Ehegüterrecht, FamRZ 1958, S. 289
- Grundsatzfragen des GleichbG, vor dem BVerfG, FamRZ 1959, S. 265
- Zum Urteil des BVerfG vom 29. Juli 1959 FamRZ 1959, S. 406-416
- Freiheit und Bindung im neuen deutschen Familienrecht, FamRZ 1958, S. 81-88
- Familienrechtsreform, Siegburg 1952
- Entwicklungslinien des deutschen Familienrechts seit 1945. Juristen-Jahrbuch, 2.B. 1961/62 S. 42-61
- Breslauer, B. Parallelen zwischen jüdischem und deutschem Recht, Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur, Berlin 1907
- Brühl Der Familienunterhalt nach dem GleichbG. FamRZ 1957, S. 277
- Buchholz, P. Die Familie nach rechtlicher und moralischer Beziehung nach mosaisch-talmudischer Lehre, Breslau 1867
- Caro, D. Über die Würde der Frauen in Israel, Allgemeine Zeitung des Judentums 1837 Nr. 87
- Conrad, H. Deutsche Rechtsgeschichte Bd. I, 1. A. Karlsruhe 1954
- Current Law Reports (edited by Levanon)
- Dölle, H. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Familienrecht, JZ 1953, S. 353
- Döllner, J. Das Weib im Alten Testament, Münster i.W. 1920
- Draft Family Code for the State of Israel; Harvard Law School, Cambridge Mass. 1956

- Duschak, M. Das mosaisch-talmudische Eherecht, Wien 1864
- Eberharter, A. Das Ehe- und Familienrecht der Hebräer, Münster i.W. 1914
- Egger, A. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der jüngsten familienrechtlichen Gesetzgebung, Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Bd. 73 (1954), S. 1 ff.
- Eisser, G. Die Anerkennung der Persönlichkeit der Ehefrau im neuen Eherecht, FamRZ 1959, S. 177-188
- Encyclopedia The Universal Jewish, New York 1958
- Encyclopedia, Judaica Berlin 1932
- Engelrad, J. Maintenance of a child over 15, Haparaklit Bd. 18, S. 1 ff.
- Enneccerus Nipperdey Allg. Teil des Bürgerlichen Rechts, 2 Bde. 15.A., 1959/60
- Enneccerus, L., Kipp, Th., Wolff, M. Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. Das Familienrecht, Marburg 1914 (zit. Kipp-Wolff)
- Epstein, L.M. The Jewish Marriage Contract, New York 1927
- Eschelbacher, M. Die Frau im Judentum, Frankfurt/Main 1914
- Finke Das künftige eheliche Güterrecht, JR 1957, S. 161
- Erläuterungen zum GleichbG., MDR 1957 S. 514, 578
- Verwaltungsbeschränkungen im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft, BB 1957, S. 564
- Frankel, Z. Grundlinien des mosaisch-talmudischen Eherechts, in Jahresbericht des jüdisch-theologischen Seminars. Breslau 1860
- Freund, L. Zur Geschichte des Ehegüterrechts bei den Semiten, Sitzungsberichte der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, 162. Bd. Wien 1909
- Friedmann, W. Law in a Changing Society, London 1959

- Friedmann, W. Matrimonial Property Law, London 1955
 (zit. Friedmann)
- Gernhuber, J. Das eheliche Vermögensrecht und die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft, FamRZ 1959, S. 465
- Gierke, O.v. Deutsches Privatrecht, 2.Bd. Leipzig 1905, 3.Bd. München-Leipzig 1917
- Goetz, F. Die Stellung der Frau im Judentum, Riga 1929
- Heuston, R.F.V. Essays in Constitutional Law, London 1960
- Hoffmann, R.O. Beiträge zum ehelichen Güterrecht Palästinas, Diss. Tübingen 1933
- Hooper, C.A. The Civil Law of Palestine and Trans-Jordan, Jerusalem 1936
- Horowitz, G. The Spirit of Jewish Law, New York 1953
- Hübner, R. Grundzüge des deutschen Privatrechts, 5.A. Leipzig 1930
- Karo, Josef Schulchan Aruch:
 1. Ewen Haeser, Hamburg 1837
 2. Choschen Mischpat, Hamburg 1838
 3. Orach Chajim, Hamburg 1839
 4. Jore Dea, Hamburg 1840
- Kirafly, A.K.R. The English Legal System, 1960 3.ed.
- Kisch, G. The Jewish Law of Concealment, Historia Judaica N-Y 1939, Vol. 1.Bd. Nov. 1938
- Kister, Y. Laws of Personal Status, ILC, S. 244-256
- Knur, A. Zugewinnngemeinschaft, Ehevertrag und Verfügung von Todes wegen, DNotZ 1957, S. 451
- Kohler, J. Gemeinschaft und Familiengut im israelitischen Recht, Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft, 17.Bd. 1904, S.217 ff.
- Krüger-Breetzke-Nowack Gleichberechtigungsgesetz, München-Berlin 1958
- Lange, H. Die Lücke im Kindschaftsrecht, NJW 1961, S. 1889-1896

- | | |
|-----------------------------|---|
| Laws of the State of Israel | (Autorisierte englische Übersetzung, hrsg. v. Justizministerium, Vol. 1 ff., 1949 ff.) |
| Lehmann, H. | Deutsches Familienrecht, 3. A., Berlin 1960 |
| Levy, J. | Wörterbuch über die Talmudim und Midraschim, Berlin-Wien 1924 |
| Lewin, J. | Die Chasaka, Zeitschrift für Vergl. Rechtswissenschaft, 29. Bd., 1913, S. 151 |
| Lexikon | Jüdisches, Berlin 1930 |
| Lichtschein, L. | Die Ehe nach mosaisch-talmudischer Auffassung, Leipzig 1879 |
| Malchi, E. | The reception and development of Common Law and Equity in Israel, ILC, S. 70-73 |
| Massfeller, F. | Das Gesamte Familienrecht, Frankfurt/M.-Berlin 1958 |
| - | Das GleichbG mit Ausnahme des ehelichen Güterrechts, DNotZ 1957, S. 342 |
| - | Das Gleichberechtigungsgesetz mit Ausnahme des elterlichen Güterrechts, DNotZ 1957, S. 342-367 |
| Massfeller-Reinicke | Das GleichbG. Köln-Berlin, 1958 |
| Maunz; Th. | Deutsches Staatsrecht, 12. A., München-Berlin 1963 |
| Meyer, H. | Entwertung und Eigentum im deutschen Fahrnisrecht, Jena 1902 |
| Mitteis, H. | Bürgerliches Recht, Familienrecht, 4. A. Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1949 |
| - | Deutsche Rechtsgeschichte, 8. A. München-Berlin 1963 |
| Müller-Freienfels | Ehe und Recht, Tübingen 1962 |
| - | Kernfragen des GleichbG, Juristenzeitung 1957, S. 685 |
| - | Equality of Husband and Wife in Family Law, The International and Comparative Law Quarterly, Vol. 8, 1959, S. 249-267 |

- Müller-Freienfels Zur heutigen "Schlüsselgewalt", Festschrift für H. Lehmann, 1. Bd. 1956, S. 388-418
- Neumayer, K.H. Die Kombination von Vermögenstrennung und Vermögensteilhabe im ehelichen Güterrecht, RabelsZ. 1953, S. 376-422
- Neustadt, M. Kritische Studien zum Familienrecht, Berlin 1907
- Palandt Bürgerliches Gesetzbuch, 22. A. 1963; die zit. Par. bearbeitet von W. Lauterbach
- Palestine Law Reports (edited by Mc Donnel, Baker, Azouri, London-Jerusalem, 1920-1948)
- Peter, Hans Actio und Writ, Tübingen 1957
- Petersheim, A. Schlüsselgewalt und Gleichberechtigung, FamRZ 1957, S. 169
- Radbruch, G. Der Geist des englischen Rechts, Heidelberg 1946
- Rechtsphilosophie. 4. A., Stuttgart 1950
- Reinicke, D. Die Berechnung der Ausgleichsforderung im Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft, BB 1957, S. 759
- Zum neuen ehelichen Güterrecht, Neue Juristische Wochenschrift 1957, S. 889
- Eheliches Güterrecht und Gleichberechtigung, NJW 1953, S. 681
- Zum Unterhalt der Ehegatten nach dem Gleichberechtigungsgesetz, DRiZ 1958, S. 43-45
- Rotenberg Collection of Judgments of the Courts of Palestine, 1919-1936
- Schaffer, S. Das Recht und seine Stellung zur Moral nach talmudischer Sitten- und Rechtslehre, Frankfurt a.M. 1889
- Scheffler, G. Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der BGH, Kommentar hrsg. von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern, 10 u. 11. A. IV. B., bearbeitet von G. Scheffler

- Scheftelowitz, E.E. The Jewish Law of Family and Inheritance and its Application in Palestine, Tel Aviv 1947
- Interkonfessionelles und internationales Religionsrecht in Israel, AcP 152. Bd. (32. Bd.) 6. Heft 1953
- Schlösser, P. Inanspruchnahme des Mannes aus nichtrechtsgeschäftlichem Verhalten der Ehefrau im Haushalt, FamRZ 1961, S. 287-295
- Schnitzer Vergleichende Rechtslehre, 2 Bde. 2.A. Basel 1961
- Schrade, W. Die Grundzüge des Verwandten-Unterhalts nach dem Inkrafttreten des GleichbG, FamRZ 1957, S. 342
- Schwarzhaupt, E. Die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen, FamRz 1957, S. 33-40
- Schwoerer, J. Was nun? NJW 1959, S. 2089-2093
- Silberg, M. Law and Morals in Talmudic Law, Jerusalem 1952
- Spitzer, E. Das gegenwärtige Eherecht in Israel in seinem Verhältnis zu den biblisch-talmudischen Prinzipien, Diss. Köln 1961
- Staudinger Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, IV. Bd. Familienrecht, 9.A.(1926), Erläutert von T. Engelmann, hrsg. von F. Keidel
- I.B. Allgemeiner Teil, 11.A. (1957), erläutert von F. Brändl und H. Coing
- II.B. Recht der Schuldverhältnisse, 9.A. (1928) bearbeitet von K. Kober und H. Nipperdey
- Stephen's Commentaries on the Laws of England, Vol. 1, 21.ed., London 1950
- Strack, L.H. Einleitung in Talmud und Midras, München 1921
- Talmud. Der Babylonische-, Neu übertragen durch Lazarus Goldschmidt, Berlin 1931

- Thiele, W. Miteigentumserwerb der Ehegatten an dem
während der Ehe angeschafften Hausrat, FamRZ
58, S. 115-120
- I
- Tschernowitz, Ch. Das Dotalsystem nach der mosaisch-talmudi-
schen Gesetzgebung, Zeitschrift für Verglei-
chende Rechtswissenschaft, 29.Bd. 1913,
S. 445
- Tschiporikov, B. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau im
Familienrecht der europäischen sozialistischen
Staaten und der BRD, Diss. Göttingen 1961
- Vitta, E. The conflict of Laws in Matters of Personal
Status in Palestine, Tel-Aviv 1947
- Weber, M. Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung,
Tübingen 1907
- Frauenfragen und Frauengedanken, Tübingen
1919
- Weber, O. Die Überleitung des ehelichen Güterrechts
nach dem GleichbG, DNotZ 1957, S. 570
- Yadin, U. The Proposed Law of Succession in Israel,
The American Journal of Comparative Law,
1953, Vol. 2, S. 143-155

- Eliesri, S. Die Rechte des Ehemannes und der Ehefrau in der Wohnung, 1958
אליעזרי ש., זכויות הבעל והאשה בדיוור, סיני, ספר היובל, השי"ח עמ' של"ח
- Arieli, Z. Die Grundlagen der Entwicklung des hebräischen Rechts
אריאלי ז., קוי היסוד של המשפט העברי בהתפתחותם ההסטורית, חלק א', הוצ' אג' הסוד' ח"א 1953
1. Dykan, P. Unanwendbarkeit der "Melug Güter"
דייקן פ., אי תחולת נכסי מלוג, הפדקליט 1959, עמ' 109
2. Dykan, P. Standesrecht
דייקן פ., דיני אישים, הוצ' אג' הסוד' ירושלים
3. Dykan, P. Der rechtliche Stand der Frau in Israel
דייקן פ., המצב המשפטי של האשה בישראל, חל-אביב תש"י
4. Dykan, P. Law of Marriage and Divorce, 1956
דייקן פ., דיני נישואין וגירושין, 1956
- A.H.Freimann Die neue Verordnung des Obersten Rabbinats im Personenstand
פריימן א.ח., התקנות החדשות של הרבנות, סיני י"ד, עמ' רנ"א
- H. Freimann Trauungs- und Heiratsordnung, 1945
פריימן א.ח., סדר קידושין ונישואין, ירושלים תש"ה
- Gulak, A. Grundlagen des hebräischen Rechts
גולק א., יסודי המשפט העברי, ברלין 1922
- Karlin, A. Das Personenstandsrecht
קרלין א., דיני מעמד אישי, דברי משפט

- Karo, J. Schulchan Aruch (Mit Erläuterungen)
קארו י., שולחן ערוך עם פרושיו
- Maimonides Mischne Tora (Mit Erläuterungen)
רמב"ם, משנה תורה, הלכות אשות עם פרושיו
- Malchi, E. Die Rechtsgeschichte Palästinas
מלחי א., תולדות המשפט בארץ ישראל - אל, מהדורה שנייה, תל-אביב 1953
- Perles, F.S. Rechtsfragen der Gemeinden und Religionen in Israel
פרלס ש., שאלות משפטיות בדבר עדות דתיות ודתות בישראל, הפרק- לים 1960, עמ' 67
- Rodner, A.A. Personenstandsrecht, 1949
רודנר א.ע., משפטי אישות, ירוש- לים תש"ט
- Schereschewski Family Law
שרשבסקי ב., דיני משפחה, ירושלים 1958
- Silberg, J. Personal Status in Israel
זילברג י., המעמד האישי בישראל, ירושלים 1957
- Sochobolski, A. De facto Application of Jewish Law on Matrimonial Relations between Husband and Wife
סוכובולסקי א., החולת המשפט העב- רי למעשה על יחסי הרכוש שבין בני זוג יהודיים בישראל, הפרקליט 1959
- Talmud Mit Erläuterungen
תלמוד בבלי, עם פרוש רש"י וחוס- פות
- Tedeschi, G. Notes on the Family Bill
טדסקי ג., הערות על הצעת חוק היחיד והמשפחה, הפרקליט 1958

- Tedeschi, G. **Rechtsforschungen unseres Landes**
 טדסכי ג., מחקרים במשפט ארצנו,
 מצוטט ע"פ הפרקליט ח'
- Usiel, B.Ch. **Die Stellung der Frau nach der Thora**
 עוזיאל ב.ח., מעמד האשה לפי הש-
 קפת התורה, מבחר המחשבה והמוסר
 ביהדות, בעריכת צ. זהבי תשי"ד
- Vardi, R. **Die Gleichberechtigung der Frau gemäß dem
 hebräischen Recht**
 ורדי ק., שוויון האשה לאור המשפט
 העברי, הפרקליט ח' 1951/2, עמ'
 123
- Wager-Dickstein **Die Entwicklung des Arbeitsrechts der jüdi-
 schen Bevölkerung unserer Zeit, 1940**
 וגר-דיקשטיין, התפתחות דיני הע-
 בודה בישוב העברי בזמננו, ירוש-
 לים ת"ש
- Zadok, Ch. **Kommentar zum Gleichberechtigungsgesetz**
 צדוק ח., בשולי התחיקה, חוק שווי
 זכויות האשה, הפרקליט תשי"ב עמ'
 66
- Hebr. Encyclopedia (Tel Aviv 1949 ff.)
 האנציקלופדיה העברית
- Entscheidungen der Rabb. Bezirksgerichte (erscheint seit 1950)
 פסקי דין של בתי הדין הרבניים
 האזוריים בישראל, כרכים א'-ה'
- Entscheidungen des Obersten Rabb. Gerichts
 אוסף פסקי דין של הרבנות הראשית
 לא"י, בית הדין הגדול לערעורים
 תש"י
- Entscheidungen (Pisske-Din) hrsg. v. Justizministerium
 Jerusalem (1948 ff.)
 פסקי דין, הוצאת משרד המשפטים,
 ירושלים
- Entscheidungen (Pessakim) hrsg. v. Verband der Rechtsanwält-
 te in Israel (1948 ff.)
 פסקים, בהוצאת לשכת עורכי הדין
 בישראל

Entwurf zum Personen- und Familienrecht

הצעת חוק היחיד והמשפחה, משור
המשפטים, ירושלים 1955

Gideon, R.

Die Gesetze des Staates Israel

הוקי מדינת ישראל, בעריכת גדעון,
מהדורה שניה

Gesetzbuch

hrsg.v. Justizministerium Jerusalem (1948)

ספר החוקים, הוצאת משור המשפטים,
ירושלים

Verhandlungen der Knesset (1948 ff.)

דברי הכנסת, כרך 9, עמ' 2005
ועילך

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A.	= Auflage
aaO.	= am angegebenen Ort
Abs.	= Absatz
AcP	= Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	= alte Fassung
All E.R.	= All England Law Reports
ALR	= Annotated Law Reports
Art.	= Artikel
a.M.	= anderer Meinung
Bd.	= Band
Ba-Ba	= Baba-Batra (Teil des Talmuds)
Ba-Ka	= Baba-Kama (Teil des Talmuds)
Ba-Me	= Baba-Micia (Teil des Talmuds)
BB	= Betriebsberater (Zeitschrift)
Bi.	= Bibel (das Alte Testament)
GBG	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
B-H	= Baer-Hetew, Kommentar zum Schulchan Aruch
B-Sch	= Bet-Schmuel, Kommentar zum Schulchan Aruch
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
Ci.A.	= Civil Appeal
Ch-M	= Chelkat Mechokek, Kommentar zum Schulchan Aruch
Cho-M	= Choschen Mischpat, eines der vier Bücher des Schulchan Aruch
Cr.A.	= Criminal Appeal
ders.	= derselbe Autor
Deut.	= Deuteronomium, das 5. Buch Moses
Enc. Jud.	= Encyclopedia Judaica
Entw.	= Entwurf zum Personen- und Familienrecht (Israel)
EORG	= Entscheidungen des Obersten Rabbinatsgerichts
ERG	= Entscheidungen des Rabbinatsgerichts
Ex.	= Exodus, das 2. Buch Moses
FamRZ	= Ehe und Familie (Zeitschrift)
ff.	= und folgende
Fol...a	= Blatt... Seite a
Fol...b	= Blatt... Seite b
Gen.	= Genesis, das 1. Buch Moses
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949

Git.	= Gitin (Teil des Talmuds)
gl.M.	= gleicher Meinung
H.C.	= High Court
H-I	= Maimonides, Mischne-Thora, Hilchot-Ischut
ILC	= International Lawyers Convention in Israel 1958, Jerusalem 1959
J-D	= Jore-Dea, eines der vier Bücher des Schulchan A.
Jer.	= Jerusalemer Talmud
Jew.	= Jewamot (Teil des Talmuds)
JR	= Juristische Rundschau (Zeitschrift)
jüd. Lex.	= Jüdisches Lexikon
JZ	= Juristenzeitung (Zeitschrift)
Ketu.	= Ketubot (Teil des Talmuds)
Kidu.	= Kiduschin (Teil des Talmuds)
Kne.Ge.	= Knesset Gedola, Kommentar zum Tur
Kö.	= Könige (Buch des Alten Testaments)
Le-M	= Lechem Mischne, Kommentar zu Maimonides
Lev.	= Leviticus, das 3. Buch Moses
LSI	= Laws of the State of Israel
Maimo.	= Maimonides (sein Werk Mischne Thora)
MDR	= Monatsschrift für deutsches Recht
Mich.	= Micha (Buch des Alten Testaments)
M-M	= Magid Mischna, Kommentar zu Maimonides
Ned.	= Nedarim (Teil des Talmuds)
n.F.	= neue Fassung
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
Num.	= Numeri, das 4. Buch Moses
OLG	= Oberlandesgericht
Par.	= Paragraph
PLR	= Palestine Law Reports
Pr.	= Proverbia, Sprüche (Buch des Alten Testaments)
R.	= Rabbi
Raschbam	= R. Samuel ben Me'ir (1085-1149) Bibel- und Talmud- kommentator
Raschi	= R. Schlomo Isacki (1040-1105) Bibel- und Talmudkommen- tator
Ri	= Richter (Buch des Alten Testaments)
Riwasch	= R. Isack ben Scheschet (1326-1408)
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Ro-Ha	= Rosch Haschana (Teil des Talmuds)
S.	= Seite
s.	= siehe
Sammlg. Rot.	= Sammlung Rotenberg (s. Literaturverzeichnis)

San.	= Sanhedrin (Teil des Talmuds)
Sch.	= Schulchan Aruch, Ewen Haeser
Schaw.	= Schawuot (Teil des Talmuds)
Sot.	= Sota (Teil des Talmuds)
Sp.	= s. Pr.
T.	= Talmud (der Babylonische)
T-A	= Tel Aviv
Tur	= Vier Bücher (die die gleichen Namen wie die Bücher des Schulchan Aruch haben) von R. Jakob ben Ascher (1269-1343)
Urt.	= Urteil
v.	= von
vgl.	= vergleiche

"Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner Religion oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." ¹⁾

"The State of Israel will ensure complete equality of social and political rights to all its inhabitants irrespective of religion, race or sex; it will guarantee freedom of religion, conscience, language, education and culture." ²⁾

ERSTER ABSCHNITT

EINFÜHRUNG IN DAS ISRAELISCHE RECHT UND IN DAS THEMA

A. DIE CHARAKTERISTISCHEN MERKMALE DES HEBRÄISCHEN RECHTS

§ 1 Der Ursprung des hebräischen Rechts ³⁾

Das Volk Israels erhielt von Moses die Gesetzbücher, die er am Berge Sinai empfing: eine Sammlung des Gewohnheitsrechts und den levitischen Kodex, bekannt als die fünf Bücher Moses, Thora oder Pentateuch; diese Bücher enthalten neben den Moral- und Rechtsregeln für das tägliche Leben des einzelnen und des Volkes auch die Grundlagen der Religion. Die Religions- und Rechtsgesetze sowie die Moral- und Gerechtigkeitsregeln stammen nach jüdischer Anschauung von einer göttlichen Quelle, und daher kommt auch die feste Verbindung zwischen ihnen, was in den besonderen, charakteristischen Merkmalen des hebräischen Rechts zum Ausdruck kommt. ⁴⁾

¹⁾ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 3, Abs. 3

²⁾ Declaration of the establishment of the State of Israel from 14th May 1948 (Laws of the State of Israel, Vol. 1)

³⁾ Horowitz S. 1 ff.

⁴⁾ Der religiös-ethische Gehalt des jüdischen Rechts fehlte dem Rechte anderer semitischer Stämme, beispielsweise dem babylonischen und dem assyrischen Recht; Schnitzer aaO. S. 328

Die Moral- und Rechtsregeln, wie gesagt, stammen aus e i n e r Quelle, und das ist Gott als Inbegriff der Gerechtigkeit und Redlichkeit.

Diese Regeln hängen mit dem Staat oder mit dem Königreich nicht direkt zusammen; es ist zu bemerken, daß auch während des Bestehens des hebräischen Königreiches die Erhaltung des Reiches keine besondere Aufgabe des Rechtes war, sondern nur die der Bewahrung der Rechte des Individuums.⁵⁾

Das Recht ist, wie die Gerechtigkeit, allgemeingültig für jeden Menschen; wie es keine deutsche, römische oder hebräische Gerechtigkeit geben kann, sondern nur e i n e Gerechtigkeit, die von Gott stammt, so gibt es auch nur e i n Recht,⁶⁾ weil auch dieses von Gott kommt, und es ist deshalb das gleiche für alle.

Und doch verschnlingt die Religion das Recht nicht. Man kann sagen, daß die Religion die Heimat des Rechts ist, dieses aber sein eigenes Leben hat. Die Thora stammt zwar aus einer überirdischen Quelle, wurde aber den Menschen verliehen, damit sie nach ihren Vorschriften leben; deshalb müssen sie sie nach ihrem Verstand und ihren Lebensbedingungen prüfen. Ein Beispiel für die rationalistische Auffassung, die den Verstand als maßgebend für die Erklärung der Halacha⁷⁾ sieht, finden wir im Talmud⁸⁾.

Bei einer Diskussion zwischen Rabbi Elieser und den Weisen wegen eines Schlangenhofens machte Rabbi Elieser alle nur möglichen Einwendungen, aber die Weisen wollten seine Meinung nicht akzeptieren. Hierauf sprach er:

5) Vgl. Deut. 17, 18-20 woraus zu schließen ist, daß der König dem Recht unterstand und nicht umgekehrt.

6) Zwar gab es Bestimmungen, wie z.B. über den Erlaß von Schulden nach sieben Jahren, das Verbot der Sklaverei über sieben Jahre hinaus, das Verbot des Zinsnehmens, die nur unter den Hebräern galten, dies aber wegen ihres religiös-ethisch-sozialen Ursprungs. Die allgemeinen Rechtsregeln, wie Tötungs- und Diebstahlsverbot, die auch bei den anderen Völkern eingeführt waren, galten selbstverständlich für alle Menschen; vgl. auch Schnitzer, aaO. S. 328; Horowitz aaO. S. 191 ff.

7) Eine religionsgeschichtliche Norm oder das Religionsgesetz im Ganzen.

8) Ba-Me Fol. 59b

"Wenn die Halacha (Regel) wie ich ist, so mögen sie dies aus dem Himmel beweisen! Da erscholl eine laute Stimme und sprach: Was habt ihr gegen Rabbi Elieser! Die Halacha ist stets wie er. Da stand Rabbi Jehosua auf und sprach: Sie ist nicht im Himmel. (Deut. 30, 12). - Was heißt: Sie ist nicht im Himmel? Rabbi Jirmeja erwiderte: Die Thora ist bereits vom Berge Sinai her verliehen worden, (und befindet sich nicht mehr im Himmel). Wir achten nicht auf die laute Stimme, denn bereits am Berge Sinai hast du in die Thora geschrieben: (Ex. 23, 2) Es ist nach der Mehrheit zu entscheiden."

§ 2 Der Einfluß der Religion auf die Form des Rechts⁹⁾

Das hebräische Recht ist wegen seines göttlichen Ursprungs unabänderlich und daher sehr konservativ, wie es auch die "gemeinschaftliche Auffassung jeden religiösen Rechts ist, das Recht als göttliche Emanation aufzufassen".¹⁰⁾ Es besitzt keinen Gesetzgebungsapparat, wie es in modernen Rechten üblich ist (Verfassung, Parlamentsveröffentlichungen, Änderungen von Gesetzen durch neue Gesetze u.dgl.), denn in der konservativen Einstellung verändert man nie eine bestimmte und geschriebene Regel. Was einmal beschlossen wurde, das herrscht weiter. Wenn aber durch die wechselnden Lebensbedingungen Änderungen oder Erneuerungen notwendig sind, so ändert man nicht die Regeln selbst, sondern macht sie durch zweckentsprechende Erklärung und Auslegung auch für die neue Zeit anwendbar.

Die laufenden Erläuterungen führten zum Entstehen einer Exegetik, die ein Haus auf das andere baute. So entwickelte sich eine reiche jüdische Literatur, aus der wir bis zum heutigen Tag schöpfen und die zum Teil eine schlechthin gesetzliche Autorität erlangte.

§ 3 Der Einfluß der Religion auf das Recht in seinem Inhalt¹¹⁾

Der direkte Einfluß der Religion auf das Recht hat dahin geführt, daß das Recht seinen religiösen Inhalt, besonders die humanen Elemente, behielt.¹²⁾

9) s. Arieli S. 6; Schnitzer S. 327

10) Schnitzer S. 326 u. 412

11) Vgl. insbesondere die ausgezeichnete Abhandlung über dieses Thema bei S. Schaffer aaO.

12) Wenn auch manchmal inhumane Gesetze zustande kamen, so wurden sie durch neue Erläuterungen, wie schon bemerkt, so begrenzt, daß sie praktisch ihre krasse Bedeutung verloren. Die Regel "Auge um Auge" - Ex. 21, 24 - z.B. wurde von den Gelehrten als Verpflichtung Schadenersatz zu leisten erklärt. Vgl. Horowitz S. 2, 593

Dies kam zum Ausdruck in der Schaffung der verschiedenen Gesetze, die dem Alltag dienten. Ein Beispiel für diese Entwicklung in der Talmud-Epoche:¹³⁾

"Einst zerbrachen Lastträger dem Rabba ben Bar Hana ein Faß Wein; da nahmer ihnen ihre Gewänder weg. Als sie darauf vor den Rabbi kamen, sprach dieser zu ihm: Gib ihnen ihre Gewänder zurück. Jener entgegnete: Ist dies das Gesetz? Dieser erwiderte: Jawohl, es heißt (Pr. 2,20) Damit du auf dem Wege der Guten wandelst. Da gab er ihnen ihre Gewänder zurück. Hierauf sprachen sie zu ihm: Wir sind arm und haben uns den ganzen Tag abgemüht; jetzt sind wir hungrig und haben nichts. Da sprach er zu ihm: Geh, bezahle ihnen ihren Lohn. Jener entgegnete: Ist dies das Gesetz? Dieser erwiderte: Jawohl, es heißt:(ibid.) "Und die Pfade der Gerechten sollst du beobachten."

Auch in unserer Epoche finden wir Regeln, die von diesen Elementen beeinflusst wurden. Heutzutage gibt es eine Rechtsregel, die vor ca. 50 Jahren in Palästina beschlossen wurde.¹⁴⁾ Gemäß dieser Regel hat jeder Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitsplatz entlassen wird, Anspruch auf Entschädigung in Höhe von einem Monatsgehalt für jedes Jahr, das er gearbeitet hat.¹⁵⁾ Die Grundlage dieser Anordnung ist der Brauch, der auf einen Satz aus der Bibel zurückzuführen ist. Dieser betrifft den Knecht.

"Und wenn du ihn frei entlässest von dir, so entlasse ihn nicht leer. Aufladen sollst du ihm."¹⁶⁾

13) Ba-Me Fol. 83a

14) Vgl. M. Wagner und P. Dickstein, Die Entwicklung des Arbeitsrechtes der jüdischen Bevölkerung unserer Zeit, Jerusalem 1940 (hebräisch)

15) Ci.A. 5/40 ALR 1940 S. 63; Ci.A. 25/1950 Pisske-Din Bd. 5, S. 265

16) Deut. 15, 13 f.

Dieser Brauch, der ursprünglich jedem einzelnen freistand, hat sich mit der Zeit im ganzen Land verbreitet und die jüdische Bevölkerung - nicht allerdings die anderen Bewohner - dazu verpflichtet.^{17) 18)}

B. DIE QUELLEN DES HEBRÄISCHEN RECHTS¹⁹⁾

§ 4

Die Hauptquellen des hebräischen Rechts bilden die "geschriebene Überlieferung" - Thora, und die "mündliche Überlieferung" - Talmud. Die geschriebene Überlieferung umfaßt zuerst einmal alle Regeln und Gesetze, die in der Thora ausdrücklich niedergelegt sind, außerdem alle die Auslegungen, die man durch Schlußfolgerungen und auf Grund von Andeutungen der Thora festgelegt hat, die also nicht ausdrücklich geschrieben, sondern nur angedeutet sind.

-
- 17) Im Hapraklit 8, Bd. 1951/52 S. 108 wird die Meinung vertreten, daß im Staate Israel nicht zwischen dem Brauch der jüdischen Bevölkerung und der anderen Staatsbürger zu unterscheiden sei und daß diese Regel allgemeingültig sein müsse.
- 18) M. Silberg, in seinem Aufsatz Law and Morals in Talmudic Law, Jerusalem 1952, kommt zu dem Schluß, daß Recht und Moral im jüdischen Recht geradezu identisch sind. Neben dem Grund, daß das hebräische Recht durch kanonische Sanktionen Delikte zivilrechtlichen Charakters regelt, zählt er noch zwei andere Gründe auf:
1. Das jüdische Recht ist ein nationales Recht, das sich nach dem Verlust der Unabhängigkeit entwickelte und dessen Hauptzweck die Erhaltung des nationalen Charakters des Volkes bis zur Rückkehr in das Vaterland war.
 2. Es fehlte eine ausführende Gewalt, die dem Gesetz seine Kraft und Autorität verschaffen mußte. Das Gesetz beruhte einzig und allein auf der wohlwollenden Mitwirkung des Volkes, auf dem freien Willen eines jeden Mitgliedes dieses Volkes. Es gab zwar gesellschaftliche Sanktionen, diese konnten aber nur durch den freien Willen des Individuums, sich seiner Gemeinde zu fügen, wirksam werden.
- 19) s. Horowitz, Kap. 4, 5, 6, 7; Arieli S. 64 ff; Gulak 1. Bd. S. 21 ff. Schnitzer S. 326 ff. jüd. Lex. Artikel: Talmud; Maimonides; Schulchan Aruch

Mit der Zerstörung des zweiten Tempels (70 n.Chr.) endet die biblische Zeit des jüdischen Rechts.²⁰⁾ In der zweiten Rechtsperiode tritt neben das geschriebene Recht die mündliche Überlieferung, der Talmud, dessen zwei Bestandteile die Mischna und die Gemara sind. Mischna bedeutet wörtlich Wiederholung, weil man sich das übliche Gesetz nur durch häufiges Wiederholen aneignen konnte. Sie wurde von den Tannaiten (Schriftgelehrten) in der Zeit von 200 vor bis 200 nach Chr. gelehrt und gesammelt und von Rabbi Jehuda zusammengefaßt. Die Gemara, wörtlich "lernen", umfaßt die Erläuterungen der Mischna. Die Erörterungen werden in Form von Diskussionen vorgeführt, d.h. der Text der Gemara enthält gleichsam Protokolle, die ein getreues Bild davon vermitteln, wie die Amoräer (Gesetzeslehrer) miteinander verhandelt und gesprochen haben, wie sie ihre Meinungen und Gedanken gegenseitig ergänzt, berichtigt und widerlegt haben. Sie wurde etwa um 500 n.Chr. abgeschlossen. Das Recht wurde dann weiterentwickelt durch die Responzen der Gaonim, d.h. durch die Gutachten der Oberhäupter jüdischer Akademien in Babylon und Juddä, später durch die Tossafisten, die die Zusätze zum Talmud im 11-13. Jahrhundert verfassten. Moses Maimonides (1135-1204) ordnete den Inhalt der Gemara in 14 Büchern; sein Werk ist als "Mischné Thora" bekannt. Danach erschienen die vier Bücher Turim (1314), die auch neue Bestimmungen enthielten. Auch später wurden zum Teil sehr bedeutende Werke verfaßt.

Das bekannteste ist der Schulchan Aruch (1565), der eine selten große Verbreitung und allgemeine Anerkennung gefunden hat und im Laufe der Zeit geradezu kanonisch geworden ist.²¹⁾

§ 5²²⁾

Moses Maimonides²³⁾ entwickelte eine Theorie über die verschiedenen Arten der Überlieferung. Er hat sie in einem Thorasatz begründet:

20) s. Schnitzer, S. 329

21) Das jüdische Recht wurde jahrtausendlang ohne Unterbrechung gelehrt und studiert. Zahlreiche Kommentare, Rechtsbücher, Antworten auf Rechtsfragen und ähnliche Literatur sind erschienen und werden noch immer weiter verfaßt. Die Unterschiede in den Meinungen sind zum großen Teil dadurch bedingt, daß die Verfasser zu verschiedener Zeit und in unterschiedlicher Umgebung lebten. Diese Entwicklung kann, wie schon im Vorwort bemerkt, in der vorliegenden Arbeit nicht dargestellt werden. Der Verfasser hat sich darauf beschränkt, die heute gültigen Regeln, wie sie von den Gerichten in Israel und von den Experten vertreten werden, zu zitieren.

22) s. Arieli aaO. S. 72 f.

23) Maimeo. Hilchot-Mamrim 81 - 82

"Und begib dich zu den Priestern, den Leviten oder zu dem Richter, der in selbigen Tagen sein wird, und frage nach, daß sie dir künden den Ausspruch des Rechts; und tue gemäß dem Ausspruch, den sie dir künden werden von dem Orte aus, den der Ewige erwählen wird, und beobachte zu tun ganz so, wie sie dich unterweisen. Gemäß der Weisung, die sie dir geben, und nach dem Rechtsspruche, den sie dir sagen, sollst du tun, weiche nicht von dem Ausspruche, den sie dir künden, weder rechts noch links."²⁴⁾

Danach besteht die Überlieferung aus drei Teilen, nämlich der mündlichen Überlieferung, den Gerichtsurteilen und den Statuten.

(a) Die mündliche Überlieferung

Sie umfaßt Rechtssätze, die im Verlauf von Generationen von Mann zu Mann, von Moses ausgehend weitergegeben wurden; diese Rechtssätze waren niemals umstritten. Es sind im wesentlichen die Thoraerläuterungen, die Moses am Berge Sinai erhielt und dem Volke Israel mündlich übergab; sie bedürfen nicht der Bestätigung durch das Oberste Gericht, sondern allein der Auslegung durch dasselbe, denn sie stammen von den Vorvätern her. Das bedeutet, daß die mündliche Überlieferung absolute Gewissheit verbürgt, die nie bestritten wurde, die von niemandem abhängt und die nicht angreifbar ist. Dies ergibt die Auslegung des Satz: "Daß sie dir künden den Ausspruch des Rechts."

(b) Gerichtliche Rechtssätze

Das sind die Regeln, die das Oberste Gericht durch Erläuterung der Thora gefunden und festgelegt hat. Sie bedürfen der Zustimmung der Mehrheit des Obersten Gerichts. Der Zwang, den Schlußfolgerungen des Obersten Gerichts zu gehorchen, ergibt sich aus den Worten "Oder zu dem Richter, der in selbigen Tag sein wird."

Die Verpflichtung, dem Gericht zu gehorchen, betrifft eigentlich nur das Gericht, das zur fraglichen Zeit fungiert. Sollten die betreffenden Richter inzwischen gestorben und ein neues Gericht zustande gekommen sein, bleiben die Regeln des ersten Gerichts in Kraft, so lange sie das neue Gericht bestätigt. Sollte das neue Gericht sie ablehnen, so tritt die neue Regel des neuen Gerichts in Kraft.

24) Deut. 17,9 - 11

(c) Statuten

Dem Gericht ist es gestattet, die Thora durch genau gefasste Bestimmungen zu begrenzen und zur Regelung der öffentlichen Ordnung Statuten zu verkünden und so die Bräuche des Volkes festzulegen. Die Bräuche verpflichten nur dann, wenn sie in einem großen Teil einer Gemeinde verbreitet sind und nach dem talmudischen Satz:²⁵⁾

"Weil man der Gemeinde nur dann eine erschwerende Bestimmung auferlegt, wenn die Mehrheit derselben sie ertragen kann."

Die Festlegung der Statuten und Bräuche beruht auf den Worten "Gemäß der Weisung, die sie dir geben", d.h. die sie bestimmen, um die Religion zu festigen und die Ordnung wiederherzustellen.

C. DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER RECHTSPRECHUNG
IM ALTEN ISRAEL

§ 6 Die römische Herrschaft²⁶⁾

Im alten Israel wurde zunächst das Recht durch Priester und Richter gesprochen und ausgebildet. Mit der Zeit bildete sich schließlich eine Art Gerichtshierarchie mit drei Instanzen. Als unterste Stufe galt das Dorfgericht, das mit drei Richtern besetzt war. Die zweite Instanz, das Stadtgericht, umfaßte 23 Richter, das oberste Gericht, das Synedrium, 70 Richter.²⁷⁾

Mit der Besetzung des Landes durch die römischen Legionen und der Zerstörung des zweiten Tempels (70 n.Chr.) verloren die Juden die politische Unabhängigkeit, und ihre Gerichte wurden aufgelöst. Die Rechtsprechung lag zu dieser Zeit in den Händen der Rabbiner, bis Kaiser Hadrian die Gerichtsbarkeit der Rabbiner abschaffte. In dieser Phase entwickelte sich die Institution des Schiedsgerichts. Die Prozeßparteien ernannten nach freier Wahl den Rabbiner oder Schriftgelehrten zum Schiedsrichter, und er urteilte nach hebräischem Recht.

²⁵⁾ Ba-Ka, Fol. 79b

²⁶⁾ Gulak aaO. I. Bd. Kap. 3

²⁷⁾ s. Schnitzer S. 328; Horowitz S. 624 ff.

In wenigen Generationen wurden die Schiedsgerichte so zahlreich, daß die römischen Kaiser sie als die Grundlage der jüdischen Gerichtsorganisation anerkannten. Die offizielle Anerkennung dieser Institution erfolgte im Jahre 396 n. Chr. im Codex Theodosianus und wurde mit wenigen Änderungen vom Codex Justinianus²⁸⁾ übernommen:

"Iudaei Romano et communi iure viventes in his causis, quae tam ad superstitionem eorum quam ad forum et leges ac iura pertinent, adeant sollemni more iudicia, comesque Romanis legibus conferant et exipiant actiones. Si qui vero ex his communi pactioe ad similitudinem arbitrorum apud Iudaeos in civili dumtaxat negotio putaverint litigandum sortiri eorum iudicium iure publico non vetentur. Eorum etiam sententias provinciarum iudices exsequantur, tamquam ex sententia cognitoris arbitri fuerint attributi."

Das war das Minimum an Autorität, die dem hebräischen Gericht auch in den schwersten Zeiten nicht genommen wurde. Diese Bestätigung der Rechte war wichtig insbesondere für die Außenwelt, denn die Juden gehorchten immer nur ihren eigenen Gerichten, und es war ihnen bei Strafe der Verbannung untersagt, fremde Gerichte zu beanspruchen. Das Verbot wurde schon zur Zeit der Mischna (1. Jahrh. n. Chr.) ausgesprochen.

"R. Tryphon sagte: Wenn du irgendwo Kollegien von Nichtjuden findest, so darfst du, selbst wenn ihre Gesetze denen der Israeliten gleichen, dich ihnen nicht anschließen, denn es heißt: (Ex. 21, 1) Das sind die Gesetze, die du ihnen vorlegen sollst. Ihnen, aber nicht Nichtjuden."³⁰⁾

In späterer Zeit haben es die Juden in den meisten Ländern vermieden, fremde Gerichte anzurufen.

§ 7 Die islamisch-ottomanische Epoche³¹⁾

Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Juden den islamischen Eroberer Kalif Abu-Beker (638 n. Chr.) begrüßten. Mit der Eroberung Palästinas durch den Kalifen wurde das römische Recht annulliert, und

²⁸⁾ Cod. Just. 1, 9, 8.

³⁰⁾ Git. Fol. 88b

³¹⁾ Malchi aaO. S. 16 ff., auch Horowitz S. 76

die Juden wie die Christen konnten wieder den Gesetzen und Gewohnheiten ihrer Religion folgen und nach ihrer Art leben.

Die ottomanischen Herrscher befolgten weiter die Politik der islamischen Kalifen. Mit der Eroberung Konstantinopels (1453) gab Sultan Mohamed II. einen Firman (Großherrlicher Erlaß) aus, der den orthodoxen Christen erlaubte, nach ihren Bräuchen weiter zu leben. Das war der klassische Firman. Im Jahre 1840 veröffentlichte Sultan Abdul-Medschid I. einen Firman, dessen Inhalt festsetzt, daß die jüdische Gemeinde Anspruch auf die gleichen Rechte hat, die im Jahre 1453 den orthodoxen Christen gegeben wurden.

Als sich in dem ottomanischen Imperium das Prinzip der Religionsfreiheit entwickelte, wurden alle rechtlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Religionen beseitigt, soweit solche Unterschiede noch vorhanden waren. Eigentlich besaß jeder religiöse Kreis seine eigene Rechtsprechung, zumindestens was Traditions- und Gewohnheitsrecht betrifft³²⁾. Die Religionen wurden als "Völker" anerkannt (in Gegenüberstellung zum islamischen "Volk"); diese "Völker" erhielten zwar nur eine religiöse Autonomie, doch zählten zu dieser mit der Zeit auch Bereiche, die man heutzutage als bürgerliches Recht bezeichnet. Sie waren irgendwie mit der Religion und dem Gottesdienst im Alltag verbunden³³⁾.

Die erwähnten Bereiche, Personenstand genannt, umfaßten Eheschließung, Scheidung und Familienleben, denn diese Fragen waren der Religion verbunden; Wohltätigkeit und Erziehung, denn die Wohltätigkeit ist eines der fünf islamischen Religionsprinzipien; das Erbrecht, das mit der Wohltätigkeit einerseits und mit der Pflicht des Menschen, für seine Angehörigen zu sorgen, andererseits verbunden ist; Vormundschaft über Minder-

32) Die Drusen in Israel z.B. besitzen eine weiter entwickelte Überlieferung im Familienrecht, obwohl diese mündlich ist, doch umfaßt diese Überlieferung den persönlichen Status der Drusen. Der Zustand gleicht dem bei den Juden bis zur Mischnaverfassung. 2. Jahrh.n.Chr. vgl. Perles aaO.

33) Im deutschen Recht des späteren Mittelalters unterstand der Laie für seine Person grundsätzlich dem weltlichen Recht. In Sachen des Glaubens und der Sittenordnung, u.a. des Eherechts, unterstand er der kirchlichen Gerichtsbarkeit; s. H.Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte, Kap. 37 I 1. S. 170

jährige, Vermißte und nicht Zurechnungsfähige - diese Rechte nahmen sich die Gemeindevorsitzenden kraft ihrer Religion (was auch der islamischen Ansicht entspricht).

Der Firman oder Großherrliche Erlaß "Hatti Humajun" (= Kaiserliche Handschreiben) des Sultans Abdul Medschid I. vom Jahre 1856 hat die "Völkerprivilegien" wie folgt bestätigt:

"Alle Privilegien, die die Religions- und Gottesdienste betreffen, die von meinen Vätern oder in früheren Zeiten für alle christlichen oder nichtchristlichen Gemeinden gegeben wurden, existieren fest weiter in meinem Königreich."³⁴⁾

§ 8 Die Zeit des britischen Mandats

Im Herbst 1917 eroberten die Alliierten Palästina, und das Land wurde unter britische Militärgewalt gestellt³⁵⁾. Das Lausanner Übereinkommen vom 24.7.1922, das von 52 Staaten geschlossen wurde, übertrug das Mandat über Palästina der Britischen Regierung (Art. 30). Am 10.8.1922 veröffentlichte die Britische Regierung den sogenannten "Palestine Order in Council", der die staatliche und rechtliche Ordnung des Landes regelte.

Das fünfte Kapitel des Order in Council befaßt sich mit den drei Themen:

1. Das Recht in Palästina
2. Der Personalstatus und die religiösen Gemeindegerechte
3. Die staatlichen Gerichte in Palästina.

Wir befaßen uns im folgenden (S. 11 ff.) nur mit den zwei ersten Themen.

§ 9 Der Staat Israel

Am 29. April 1948 erließ das britische Parlament das Israel-Gesetz 1948. Das Gesetz bestimmte, daß die britische Herrschaft über Palästina am 15. Mai 1948 aufhört.

Das erste Gesetz, das im Staate Israel erlassen wurde, ist die "Law and Administration Ordinance Nr. 1 1948". Der Art. 11 bestimmt:

³⁴⁾ s. Malchi aaO. Anhang

³⁵⁾ K. Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 26.A.1960, S.1018

The law which existed in Palestine on the 5th Iyar, 5708 (14th May 1948) shall remain in force, insofar as there is nothing therein repugnant to this Ordinance or to the other laws which may be enacted by or on behalf of the Provisional Council of State, and subject to such modifications as may result from the establishment of the State and its authorities."

Das Recht in Israel gründet sich zunächst auf das Recht der Mandatszeit, so daß der Herrschaftswechsel zu keiner Erschütterung in der Rechtsordnung führte. Es bildete sich zwar eine Meinung, daß die Worte: "And subject to such modifications..." eine radikale Änderung im Recht bedeuten, das Oberste Gericht³⁶⁾ stellte aber fest, daß sich diese Worte bloß auf technische Änderungen beziehen, daß z.B. die Worte "die Regierung Palästinas" in den Gesetzbüchern jetzt bedeuten "die Regierung Israels".

D. DER RECHTSZUSTAND IN ISRAEL³⁷⁾

§ 10 Die formale Grundlage des Rechts in der Mandatsperiode

Die formale Grundlage des Rechts in der Mandatsperiode bildet Art. 46 des "Order in Council von 1922":

"Law to be applied

The jurisdiction of the Civil Courts shall be exercised in conformity with the Ottoman Law in force in Palestine on 1st November 1914, and such later Ottoman Laws as have been or may be declared to be in force by Public Notice, and such Order in Council, Ordinances and Regulations as are in force in Palestine at the date of the commencement of this Order or may hereafter be applied or enacted and such subject thereto and so far as the same shall not extend or apply, shall be exercised in conformity with the substance of equity in force in England and with the powers vested in and practice observed by or before Courts of Justice of the Peace in England, according to their respective jurisdictions and authorities at that date, save in

³⁶⁾ In H.C. 5/1948 Pessakim Bd.1 S.19; ferner: H.C. 10/1948 Pessakim Bd. 1 S. 37; H.C. 72/1948 Pessakim Bd. 1 S.194

³⁷⁾ s. H.E. Baker, ILC S.24ff.; Malchi E., ILC S.70ff.

so far as the said powers, procedure and practice may have been or may hereafter be modified, mended or replaced by any other provisions.

Provided always that the said common law and doctrines of equity shall be in force in Palestine sofar only as the circumstances of Palestine and ist inhabitants and the limits of his Majesty's jurisdiction permit and subject to such qualifications as local circumstances render necessary."

Der Artikel wurde der Anlaß für mehrere Urteile und erfuhr manche Auslegung in der Entwicklung des Rechtsgedankens der Eingliederung der englischen Prinzipien im palästinensischen Recht. Die anfängliche Einstellung der palästinensischen Gerichte fand ihren Ausdruck im Supreme Court Sitting as a Court of Appeal³⁸⁾ wie folgt:

"We are by Clause 46 of the Palestine Order in Council 1922, authorised (Sperrschrift v. Verfasser) to apply rules of equity to be found in English law when not inconsistent with the Ottoman Law".

Die Frage wurde vor den Privy Council in London gebracht³⁹⁾, und man stellte fest, daß der Art. 46 die Autorität des Gerichts in Palästina verbreitere und daß die Equityprinzipien eventuell auch beachtet werden können.

Ein großer Fortschritt wurde erreicht, als das Oberste Gericht⁴⁰⁾ sich eindeutig für das englische Recht entschied:

"When there is no local law, statutory or otherwise, referring to any particular obligation or remedy, the Court has to pay, regard (Sperrschrift vom Verfasser) to the relevant English law, i.e. common law or equity."

⁴¹⁾ Hooper weist darauf hin, daß mindestens in der Theorie das gesamte englische Recht Geltung hat. Er erklärt, daß der Art. 46 verpflichtende Anweisung enthält, und daß das Gericht englisches Recht anwenden

38) L.A. No. 32/1924 Agnes, Wife of Basil Yared of Beyrouth v. Kaiser and Others

39) The Privy Council sitting as a Court of Appeal from the Supreme Court of Palestine, P.C. App. No. 1/1935 Samml. Rot. Bd. 7 S. 33

40) L.A. No. 1/1936 Samml. Rot. Bd. 7 S. 340

41) aaO. S. 64

m u ß. Art. 46 besagt nämlich: "Shall be exercised" und nicht "may be exercised". Art. 46 gibt die rechtliche Grundlage zur Lückenschließung ab. Dieser Zustand ähnelt dem in Deutschland in der Zeit vor Einführung des BGB; zwischen den gesetzlich besonders geregelten Rechtsinstituten einerseits und dem römischen Recht andererseits bestanden ähnliche Beziehungen. Auch da füllte das römische Recht die Lücken in den einzelnen Rechtsgebieten (sog. subsidiäre Geltung des römischen, d.h. gemeinen Rechts).

Das englische Recht (und damit das Präjudizien-Prinzip) wurde ein organischer Teil des israelischen Rechtes, deshalb soll es im folgenden kurz geschildert werden.

§ 11 Das englische Rechtssystem⁴²⁾

Bis zum Jahre 1873 beruhte das englische Recht auf zwei voneinander getrennten Grundlagen: Common Law und Equity. Das Common Law ist das ungeschriebene Gewohnheitsrecht, das die Richter ihren Urteilen zugrunde legen. Die prinzipiellen Entscheidungsgründe, genannt ratio decidendi, haben autoritäre Kraft und sind für die untergeordneten Gerichte bindend, daher die Bezeichnung Präjudizienrecht. Die Equity ist das Billigkeitsrecht, das - ebenfalls auf dem Präjudizien-Prinzip fußend - durch das Kanzlergericht entwickelt wurde. 1873 wurden die Common Law - und die Equity-Gerichte zu einer einheitlichen Gerichtsorganisation verbunden. Das englische Recht, das auch noch heute zum überwiegenden Teil ungeschriebenes Recht ist, wird nach wie vor größtenteils von den Richtern geschaffen und durch Veröffentlichung ihrer Entscheidungen verbreitet.

42) Radbruch, Der Geist des englischen Rechts; Peter aaO.;
Stephen's Commentaries Kap. 1-5; Kiralfy S. 6ff;
Schnitzer S. 276ff.

Als das englische Recht in Palästina seine Wurzeln schlug, und als es als Recht des Landes eingeführt wurde, wurde damit auch das Präjudizien-Prinzip durch die Gerichte angenommen. Im Staate Israel ist das durch ein Gesetz der Knesset (Parlament) festgelegt⁴³⁾. Auch die Tatsache, daß das Oberste Gericht in Israel von Juristen, die in der Mandatszeit als Richter oder Anwälte tätig waren und das englische Rechtssystem anwandten, besetzt ist, bewirkt ihren Einfluß auf die Rechtsprechung. "The courts of Israel are guided by the principles and rules of English law; they belong, it may be said, to the Anglo-Saxon block and to the family of the Common Law"⁴⁴⁾.

E. DAS PERSONALSTATUT⁴⁵⁾

§ 12 Was ist das geltende Personalstatut?

Die Antwort auf diese Frage muß man in Art. 47 des Order in Council suchen. Der Artikel lautet wie folgt:

"Jurisdiction in personal status: The Civil Courts shall further have jurisdiction ... in matters of personal status... Such jurisdiction shall be exercised in conformity with any law, Ordinances or Regulations that may hereafter be applied or enacted and subject there according to the personal law applicable."

43) Courts Law 1957, Gesetzbuch No. 233 S. 148 vom 1.8.1957 (Badi S. 391): "§ 33 (a) A court shall be guided by a rule established by a higher court. (b) A rule established by the Supreme Court binds every court, except the Supreme Court". Diese wichtige Abweichung des neuen Gesetzes besagt, daß das Oberste Gericht an seine Entscheidungen nicht gebunden ist. Siehe auch die Rezension von Tedeschi, "Obiter dictum - a precedent?", Hapraklit Bd. 20 S.99, in der das Oberste Gericht (Ci.A. 14/1963 Piske-Din Bd. 17 S.1655) kritisiert wird und der Verfasser sich für eine größere Unabhängigkeit der Bezirksgerichte von den Entscheidungen des Obersten Gerichts einsetzt.

44) Bentwich aaO. S. 278

45) Kister, aaO. S. 244 ff; Schereschewski aaO. S. 10 ff; Spitzer aaO.

Und doch ist aus dieser Vorschrift nicht festzustellen, welches das Personalstatut ist, nach dem die Gerichte zu richten haben. Die Gerichte selbst gaben die Antwort dazu durch Auslegung des genannten Art. 47. Das Oberste Gericht⁴⁶⁾ erklärte: "Art. 47 des Order in Council ist die einzige gesetzliche Quelle der bekannten Regel, daß Angelegenheiten des Personalstatuts eines israelischen Bürgers durch die z i v i l e n Gerichte nach den Vorschriften des Religionsrechts seiner Gemeinde zu behandeln sind". Das Personalstatut ist also das Religionsrecht der Gemeinde.

Es gibt dagegen keine ausdrückliche Vorschrift im Gesetz, nach welchem Recht das geistliche Gericht in Sachen des Personalstatuts zu urteilen hat, aber es besteht kein Zweifel, daß es nach dem Recht seiner Gemeinde entscheiden soll (auch das oben zitierte Urteil deutet darauf hin), es sei denn, ein ausdrückliches Gesetz schreibe etwas anderes vor.

§ 13 Die "matters of personal status"

Die Antwort auf die Frage, was "matters of personal status" sind, gibt uns Art. 51 des Order in Council:

Jurisdiction of Religious Courts ... inclusive jurisdiction in matters of personal status shall be exercised ... by the religious communities; ... matters of personal status mean suits regarding marriage or divorce, alimony, maintenance, guardianship, legitimation and adoption of minors, inhibition from dealing with adoption of minors, inhibition from dealing with property of minors, inhibition from dealing with property of persons who are legally incompetent, successions, wills and legacies, and the administration of the property of absent persons."

Die Begriffe dieses Artikels bedürfen noch einer kurzen Klärung:

"Marriage" umfaßt die Heirat selbst und jede rechtliche Angelegenheit die in engerer Verbindung mit derselben steht, ebenso alles, was den rechtlichen Status betrifft, der durch die Heirat entsteht.

"Divorce" betrifft nicht nur die Scheidung selbst, sondern auch alle die Fragen und Angelegenheiten, die mit der Scheidung und mit dem rechtlichen Status, der ihr folgt, verbunden sind.

⁴⁶⁾ Ci.A. 26/1951 Pessakim Bd.6, S. 221 ff.

"Alimony" und "maintenance" umfassen den Unterhalt, den der Mann der Frau gewähren muß, und die gegenseitige Unterhaltspflicht der Eltern und Kinder.

Es entsteht nun die Frage, ob man die Vermögensverhältnisse der Ehegatten als "matters of personal status" betrachten soll und sie deshalb dem Religionsrecht des Ehepaares angehören, oder ob es eine andere Möglichkeit gibt.

Diese Frage wurde in etlichen Urteilen behandelt, wobei die Schlußfolgerungen ganz verschieden waren. Das Bezirksgericht Tel-Aviv⁴⁷⁾ behandelte einen Rechtsstreit, in dem die Ehefrau den Ehemann zur Rückgabe eines Darlehens aufforderte. Der Ehemann brachte vor, daß er als Nutznießer gemäß dem jüdischen Recht einen Anspruch auf das Geld habe. Das Gericht lehnte diese Erklärung ab und entschied, daß die Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten in Israel nicht dem alten jüdischen Recht unterstehen, und daß die Gütertrennung in Israel der eheliche Güterstand ist. Das Gericht berief sich auf § 1771 der Medjille⁴⁸⁾ und § 82 der Osmanischen Zivilprozeßordnung und stellte weiter fest, daß die Vermögensverhältnisse der Ehegatten keine "marriage"-Angelegenheit im Sinne des Art. 51 des Order in Council ist.

Dieser Auffassung folgte auch das Oberste Gericht⁴⁹⁾, als es im Jahre 1950 erklärte: "Man muß das Wort "marriage" in seiner gewöhnlichen Bedeutung auffassen, ohne die materiellen Rechte dazuzurechnen, die durch die Heirat entstehen."

47) T.A. 367/1949 Pessakim Bd. 3 S. 137

48) Das bürgerliche ottomanische Recht, kodifiziert in der Zeit von 1286 - 1293 nach der Hedschra (1869 - 1876 nach christlicher Zeitrechnung), näheres s. Baker aaO; Schnitzer aaO. S. 471

49) Ci.A. 16/1949 Pessakim Bd. 3 S. 296, Urteil vom 13.10.1950

Durch diese Urteile wurde klargestellt, daß die Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten nach dem staatlichen Recht beurteilt werden. Aber ein Urteil⁵⁰⁾ des Besonderen Gerichts⁵¹⁾ aus dem Jahre 1954 widersprach dem und schuf eine völlig neue Lage. Es lautet in den entscheidenden Sätzen:

"Während der türkischen Herrschaft wurde die Forderung des Ehemannes auf seine Rechte auf das Vermögen der Ehefrau als eine "marriage"-Angelegenheit betrachtet und demgemäß dem Rabbinats-Gericht unterworfen. Die Absicht des Gesetzgebers im Order in Council ist, den gegenwärtigen Stand weiter beizubehalten, ohne Änderungen hinsichtlich der Autorität der Gemeinde-Gerichte zu bringen."

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß die Knesset (Parlament) im Jahre 1953 das Rabbinical Courts Jurisdictions Law verabschiedete und in dessen § 1 bestätigte, daß "matters of marriage and divorce" der ausschließlichen Rechtsprechung der Rabbinats-Gerichte unterstehen⁵²⁾. Weil die Rabbinats-Gerichte aber nach Religionsrecht urteilen, folgt aus dem Gesetz, daß in "matters of marriage and divorce", die die israelischen Staatsbürger jüdischer Religion betreffen, das Jüdische Recht anzuwenden ist.

§ 14 Zusammenfassung

Die Vermögensverhältnisse zwischen verheirateten Juden in Israel werden gemäß dem jüdischen Recht beurteilt. Das ist der Ausgangspunkt für alle folgenden Ausführungen. Das Problem der Zuständigkeit der Gerichte (ob ein bestimmter Fall dem staatlichen oder geistlichen Gericht untersteht)

50) 1/1950 Pessakim Bd.16 S.176, Urteil vom 28.7.1954

51) Entsteht die Frage, ob ein Prozeß der ausschließlichen Kompetenz des Religionsgerichts unterstehe, so entscheidet darüber das Besondere Gericht (Art.55 Order in Council). Das Besondere Gericht ist aus zwei Richtern des Obersten Gerichts und dem Oberhaupt der Gemeinde, deren Zuständigkeit in Betracht kommt, zusammengesetzt (Courts Ordinance No.31 1940 § 9(1).)

52) Gesetz vom 26.8.1953, Gesetzesbuch No.134 S.165 vom 4.9.1953: LSI Vol. VII S.139; Badi S.314; deutsche Übersetzung v. Bergmann S.24; s.auch u. § 32 Fußnote 1, wo § 2 des Gesetzes zitiert ist.

und das, welches Recht auf nicht jüdische Israelis und auf Ausländer anzuwenden ist, werden hier nicht behandelt. Alle diese Probleme sind solche des internationalen Privatrechts und stehen außerhalb des Rahmens dieser Arbeit⁵³⁾.

F. DAS GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ

§ 15

Am 17.7.1951 wurde das Gesetz über die Gleichberechtigung der Frau verabschiedet.⁵⁴⁾ Das Gesetz behandelt unter anderem das eheliche Güterrecht, widmet ihm allerdings nur einen Paragraphen. Es wurde wohl mehr zur Beruhigung bestimmter politischer Kreise als zur Herstellung einer wirklichen, im Alltag durchgeführten Gleichberechtigung geschaffen. Die Verfasser des Gesetzes meinten, es sollte damit eine Art Grundklausel sein (in Israel gibt es keine geschriebene Verfassung⁵⁵⁾), um eine formale Gleichberechtigung der Frau herzustellen, und dass ein ausführliches Gleichberechtigungsgesetz folgen werde.

Im Jahre 1955 entwarf das Justizministerium ein Gesetz über das Personen- und Familienrecht⁵⁶⁾ (im folgenden kurz Entwurf genannt). Dieser Entwurf enthält alle Regeln einer ausführlichen Gleichberechtigungsgesetzes. Leider wurde der Entwurf wegen innenpolitischer Komplikationen bis zum heutigen Tag dem Parlament noch nicht vorgelegt. Einige Teile des Entwurfs haben aber inzwischen durch Aufnahme in Einzelgesetze praktische Bedeutung erlangt, und der Verfasser ist der festen Überzeugung, daß auch der ganze Entwurf letzten Endes im Großen und Ganzen Gesetzeskraft erlangen wird.

53) Für diese Probleme führend: Vitta; s. auch Scheffelowitz § 4; Kister ILC S. 244-256

54) Gesetzesbuch No. 82 S. 248 vom 26.7.1951; LSI Vol. V S. 171; Badi 236; deutsche Übersetzung s. Bergmann S. 13

55) Näheres s. B. Akzin, Basic Laws and Entrenched Laws in Israel, Hapraklit Bd. 17 S. 230ff.

56) Wurde ins Englische übersetzt: Draft Family Code, herausgegeben von der Harvard Law School, Cambridge Mass. 1956.

ZWEITER ABSCHNITT

EHEVERTRAG UND GÜTERSTÄNDE

1. Titel: DIE REGELUNG IN ISRAEL.

A. DIE KETUBA¹⁾

§ 16 Wesen und geschichtliche Entwicklung²⁾

Ketuba ist die Bezeichnung für die allgemein übliche Urkunde, durch die sich der Ehemann bei der Eheschließung der Frau gegenüber verpflichtet, alle Pflichten zu erfüllen, welche das mosaische und israelische Gesetz ihm vorschreiben; unter anderem, der Frau im Falle der Auflösung der Ehe von seiner Seite, also im Fall der von ihm herbeigeführten Scheidung oder seines Todes, einen gewissen Geldbetrag zukommen zu lassen³⁾. Wörtlich bedeutet Ketuba: Verschreibung, Urkunde. Sie wird sehr oft als Ehevertrag betrachtet⁴⁾.

Das Alter und die geschichtliche Entwicklung der Ketuba sind bereits im Talmud umstritten; ihr Ursprung geht wohl auf den "Mohar", das Geschenk, das der Bräutigam bei Eingehung der Ehe der Braut zu machen pflegte, zurück. Den biblischen Beispielen nach⁵⁾ ist anzunehmen, daß der Mohar als Lösegeld oder Kaufpreis für die Braut zu betrachten ist⁶⁾. Lösegeld nämlich für den Verlust an Arbeitskraft, den der Vater durch die Verheiratung seiner Tochter hat. Aber schon in der Bibelzeit verlor der Mohar seinen ursprünglichen Charakter als Lösegeld infolge der wachsenden Verbesserung der Stellung der Frau in der Familie und nahm die Form eines Geschenkes des Bräutigams an seine Braut an⁷⁾. Als der Mohar in dieser zweiten Bedeutung im Volksbewußtsein tief Wurzel gefaßt hatte, trat ein weiterer Wandel ein: die Eltern der Braut begannen,

1) s. Horowitz §§ 140, 171-176; Epstein Kap. 1-6; Scheftelowitz § 6, I-III; Schereschewski § 18; Enc. Jud. Art. Ehe, Ketuba

2) s. Freund aaO. S. 1-20

3) Text der Ketuba s. Anhang

4) Nach einer statistischen Erhebung identifizieren die meisten Eheleute die Ketuba mit einem Ehevertrag; s. Sochobolski S. 43

5) Gen. 31, 15, Rachel und Leahs Klage über ihren Vater Laban (der übrigens ein Arameer und kein Hebräer war), der sie verkauft und das Geld verzehrt hat. S. auch Ex. 22, 26

6) Vgl. Tschernowitz aaO. S. 446; Hofmann S. 53 ff.

7) Buchholz, aaO. S. 38 ff, behauptet, daß bei den Hebräern im Unterschied zu den anderen Völkern, die Frauen nie gekauft wurden.

selbst der Braut freiwillige Geschenke zu machen⁸⁾, die in der Folge obligatorisch, also eine richtige Mitgift wurden. Als in der nachbiblischen Periode unter dem Einfluß der Sofrim (Schriftgelehrten) das innere Leben des jüdischen Volkes grundlegenden Reformen unterworfen wurde, wandelte sich der Mohar in die Ketuba. Der Text der ursprünglichen Ketuba nach den jüdisch-aramäischen Papyri von Assuan, die 440 v. Chr. geschrieben wurden, unterscheidet sich nur unwesentlich vom späteren talmudischen Text⁹⁾. In der Bedeutung der Ketuba traten mit der Zeit Änderungen ein: sie regelt zunächst die Versorgung der Frau durch den Mann, hatte aber daneben auch den Zweck, leichtfertigen Scheidungen seitens des Mannes vorzubeugen. Die Ketuba wurde formell ein Vertrag über die Pflichten des Mannes bei Eingehung der Ehe, wobei dieser aber seine Verpflichtung durch Grundstücke oder Wertsachen zu garantieren hatte.

§ 17 Die Form der Ketuba

Die Ketuba-Urkunde verlangt rein äußerlich die genaue Bezeichnung des Bräutigams und der Braut nach Namen und Stand, die Angabe der Zeugen, das Datum, die Höhe der Mitgift, auch wenn die Braut keine mitbrachte (eine Höflichkeitsform; es werden dann keine Zahlen angegeben), die Aussteuer, die Höhe der Ketuba und der Zuschuß-Ketuba¹⁰⁾, die Belastung des ehemännlichen Vermögens zur Sicherung der Ansprüche der Frau und schließlich die Erklärung der Zeugen, daß sie den Ehemann zur Einhaltung dieses Vertrags verpflichtet haben.

§ 18 Inhalt und Umfang der Ketuba

Die Ketuba-Abmachung zielt inhaltlich auf eine Ordnung der Vermögensverhältnisse zwischen den Ehegatten ab. Diese Ordnung ist patriarchalisch ausgeprägt; sie betont die Stellung des Mannes als Haupt der Familie. Die Eheschließung hat auf sein Vermögen nur einen geringen Einfluß, hingegen bekommt er das Vermögen der Frau (um es nach Auflösung der Ehe zurückzugeben), verwaltet es und hat die Nutznießung daran. Als Gegenleistung muß der Ehemann für seine Familie sorgen.

8) Gen. 29; 24,29, Laban gab seiner Tochter Leah die Silpah zur Magd, und seiner Tochter Rachel die Bilhah.

9) Nach Freund, aaO. S. 5, soll die Eheschließung schon bei den alten Hebräern auf Grund eines Ehevertrags erfolgt sein; hingegen meint Epstein, aaO. S. 31, daß der Ehevertrag keine original hebräische Institution war und erst um das 7. Jhd.v. Chr. von Babylonien übernommen wurde.

10) s. unter § 18

Für den Anspruch der Frau auf die Ketuba haftet das gesamte Mannesvermögen kraft der Simeon -ben-Schatach¹¹⁾ -Klausel generalhypothekarisch¹²⁾. Die Regelung umfaßt^{13/14)} im einzelnen zwei verschiedene Vermögensteile: die Ketuba (Grund-Ketuba und Zuschuß-Ketuba) und die Nedunja (mit evtl. Zuschuß-Nedunja).

(1)

Die Grund-Ketuba ist ein bestimmter Geldbetrag, den der Mann (oder seine Erben im Falle seines Todes) aus seinem Privatbesitz der Ehefrau bei Auflösung der Ehe aushändigen muß. Den Grund-Ketubabetrag muß der Ehemann immer bezahlen, auch wenn er sich in der Ketuba-Urkunde¹⁵⁾ nur zu einer kleinen Summe oder sogar überhaupt nicht verpflichtet hat.

11) Synedriumpräsident im 2. Jhd.v.Chr.

12) Ketu.Fol. 82b: "Rabbi Jehuda sagte: Anfangs verschrieb man einer Jungfrau zweihundert Zuz(ohne dafür Haftung mit seinen Immobilien zu übernehmen) und einer Witwe eine Mine, so daß sie alt wurden und man keine Frau nehmen konnte (weil die Frauen sich zu heiraten weigerten, da ihre Morgengabe nicht sichergestellt war), da kam Simeon-ben-Schatach und ordnete an, daß all seine Güter für ihre Morgengabe haften".

13) In der Zeit der Mischna, als die Landwirtschaft fast die ausschließliche Beschäftigung der Juden war, hafteten für die Ketuba nur die Immobilien. In späterer Zeit, als durch die hereinbrechenden Kriege die Sicherheit des festen Besitztums gefährdet wurde, und man zu Mobilien Zuflucht nahm, verordneten die Rechtsgelehrten, daß für Ketuba und Unterhalt das gesamte Vermögen haften solle.

Vgl. Buchholz aaO. S. 42, 107; Frankel aaO. S. 38

14) Eine entgegengesetzte Entwicklung erfuhr das Wittum im germanischen Recht. Das Wittum, das den Zweck hatte, der Frau nach dem Tode des Mannes als Witwenversorgung zu dienen, bestand in älterer Zeit aus Fahrnisgegenständen; bei den Franken trat in den vermögenden Kreisen spätestens seit dem 7. Jahrhundert anstelle des Mobiliarwittums die Immobiliardos. s.Hübner aaO. S.665

15) Auch das Wittum im germanischen Recht war eine für das Zustandekommen einer vollwirksamen Ehe rechtsnotwendige Gabe. Für den Fall, daß sie nicht vertragsmäßig bestellt wurde, war der Frau der Anspruch auf ein Wittum von einem gesetzlich bestimmten Betrage gegeben. s.Hübner ibid.

(2)

Der Ehemann ist aber berechtigt, die Grund-Ketuba zu erhöhen; diesen Zuschuß nennt man Zuschuß-Ketuba. Die Haftung des Mannes für die Zuschuß-Ketuba ist der für die Grund-Ketuba gleich. Die Höhe der Zuschuß-Ketuba wird nach Ortsbrauch geregelt.

(3)

Außer der Grund-Ketuba und der Zuschuß-Ketuba wird auch der Nedunja-Betrag in der Ketuba festgelegt, d.h. der geschätzte Geldwert der von der Braut eingebrachten Mitgift und Aussteuer, seien es bewegliche Sachen, Grundstücke oder Bargeld. Der Mann verpflichtet sich, diese Geldsumme der Frau herauszuzahlen, wenn die Ehe aufgelöst wird.

Es hat sich der Brauch eingebürgert, daß der Mann sich zu einer Zuschuß-Nedunja in Höhe von 50 % der Nedunja verpflichtet. Dieser Zuschuß soll unter anderem die Nedunja gegen eine Geldentwertung sichern. Der Brauch hat inzwischen obligatorische Kraft erlangt.

(4)

Man muß die Grund-Ketuba, die Zuschuß-Ketuba, Nedunja- und die Zuschuß-Nedunja nicht einzeln in die Ketuba-Urkunde eintragen. Es genügt - und das ist auch der Brauch -, eine einzige Summe anzugeben, die aber selbstverständlich höher sein muß als die Grund-Ketuba, die am betreffenden Ort üblich ist.

Die von der Frau in die Ehe mitgebrachten Güter¹⁴⁾, die nicht zur Nedunja gehören, werden in der Ketuba-Urkunde nicht verzeichnet. Die Halacha (Regel) bestimmt, daß diese Güter Eigentum der Frau bleiben. Aber der Mann kann sie nutzen.

§ 19 Die rechtlichen Unterschiede der Ketuba-Teile

Die Grund-Ketuba und die Zuschuß-Ketuba werden immer vom Mannesvermögen bezahlt, während der Ursprung der Nedunja das Frauenvermögen ist¹⁵⁾; deshalb verliert die Frau ihre Nedunja nicht, wenn sie ohne

¹⁴⁾ s. a. § 45

¹⁵⁾ Freund, aaO. S. 41, bemerkt, daß die Mitgift ursprünglich Eigentum der Frau war, wenn auch später die Rechtsanschauung durchdrang, sie sei Eigentum des Mannes, und die Frau habe nur eine durch Generalhypothek gesicherte Forderung an den Mann.
s. auch unter §§ 44 ff.

Ketuba entlassen wird (etwa wegen Ehebruchs). Sollte in der Ketuba ein Gesamtbetrag angegeben sein, so muß man vom Gesamtbetrag die (am Ort üblichen) Minimalbeträge für Grund-Ketuba und Zuschuß-Ketuba abziehen. Den Rest bekommt die Frau.

§ 20 Die Höhe des Ketubabetrages

Die Ketuba-Urkunde, die der Rabbiner in Israel den Bräutigam während der Hochzeitszeremonie unterschreiben läßt, verpflichtet ihn im Falle der Auflösung der Ehe der Frau auszuhändigen: "Deine Jungfrauengabe, 200 Sus in Geld (100 der Witwe), die dir entsprachen". Heutzutage sind die 200 Sus gemäß einer Verordnung des Rabbinats 200 israelischen Lira gleichzusetzen. Dies entspricht einem Betrag von DM 300.-- (Zur Zeit des Talmuds hatten die 200 Sus einen viel größeren Wert; sogar vor 15 Jahren noch entsprach die Summe dem Zehnfachen des heutigen Wertes). Der Ehemann ist demnach verpflichtet, 200, -- israelische Lira zur Auflösung der Ketuba zu zahlen.

Nach altem hebräischen Recht war es dem Mann gestattet, die Ehe ohne Zustimmung der Ehefrau aufzuheben, sobald er die 200 Sus bezahlt hatte. Diese Möglichkeit gibt es heute nicht mehr; denn schon Rabbi Gerschom¹⁶⁾ erließ eine wichtige Verordnung, die unter Androhung des Bannes¹⁷⁾ dem Ehemann verbietet, sich von seiner Frau gegen ihren Willen zu scheiden¹⁸⁾.

Seit dem Jahre 1951 besteht eine gesetzliche Regelung. § 8 des Gleichberechtigungsgesetzes¹⁹⁾ bestimmt nämlich, daß die Auflösung der Ehe gegen

16) Eine rabbinische Autorität des 10. und 11. Jahrh., genannt: "Die Leuchte des Exils"

17) Aber schon früher wurde von diesem Recht wenig Gebrauch gemacht, denn "die hohe religiöse Wertung der Ehe und die Stärke des jüdischen Familiensinns haben der jüdischen Ehe zu allen Zeiten trotz ihrer leichten Löslichkeit eine große Beständigkeit bewahrt." S.M. Weber, Frauenfragen etc. S. 53; ders. Ehefrau etc. S. 127 ff.

18) Auch Frankel Z. aaO. S. 11 meint, daß die Monogamie praktisch schon vor der Verordnung eingeführt war und durch diese lediglich bekräftigt wurde. Hingegen meint Leopold Loew (Eherechtliche Abhandlungen in Gesammelte Schriften III Szegedin 1893 S. 46), daß es sowohl für die Zeit vor der Verordnung wie auch für die nach der Verordnung Beweise für das Bestehen einer Polygamie gebe.

19) § 8b.... Wenn der Ehemann die Ehe gegen den Willen der Ehefrau ohne Urteil eines zuständigen Gerichts, das die Frau zur Auflösung der Ehe anweist, auflöst, so ist der Mann der Untreue schuldig und wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft." zit. nach Bergmann aaO. S. 14

den Willen der Frau eine straffbare Handlung darstellt, es sei denn, daß ein Gerichtsurteil die Einwilligung der Frau ersetzt hat. Da die Frau die Scheidung verweigern kann, ist es dem Rabbinatsgericht möglich, den Ehemann zu zwingen, eine Zulage zur Ketuba an die Frau auszuzahlen, die sogenannte Entschädigung²⁰⁾. Die Situation ist natürlich etwas komplizierter, wenn die Frau die Scheidung fordert. Auch hier fanden die Rabbinatsgerichte ein Mittel. Das Gericht veranlaßt den Ehegatten, sich zu scheiden, mit der Verpflichtung, seitens des Ehemannes, eine bestimmte Summe als Entschädigung bei der Gerichtskasse zu hinterlegen (Deposit). Außerdem wird ein Unterhaltszuschuß zugunsten der Frau festgesetzt, der aber nur gezahlt werden muß, wenn der Ehemann sich weigert, die Entschädigung zu leisten²¹⁾. Durch diese Kombination sieht sich der Ehemann gezwungen, den Entschädigungsbetrag der Frau auszuzahlen. Einige typische Urteile des Rabbinatsgerichts dazu seien hier angeführt:

(1)

"Es wird beschlossen, die Geldsumme, die der Mann der Frau für die Ketuba und Entschädigung bezahlen muß, auf 700 palästinensische Pfund zu erhöhen²²⁾. Solange der Mann die gesamte Summe zusammen mit dem Get (Scheidungsbrief) nicht bei Gericht aushändigt, ist er verpflichtet, monatlich 12 L. an die Klägerin für ihren Unterhalt zu zahlen²³⁾."

20) Die Mehrheit der Poskim ist der Ansicht, daß nach der Verordnung von Rabbi Gerschom die Frau immer die Scheidung verweigern kann, was zur Folge hat, daß der Ehemann sie weiterhin ernähren muß; s. das Oberste Rabbinatsgericht, ERG Bd. 3 S. 176, Urte. vom 30.3. 1959, vgl. auch das Rabbinatsgericht Tel-Aviv. ERG Bd. 5 S. 20, Urteil vom 16.2.1958. Es gibt natürlich auch Fälle, wo der Mann berechtigt ist, die Scheidung zu verlangen. In einem solchen Fall pflegt das Gericht der Frau ihren Unterhalt zu entziehen und dadurch ihre Einwilligung zur Scheidung zu erzwingen; s. das Oberste Rabbinatsgericht; ERG Bd. 4 S. 358 Urteil v. 24.1.1963; s. auch 4. Dykan S. 113ff, 123ff.

21) "The validity of such a judgement of a rabbinical court is however doubtful", meint Gottschalk aaO. S. 456

22) Das Urteil wurde in der Mandatszeit gesprochen, und das Geld entsprach 700 englischen Pfund.

23) EORG 1950 S. 39

(2)

"Est ist Gerichtsgebrauch geworden, eine passende Entschädigung für die Frau anzuordnen, sofern sie nicht als Ehebrecherin verurteilt wird, auch wenn sie eine "böse Frau" ist²⁴⁾."

(3)

"...und was die Entschädigung und ihre Höhe anbetrifft, so findet das Oberste Rabbinatsgericht die Forderung der Berufungsklägerin im wesentlichen berechtigt. Wenn der Mann auch z. Zeit unbewegliches Vermögen oder Geld nicht besitzt, so versprechen seine berufliche Bildung und Fähigkeiten sowie der wirtschaftliche Stand seiner Familie eine sichere und stabile Zukunft, deshalb müssen wir die Entschädigungssumme vergrößern²⁵⁾."

Nach feststehender Rechtsprechung des Rabbinatsgerichts in Israel bekommt die Frau eine Entschädigung, die dem Vermögensstand des Mannes, seinen beruflichen Möglichkeiten, dem Lebensstandard und der gesellschaftlichen Lage der Ehegatten entspricht. Eine solche Entschädigung wird bei den meisten Scheidungen gewährt.

Vom juristischen Standpunkt aus kann man die Entschädigung mit dem Ketubabetrug nicht identifizieren. Aber praktisch bedeutet die Entschädigung eine Erhöhung der Grund-Ketuba, deren Umfang sich nach den Verhältnissen ändern kann. Die Entschädigung ermöglicht es dem Gericht zugleich das Vermögen, das während der Ehe erworben wurde und unter der Kontrolle des Ehemannes steht, gerecht zu verteilen.

B. VERTRAGSMÄSSIGES GÜTERRECHT

§ 21

Die Ketuba ist aber nicht die einzige Möglichkeit, die Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten zu regeln. Daß andere Vereinbarungen möglich sind, ergibt sich aus einer talmudischen Klausel: "Wenn jemand etwas gegen eine Bestimmung der Thora vereinbart, und es ist keine geldliche Vereinbarung, so ist die Vereinbarung ungültig²⁶⁾." Dies bedeutet, daß eine geldliche Vereinbarung selbst dann zugelassen ist, wenn

24) *ibid.* S. 79

25) *ibid.* S. 105

26) Ketu. Fol. 83a

sie der Thora widerspricht. Es ist also auch gestattet, eine güterrechtliche Abmachung zu treffen, die den Ketubabedingungen widerspricht. Die Parteien können vor der Eheschließung oder während der Ehe über ihre gegenseitigen Vermögensrechte ein Abkommen schließen²⁷⁾. "Wenn der Mann zur Bedingung gemacht hat, daß er eine der zehn Pflichten nicht zu erfüllen braucht, oder die Frau zur Bedingung gemacht hat, daß der Mann eine von den vier Erwerbissen²⁸⁾ nicht bekommen soll, so gelten diese Bedingungen mit Ausnahme von zwei Sachen auf seiner Seite, nämlich der Beiwohnung und der Grund-Ketuba, und auf ihrer Seite der Beerbung²⁹⁾."

Ferner kann der Mann auf die Nutznießung der Güter seiner Frau verzichten:

" § 1. Wenn jemand eine solche Verschreibung seiner Braut schriftlich gibt, so kann sie als Frau ihre Güter verkaufen oder verschenken, und auch auf das Geld hat der Mann keinen Anspruch.

§ 2. Wenn der Bräutigam während der Verlobung mit ihr ausgemacht hat, daß er auf die ihr künftig zufallenden Güter Verzicht leisten wolle, so sind die Meinungen geteilt, ob dies wirksam ist."³⁰⁾

27) Vor der Ehe genügt es, wenn der Ehegatte auf sein künftiges Recht mündlich Verzicht leistet, während der Ehe aber setzt eine derartige Vereinbarung eine bestimmte Formalität voraus; s. Maimo. 23a; Sch. 102,8; Schereschewski aaO. S. 114

28) Die zehn Pflichten sind: 1. Der Ehemann muß seine Frau ernähren; 2. ihr Kleider geben; 3. ihr beiwohnen; 4. ihr eine Grund-Ketuba geben; 5. sie heilen lassen, wenn sie krank ist; 6. sie erlösen lassen aus der Gefangenschaft; 7. ihre Beerdigung besorgen; 8. sie in ihrem Witwenstande in seinem Haus wohnen und ernähren lassen; 9. seine Töchter nach seinem Tode bis zu ihrer Verheiratung ernähren lassen und 10. ihre Söhne erben ihre Ketuba, außer den Erbteilen ihrer Brüder aus des Vaters erster Ehe.

Die vier Rechte, welche er erwirbt, sind folgende:

1. der Erwerb ihrer Hände Arbeit;
2. was sie findet;
3. die Zinsen von ihren Gütern, und
4. er beerbt sie.

(Sch. 69, 2-3)

29) Sch. 69, 6

30) Sch. 92; vgl. Ketu. Fol. 83a

Auf diese Weise kann man dem Mann auch den Anspruch auf das, was die Frau durch ihre Arbeit erwirbt, entziehen, So kann der Mann auch seinen Rechten und Ansprüchen auf die Güter der Frau, die Früchte³¹⁾ und die Früchte der Früchte usw. entsagen. Durch derartige Vereinbarungen können die Parteien noch vor der Eheschließung eine vollkommene Gütertrennung für das Vermögen der Frau und für dessen Früchte festsetzen, so daß nur die Frau selbst die alleinige Verfügungsmacht über ihr Kapital, das sie vor und während bzw. nach der Ehe erwirbt, besitzt. Sie kann über ihr Vermögen natürlich auch von Todes wegen verfügen³²⁾.

§ 22 Schlußfolgerung

Das jüdische Recht gestattet den Eheleuten keine völlig freie ehегüterrechtliche Vereinbarung, ihr Güterstand wird durch ein festes Gesetz zwingend vorausbestimmt, dessen Ziel ein stabiles Familienleben ist. Die Rabbiner haben aber dafür gesorgt, daß die Parteien nicht durch eine starre dogmatische Regelung gebunden werden; sie erlaubten dem Mann, auf die Vermögensrechte, die er durch Eingehung der Ehe erwirbt, zu verzichten. Sie erlaubten auch der Frau, als Gegenleistung auf ihre Rechte zu verzichten. Es wird also doch im jüdischen Recht die Möglichkeit gegeben, die Vermögensverhältnisse der Ehegatten in verschiedenen Nuancen, die verschiedenen Güterständen entsprechen, auszugestalten.

Obwohl diese Möglichkeit nur durch den Verzicht auf Rechte und nicht durch freie Vereinbarung zustande kommt, so ist sie für die Frau insfern

31) s. u. § 51

32) Zwar widerspricht dies der vom Sch. 69,6 oben zitierten Regel. Aber die Rabbiner fanden einen Ausweg, um dem Mann zu ermöglichen, auf seine Erbschaft verzichten zu können. Sein Verzicht muß zwischen der Verlobung und der Heirat ausgesprochen werden, denn zu der Zeit besitzt der Mann noch nicht den rechtlichen Status eines Erben von verwandtschaftswegen. Hingegen hat er schon ein gewisses Recht auf die ihm zukommende Erbschaft, und auf dieses Recht kann er also in dieser Zwischenzeit verzichten; s. Schereschewski S. 111 ff. Es ist wichtig, zu betonen, daß das jüdische Erbrecht nur von dem Rabb. Gericht angewendet werden kann, wenn alle Beteiligten über 18 Jahre alt sind und mit der Anwendung desselben einverstanden sind. Dies dürfte sehr selten der Fall sein, denn das jüdische Erbrecht ist für die Frau sehr ungünstig. Im übrigen wird von allen Gerichten die Succession Ordinance angewendet, s. § 7 Gleichberechtigungsgesetz und § 9 Rabbinical courts Jurisdiction; vgl. das Oberste Gericht in CiA. 376/1962 Piske-Din. Bd. 17 S.881

vorteilhaft, als sie ihr - vor oder nach der Ehe erworbenes - Vermögen nach Belieben selbst verwalten und nutzen kann³³⁾.

§ 23 Ausnahme

Wie bereits erwähnt, gibt es drei Gegenstände, über die keine Vereinbarung möglich ist. Einer von diesen ist die Grund-Ketuba. Es sieht zwar so aus, als ob auch die Grund-Ketuba eine geldliche Vereinbarung wäre und demnach eine solche Vereinbarung möglich sei; hier liegt aber ein Ausnahmefall vor, denn die Grund-Ketuba ist nicht nur eine reine Geldangelegenheit. In der Mischna heißt es dazu: Rabbi Meir sagt:

"Wenn jemand einer Jungfrau die 200 Sus oder einer Witwe die Mine mindert, so ist seine Beiwohnung eine außereheliche³⁴⁾." Der Grund für diese Ansicht ist der, daß die Frau dabei nicht sicher ist, ob der Beischlaf ehelich ist; denn sie weiß, daß sie als verheiratete Frau Anspruch auf die volle Summe der Grund-Ketuba hat. Wenn der Mann ihr aber weniger vorschreibt, so sind seine Ansichten nicht klar, d.h. die Frau kann sich nicht darauf verlassen, daß er in ihr wirklich seine Ehefrau sehen will. Obwohl diese Vereinbarung eines geringeren Betrags in der Ketuba letzten Endes nicht gültig ist und die Frau weiterhin einen Anspruch auf die volle Summe der Grund-Ketuba hat, wird der Beischlaf doch als Unzucht bezeichnet.

Maimonides sagt dazu: "Es ist dem Mann verboten, mit seiner Gattin auch nur eine Stunde ohne Ketuba in der Ehe zu leben³⁵⁾." Deshalb wäre ein Vertrag über die Einschränkung oder den Ausschluß der Grund-Ketuba nichtig.

33) Das Bezirksgericht Tel-Aviv, T.E. 2405/1962 Pessakim Bd.36 S.353 stellte fest, daß vermögensrechtliche Verträge zwischen Ehegatten, sowohl vom kanonischen wie auch vom staatsrechtlichen Standpunkt, gültig sind.

34) Ketu. Fol. 54b

35) H-I 10, 10

C. DAS GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ

§ 24

Im israelischen Zivilrecht ist außer § 2 Gleichberechtigungsgesetz bis zum heutigen Tag kein Gesetz erlassen worden, das das eheliche Güterrecht ordnet. Der Paragraph schreibt unter anderem vor, daß das Vermögen der Frau, das sie vor der Eheschließung erworben hat, durch diese nicht berührt wird³⁶⁾. Der Gesetzgeber hat nicht zum Ausdruck gebracht, daß diese Vorschrift zwingendes Recht ist; daher wird man ihr vermutlich durch Vereinbarung ausweichen können³⁷⁾. Ausführlich wird der § 2 unten in §§ 58 ff. erörtert. Es ist aber schon hier festzustellen, daß das Gleichberechtigungsgesetz nicht das eheliche Güterrecht ordnet. Das Bezirksgericht Tel Aviv³⁸⁾ hat sich jedoch mit dieser Tatsache nicht abgefunden. Es erklärte, daß Erwerbungen, die während der Ehe gemacht werden, gemeinsames Eigentum sind, wenn sie durch "gemeinsame Bestrebung" zustande gekommen sind. Die Haushaltsleitung der Frau sei eine derartige "Bestrebung". Das Gericht hat damit sozusagen ein neues eheliches Güterrecht zu schaffen versucht. Woher es dessen Regeln entnahm, ist allerdings nicht ersichtlich. Immerhin war es ein anerkeniensiwerter Versuch, der trotz seinem Mißerfolg zumindest die Tendenzen in der Praxis aufzeigt³⁹⁾.

36) s.u. 95

37) s. Schereschewski S. 203. Auch in Deutschland braucht man sich bei den ehevertraglichen Vereinbarungen nicht an den Gleichberechtigungsgrundsatz, GG 3 II, zu halten, soweit beide Ehegatten die "gleichen rechtlichen Gestaltungschancen" haben; s. Reinicke NJW 1953 S. 684; Dölle JZ 1953 S. 360; Knur DNotZ 1957 S. 466; Finke MDR 1957 S. 579

38) T-A 2048/1955 Pessakim Bd. 12 S. 36

39) In T.E. 287/1954 Pessakim Bd. 34 S. 160 erklärte das Bezirksgericht, daß Möbel und andere Fahrnis, die die Frau in die Ehe mitbringt, in der Regel Gemeinschaftsgut werden. Auch in diesem Urteil gab das Gericht nicht bekannt, auf welche Quellen es sich gestützt hatte.

2. Titel: DAS EHEGÜTERRECHT NACH DEM ENTWURF EINES GESETZES ÜBER DAS PERSONEN- UND FAMILIENRECHT

A. GESETZLICHER GÜTERSTAND

§ 25 Der Entwurf - allgemeine Betrachtung

Die Gründung des Staates Israel, welche für das jüdische Volk eine gewaltige Bedeutung hatte, brachte für das israelische (bzw. palästinische) Recht keine wesentliche Veränderung. Der Richter, der bis zum 14. Mai 1948 gemäß dem ottomanischen, mandatorischen, englischen und jüdischen Recht zu richten hatte, mußte nun auch noch das israelische Recht, nämlich die Gesetze des Israelischen Parlaments, beachten. Dieser Zustand ist mehr als unbefriedigend. Die Hoffnung aller juristischen Kreise auf baldige Änderung und die Einführung eines einheitlichen Rechts, insbesondere eines bürgerlichen Gesetzbuches nach dem Beispiel der kontinentalen Staaten, wurde enttäuscht, und zwar nicht nur weil die Gesetzgebung eines demokratischen Staates naturgemäß langwierig ist, sondern auch wegen der speziellen Probleme, mit denen sich der Staat Israel auseinanderzusetzen muß.

Die Geschichte des jüdischen Volkes erfährt eine Wendung, ähnlich wie sie in den Zeiten von Moses stattfand:¹⁾ Die Wanderung von Juden aus mehreren fremden Ländern nach Israel, die Bildung einer jüdischen Nation in einem jüdischen Staate. Dies alles wirkt sich in den Gewohnheiten und dem Lebenswandel aus und erfordert eine entsprechende Gesetzgebung. Die Aufgabe der Gesetzgebung ist umso schwieriger, wenn es sich um das Familienrecht handelt, denn das Familienrecht gehört zu den "matières de tradition"²⁾, zu den Materien, die mehr als andere Rechtsgebiete durch Erwägungen religiöser, sittlicher, ethischer, eigenständiger und politischer Art bestimmt werden. Außerdem gehört das Familienrecht zum größten Teil in den Bereich des Religionsrechts und wird von den Religionsgerichten angewendet, und jeder Intervention in die Kompetenzen der Religionsgerichte würde ein starker Widerstand von drei einflußreichen Gruppen, nämlich den orthodoxen Juden, den Mohamedanern und den Christen, entgegengesetzt werden. Obwohl diese Gruppen in Israel selbst eine Minderheit bilden³⁾, haben sie merkwürdigerweise einen Einfluß im Ausland, den sie in Israel geltend machen⁴⁾.

1) s. Yadin aaO. S. 147

2) s. Neumayer aaO. s. 420

3) Im Jahre 1960 haben die religiösen Parteien in den Wahlen zum Parlament etwa 15% der Sitze eeringer. s. Government Year Book 1961

4) s. Akzin aaO. S. 57

Der Prozeß der Verweltlichung des Familienrechts, der sogar in vielen christlichen Staaten längst beendet ist (die Zivilehe z.B., die in Israel gar nicht denkbar wäre⁵⁾), wurde in Deutschland schon im Jahre 1875 obligatorisch⁶⁾, hat sich im Nahen Osten eben verspätet⁷⁾. Im Orient hat nämlich das Familienrecht immer zum Personalstatus gehört und war durch religiöses Recht geregelt, wogegen in den modernen Kodifikationen Europas⁸⁾ das Familienrecht im Zivilgesetz geordnet ist⁹⁾. Daher kann dieser Prozeß in Israel nur sehr allmählich voran gehen.

Der israelische 'Gesetzgeber muß bei der Gesetzgebung "die politische, wirtschaftliche und soziale Lage der Gegenwart und die Tendenzen der Zukunft¹⁰⁾" berücksichtigen. Die neuen Gesetze sollen sich nach dem jüdischen Recht, dem gegenwärtigen israelischen Recht und nach modernen Gesetzen fremder Staaten richten. Dementsprechend hat der erste israelische Justizminister eine besondere Abteilung für Rechtsplanung neben der Abteilung für Gesetzgebung eingerichtet, mit der Anweisung, ein bürgerliches Gesetzbuch auf Grund einer weitgehend rechtsvergleichenden Forschung, insbesondere im jüdischen Recht, zu entwerfen¹¹⁾. Wegen der bereits erwähnten besonderen Problematik wird das bürgerliche Gesetzbuch nicht als Ganzes, wie es beim deutschen BGB der Fall war, entworfen, sondern seine Teile erscheinen in Abschnitten. Die erste Publikation im Rahmen dieser Arbeit war der Entwurf über das Erbrecht vom Jahre 1952. Dieser erschien als Regierungsentwurf im Jahre 1958/59. Ihm folgte der Entwurf über das Personen- und Familienrecht vom Jahre 1955. Der Entwurf erschien nicht als Regierungsentwurf, sondern (wie auch der erste im Jahre 1952) lediglich als ein Entwurf des Justizministeriums. Damit war beabsichtigt, daß Juristen und sonstige Fachkundige eine Stellungnahme und Meinungsäußerung dazu abgeben sollen. Es ist zu bedauern, daß aus diesem Entwurf bis heute nur zwei Abschnitte, nämlich die Vorschriften über Familienunterhalt und über Kinderadoption, Gesetzeskraft erlangt haben, weil dadurch die harmonische Einheit des Gesetzes zerstört wird.

5) s. unten § 33 Fußnote 2

6) s. Lehmann aaO. S. 10

7) Wobei nicht zu vergessen ist, daß der größere Teil der israelischen Bevölkerung, wenn auch nicht der führende, aus dem Orient stammt.

8) So der französische Code civil, das österreichische ABGB, das deutsche BGB und das Schweizerische ZGB; s. Schnitzer S. 492

9) Vgl. Schnitzer ibid.

10) s. Yadin ibid.

11) Vgl. Vorwort zum Entwurf über das Erbrecht, hrsg. vom Justizministerium 1952

§ 26

Haben die Ehegatten keinen bestimmten Güterstand durch Ehevertrag vereinbart, so leben sie im Güterstand der gesetzlichen Gemeinschaft. Der Name gesetzliche Gemeinschaft ist an und für sich ungenau und irreführend, denn die Ehegatten leben eigentlich nicht in Gütergemeinschaft. Wir behalten den Ausdruck aber trotzdem bei. In der gesetzlichen Gemeinschaft bleibt das voreheliche Vermögen getrennt und ist der Verwaltung des Eigentümers unterworfen. Was das Vermögen, das die Ehegatten in der Ehe erwerben, betrifft, den sogenannten Zugewinn, so wahrt der Entwurf die Gleichberechtigung der Geschlechter und schützt gleichzeitig das Gemeinschaftsleben durch Einführung der "aufgeschobenen" Gemeinschaft, deren Grundzüge folgende sind: Sie räumt den Ehegatten während des Bestehens der Ehe theoretisch eine unbeschränkte Verfügungsfreiheit über ihr Vermögen ein, die nur durch ganz bestimmte Ausnahmeregeln eingeschränkt ist; bei Auflösung der Ehe wird das, was die Ehegatten während ihres Zusammenlebens erworben haben, ohne Rücksicht darauf, ob der Zugewinn des einen größer ist als der des anderen oder ob der eine im Haushalt oder im Erwerbsgeschäft tätig war, zu gleichen Teilen verteilt.

§ 27 Sinn des neuen Güterstandes

In der Begründung des Entwurfs schreiben dessen Verfasser, daß ihr Ziel bei der Wahl dieses Güterstandes als gesetzlicher Güterstand ein doppeltes war; sie wollten (1.) ein System errichten, das für beide Gatten gerecht sein und eine vollständige Gleichheit zwischen ihnen erhalten soll, und (2.) dabei dem vermutlichen Wunsch der Mehrheit der Staatsbevölkerung entsprechen. Dies wäre natürlich nicht erreichbar durch Anwendung des alten jüdischen Systems, denn das jüdische Recht unterscheidet prinzipiell zwischen Mann und Frau und gewährleistet dem Mann erhebliche Vorrechte. Die Gütertrennung ist meistens nicht das passende System für ein enges Familienleben. Die Gütergemeinschaft ist etwas zu kompliziert und entspricht in den meisten Fällen nicht dem Willen des Ehepaares. Die Errungenschaftsgemeinschaft als mit der Eheschließung eintretende Gemeinschaft hat ebenfalls den großen Nachteil, daß sie zu kompliziert ist (es bestehen bei diesem Güterstand drei Vermögensmassen, die des Mannes, die der Frau und die gemeinsame; jede besteht aus verschiedenen Gütern und haftet für verschiedene Schulden). In einem Staat, dessen Einwohner aus verschiedenen Ländern kommen und von ganz verschiedener Mentalität sind, wäre ein komplizierter Güterstand ein großer Nachteil. Deshalb schlagen die Verfasser des Entwurfs vor, daß die Gemeinschaft bis zur Beendigung des Güterstandes "aufgeschoben" wird; während des gesetzlichen

Güterstandes herrscht im Grunde Gütertrennung, erst bei Beendigung sieht man den Zugewinn als Gemeinschaftsgut an, das in gleiche Teile aufgeteilt wird. Im Prinzip entspricht diese Regelung also dem deutschen gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft.

§ 28 Einschränkungen der Verfügungsmacht

Weil bei der Beendigung des gesetzlichen Güterstandes bestimmte Güter zwischen die Ehegatten verteilt werden, ist es erforderlich, die Interessen des einzelnen durch die Beschränkung der Verfügungsmacht des anderen zu wahren. § 65 des Entwurfs, der die selbständige Vermögensverwaltung regelt, deutet schon auf solche Beschränkungen hin. Weiter bestimmt § 66, daß keiner der Ehegatten berechtigt ist, die bei Beendigung der gesetzlichen Gemeinschaft dem anderen zukommenden Rechte durch Verfügung über sein eigenes Vermögen zu verletzen. Das Gesetz zählt nicht genau die einzelnen Handlungen auf, die verboten sind, sondern verordnet in einer allgemeinen Klausel, daß alle Handlungen, die den Zweck haben, den anderen Ehegatten zu benachteiligen, nicht gestattet sind. Auf diese Weise überläßt das Gesetz dem Gericht die Entscheidung, welche Handlungen gesetzwidrig sind; eine Schenkung z. B., die das Vermögen vermindert, kann manchmal gerechtfertigt sein, wenn sie auf einer sittlichen oder moralischen Pflicht beruht. Andererseits kann aber das gleiche Rechtsgeschäft dem Zweck einer Verminderung des Vermögens und Benachteiligung des anderen Ehegatten dienen.

Es besteht die Möglichkeit, daß ein Ehegatte unabsichtlich durch Verfügung über sein Vermögen die Rechte des anderen verletzt. Deshalb entstand der § 67, der bestimmt, daß gewisse Handlungen der Zustimmung des anderen Ehegatten bedürfen. Er lautet:

"Ein Ehegatte darf ohne Zustimmung des anderen nicht -

- (1) sein Geschäft oder seinen Anteil an einem solchen übertragen oder verpfänden;
- (2) eine Handlung über sein Vermögen, die eine Änderung im Güterrechtsregister erfordert, unternehmen, außer wenn das Gut gemäß § 73 Sondergut ist.

Die Zustimmung kann sofort oder später ausdrücklich oder stillschweigend gegeben werden."

Diese Vorschrift soll also verhindern, daß jemand gegen den Willen seines Ehegatten ein Erwerbsgeschäft auf Dritte überträgt. Wenn die Handlung, die der Ehegatte unternehmen will, gerechtfertigt ist, und wenn sich der andere dennoch weigert oder verhindert ist, ihr zuzustimmen, kann sich

der Eigentümer an das Gericht wenden (§ 63), um die Erlaubnis für die von ihm beabsichtigte Verfügung zu erreichen.

Hat ein Ehegatte ohne Zustimmung seines Ehegatten oder des Gerichts eine solche Verfügung unternommen, oder hat er eine Handlung zum Nachteil des anderen unternommen, so ist eine solche Handlung anfechtbar. Oft wird auch ein Dritter durch diese Regel nicht geschont. Wenn der Dritte z.B. gewußt hat oder hätte wissen müssen, daß die betreffende Verfügung verboten ist, oder wenn der Ehegatte über ein Gut, das im Güterrechtsregister eingetragen ist, verfügt, kann die Verfügung innerhalb eines Monats, nachdem sie dem anderen Ehegatten bekannt wurde, aber nicht später als ein Jahr nach Vornahme der Verfügung, angefochten werden (§ 69).

§ 29 Haftung für Schulden

Wie die Vermögen der Ehegatten während der gesetzlichen Gemeinschaft getrennt bleiben, so besteht auch keine gemeinsame Haftung gegenüber Gläubigern. Ein Ehegatte, der sich im Rahmen seines Geschäfts oder seiner Privatangelegenheiten Verpflichtungen unterworfen hat, kann nicht den anderen Ehegatten mitverpflichten (§ 70). Ausgenommen sind Schulden, die für den gemeinsamen Haushaltsbedarf gemacht wurden. (§ 51).

§ 30 Beendigung der gesetzlichen Gemeinschaft

Mit Beendigung der gesetzlichen Gemeinschaft werden bestimmte Güter der Ehegatten als gemeinsames Gut betrachtet und zwischen ihnen zu gleichen Teilen verteilt. Das sind die Zugewinnsgüter. § 73 zählt auf, welche Güter nicht als gemeinsames Vermögen betrachtet werden:

- "(1) Vermögen, das der Ehegatte vor Beginn der gesetzlichen Gemeinschaft besaß;
- (2) Güter, für die eine Vereinbarung der Ehegatten im Ehevertrag die Trennung festlegt;
- (3) Güter, die der Ehegatte während der gesetzlichen Gemeinschaft von Todes wegen erwirbt oder die ihm von einem Dritten geschenkt werden, falls der Erblasser oder der Schenkende bestimmt hat, daß sie nicht gemeinsames Vermögen werden sollen;
- (4) Erfinderrechte, Autorenrechte und andere Rechte, die an Personen gebunden sind;

- (5) Die Güter, die ein Ehegatte anstelle der in Absatz 1-4 genannten Güter erwirbt, nicht aber ihre Früchte."

Es seien noch hinzugefügt die Bestimmungen des § 74, nach denen bei einem unter § 73 fallenden Gut, das bei Beendigung der gesetzlichen Gemeinschaft wertvoller als zu Beginn ist, der Wertüberschuß, soweit er durch gemeinsames Vermögen oder "Bestreben" erzielt wurde, als gemeinsames Gut angesehen wird.

B. VERTRAGSMÄSSIGES GÜTERRECHT

1. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

§ 31 Vertragsfreiheit

Der Entwurf läßt den Ehegatten vollständige Freiheit, ihren Güterstand durch Ehevertrag zu regeln.

§ 58 des Entwurfs bestimmt:

"Die Ehegatten können durch Ehevertrag ihre güterrechtlichen Verhältnisse regeln oder ändern."

Obwohl die Tendenz der neuen Gesetze (vgl. z. B. Deutschland, Schweiz, Italien, Mexiko) dahin geht, die Wahlmöglichkeit der Ehepaare auf nur wenige und gesetzlich umschriebene Güterstände zu beschränken¹²⁾, hat sich der Entwurf die absolute Freiheit als Prinzip gesetzt. Zur Begründung führen die Verfasser des Entwurfs die Tatsache als entscheidend an, daß die Einwohner Israels hinsichtlich ihrer Herkunft und damit ihrer Sitten und Gebräuche ein buntes Gemisch bilden. Es besteht kein Zweifel daran, daß für den großen Teil von ihnen die Regelung der ehelichen Güterverhältnisse nicht nur eine rein rechtlich bedeutsame Tatsache darstellt, sondern mit ihrer Religion und ihren Bräuchen aufs engste verbunden ist. Der Entwurf strebt an, jedem Ehepaar die Bestimmung seiner Güterverhältnisse nach seinem Gewissen, seiner wirtschaftlichen Lage und seinen Lebensanschauungen zu ermöglichen.

¹²⁾ s. Fußnote 13

Eine weitere Frage ist, ob der Ehevertrag vor der Ehe oder aber auch während derselben geschlossen werden kann¹³⁾. Nachdem die Erfahrungen in verschiedenen Ländern gezeigt haben, daß die Härte einer Neuregelung Komplikationen mit sich bringt und daß Ehepaare sich sogar scheiden ließen, um mit einer neuen Fheschließung einen neuen Ehevertrag zu vereinbaren¹⁴⁾, bevorzugt der Entwurf das in dieser Frage die traditionelle Lösung des jüdischen Rechts, ermöglicht also die Aufhebung und Änderung des Güterstandes auch nach der Eingehung der Ehe.

§ 32 Der Inhalt des Ehevertrages

§ 59 erklärt die Möglichkeiten der Bestimmung des Güterstandes. Laut Absatz (a) können die Ehegatten im Ehevertrag auf einen im Gesetz erwähnten Güterstand verweisen, d.h. auf die Gütertrennung oder Gütergemeinschaft. Sollten diese Güterstände ihren Vorstellungen noch nicht entsprechen, so ist es ihnen gestattet, sich einen von diesen Güterständen auszuwählen und die gewünschten Änderungen hinzuzufügen; so können sie z.B. die Gütergemeinschaft vereinbaren und bestimmte Güter daraus ausschließen. Sie können sogar den gesetzlichen Güterstand nach Wunsch abändern. Die Ehegatten müssen sich nicht unbedingt auf die gegebenen Güterstände berufen, sie können ihre gütenächtlichen Verhältnisse durch selbständige Bestimmungen oder durch Verweisung auf ein ausländisches Gesetz regeln; sollte dies der Fall sein, so müssen sie allerdings alle Vereinbarungen in den Ehevertrag aufnehmen, ein bloßer Hinweis genügt nicht.

13) In Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Portugal, Bolivien, Brasilien, Uruguay, Venezuela, Südafrika und Japan werden Eheverträge nur vor Abschluß der Ehe zugelassen (s. Schnitzer aaO. S. 525 ff.). In Frankreich z.B. wird diese Regelung damit begründet, daß die Interessen dritter Personen gewahrt werden sollen (s. Friedmann aaO. S. 9). Eine wirkungsvolle Bekanntmachung würde jedoch ausreichen, oder aber eine besondere Regelung zum Schutze der Gläubiger, wie sie das schwedische Eherecht im Jahre 1920, das die Vertragsfreiheit gewährleistete, getroffen hat (ibid. S. 419). Nach dem deutschen BGB ist ein Ehevertrag auch während der Ehe zulässig. Einen Mittelweg geht das Schweizerische Recht, das einen Ehevertrag vor der Ehe ohne weiteres zuläßt, während der Ehe jedoch nur mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde (Schnitzer ibid.).

14) Entwurf S. 106

§ 33

Eine Ausnahme wurde gegenüber dem jüdischen Recht gemacht. Die Ehegatten, die den Wunsch haben, ihre güterrechtlichen Verhältnisse nach jüdischem Recht zu regeln, müssen im Ehevertrag nicht alle Paragraphen des Schulchan-Aruch wiederholen; es genügt vielmehr, eine allgemeine Verweisung auf das jüdische Recht. Diese Ausnahme wurde wegen des besonderen Charakters des jüdischen Rechts in Vermögenssachen gemacht, denn dieses Gebiet ist zu umfangreich, als daß man es in wenigen vertragsmäßigen Vereinbarungen abschließend wiedergeben könnte. Wenn die detaillierte Ausnahme aller Klauseln des jüdischen Rechts zur Pflicht gemacht würde, würde das jüdische Güterrecht mit Sicherheit nur selten vereinbart werden.

Die Ketuba-Vereinbarung ist eigentlich kein Vertrag, sondern lediglich eine Verpflichtung des Mannes gegenüber der Frau. Deshalb bestimmt Absatz (b) des § 59 ausdrücklich, daß die Ketuba nicht als Ehevertrag zu betrachten sei. Diese Klausel bedeutet, daß die Ehepaare, die ihre Ehe beim Rabbinat¹⁵⁾ geschlossen haben (es gibt in Israel keine standesamtliche Eheschließung¹⁶⁾) nicht behaupten können, daß sie durch die Ketuba im Güterrecht dem jüdischen Gesetz unterworfen seien, sondern sie müssen diesbezüglich eine ausdrückliche Vereinbarung im Ehevertrag treffen.

§ 34 Die Form des Ehevertrages

Im Gegensatz zum jüdischen Recht, wo die Vermögensvereinbarungen mündlich getroffen werden können¹⁷⁾, muß der Vertrag gemäß § 60a des Entwurfs schriftlich geschlossen werden. Dadurch sollen die Parteien auf die Wichtigkeit des Ehevertrags aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig soll der Beweis erleichtert werden.

15) Gesetz betreffend die Zuständigkeit der Rabbinatsgerichte § 2: Die Eheschließung und Ehescheidung von Juden hat in Israel nach dem jüdischen religiösen Gesetz zu erfolgen. S. auch § 13 Fußnote 5.

16) Mit einer Ausnahme; ein Konsul ist befugt, die Zivilehe eines Staatsbürgers seines Landes zu schließen. S. § 4(b) von The Personal Status (Consular Powers) Regulations, erschienen in Laws of Palestine vol. III, p. 2604

17) s. oben § 21 Fußnote 27

Wurde der Ehevertrag vor Beginn der Ehe geschlossen, so bedarf er einer notariellen Bestätigung (§ 60b). Wurde er während der Ehe geschlossen, so bedarf er der Genehmigung des Gerichts¹⁸⁾, das nachprüfen soll, ob der Güterstand mit freiem Willen und im Bewußtsein der Folgen gewählt wurde, denn es besteht hier immer die Gefahr des Zwangs oder der Beeinflussung seitens des Ehepartners¹⁹⁾. Außerdem muß das Gericht prüfen, ob durch den neuen Vertrag Rechte dritter Personen nicht verletzt werden.

II. GÜTERTRENNUNG

§ 35

Haben die Ehegatten Gütertrennung vereinbart, so hat die Eheschließung überhaupt keinen Einfluß auf ihr Vermögen. Jeder der Ehegatten besitzt und verwaltet das Vermögen, das er vor Beginn der Ehe gehabt oder in der Ehe erworben hat. Dies ändert sich auch nicht mit Auflösung der Ehe (§ 82a).

Obwohl dieser Güterstand in seinem Aufbau sehr einfach ist, so ergeben sich aus ihm doch Probleme hinsichtlich des Eigentumsnachweises. Während der Ehe sind die verschiedensten Gegenstände im Besitz beider Ehegatten, und es ist zum Schluß schwer festzustellen, was dem einen und was dem anderen gehört, besonders wenn es sich um bewegliche Sachen handelt. Der Entwurf gibt keine Lösung dieses Problems und überläßt es den Ehegatten, im Streitfall die allgemeinen Beweisregeln des Schuld- und Sachenrechts anzuwenden. Jeder Ehegatte haftet für seine eigenen Schulden, niemals für die des anderen, mit Ausnahme des Falles, daß der Ehegatte sich für den Unterhalt der Familie verschuldet hat (§ 82b). Dies ist eine allgemeingültige Vorschrift, und die Ehegatten können ihr nicht ausweichen.

¹⁸⁾ Ähnlich das Schweizerische Recht; s. oben § 31, Fußnote 13

¹⁹⁾ So auch im jüdischen Recht, wenn die Frau ihre Eisernen Kleinvieh-güter (unten § 45) dem Ehemann verkauft, ist der Verkauf ungültig wegen der Befürchtung, sie hätte sie nicht aus freiem Willen verkauft; vgl. Scheffelowitz aaO. S. 104. Nach dem gemeinen Recht z.B., waren Schenkungen unter Ehegatten im allgemeinen nichtig; vgl. Staudinger aaO.

III. GÜTERGEMEINSCHAFT

§ 36

Die Gütergemeinschaft ist der zweite Wahl-Güterstand, dessen Regeln im Entwurf festgelegt sind. In der Gütergemeinschaft hat grundsätzlich keiner der Ehegatten Alleineigentum am Vermögen, sondern er verzichtet darauf zugunsten des anderen. Es entsteht Eigentum zur gesamten Hand im Sinne des deutschen Rechts, d.h. jeder Ehegatte ist Eigentümer der einzelnen Vermögensgegenstände und beide können nur gemeinsam über einen Gegenstand verfügen. Die Gütergemeinschaft umfaßt das gesamte Vermögen der Ehegatten, das vor oder in der Ehe erworben wird. Ausgeschlossen sind davon folgende Gegenstände:

- (1) solche, über die eine Vereinbarung der Ehegatten in dem Ehevertrag die Trennung bestimmt;
- (2) solche, die der Ehegatte während der Gütergemeinschaft von Todes wegen erwirbt oder die ihm von einem Dritten geschenkt werden, wenn der Erblasser oder der Schenkende bestimmt hat, daß der Gegenstand nicht in das Gesamtgut fallen soll (§ 83a).

Für diese Güter sind die Regeln der Gütertrennung maßgebend, nicht aber für ihre Früchte; sie fallen gemäß Absatz 3 der Gemeinschaft zu.

Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinsam. Hat ein Ehegatte ohne die Einwilligung des anderen Ehegatten oder ohne die Zustimmung des Gerichts über ein zum Gesamtgut gehörendes Recht verfügt, so ist die Verfügung nichtig (§ 85).

Ist ein Ehegatte verhindert, an der Verwaltung des Gesamtguts teilzunehmen, so kann die Gütergemeinschaft aufgehoben werden (§ 89). Um aber nicht gleich einen so drastischen Weg gehen zu müssen, ermöglicht § 86 dem Gericht, Änderungen in der Verwaltung des Gesamtguts zu bestimmen. Das von Gemeinschaftsgut ausgeschlossene Gut wird auf alle Fälle von dessen Eigentümer verwaltet.

Nach der Beendigung der Gütergemeinschaft haben die Ehegatten zunächst die Gesamtgutsverbindlichkeiten zu berichtigen, der verbleibende Überschuß gehört den Ehegatten zu gleichen Teilen. Das Gesamtgut wird nicht in Geld umgesetzt, sondern die Gesamtgutsgegenstände werden, soweit möglich, in natura verteilt; die von einem Ehegatten in die Gütergemeinschaft eingebrachten Gegenstände kann er gegen Ersatz des Wertes übernehmen.

C. STELLUNGNAHME ZUM EHEGÜTERRECHT DES ENTWURFS

§ 37

Zunächst ist zu klären, ob die Einführung eines neuen ehelichen Güterrechts in Israel gerechtfertigt ist, und dann, ob das vom Entwurf vorgeschlagene Güterrecht den Bedürfnissen in Israel entspricht. Zur Verneinung der ersten Frage erheben sich viele Stimmen der religiösen Kreise, die naturgemäß konservativ sind und jeder Änderung, wie schon erwähnt²⁰⁾, sich entgegen stellen werden. Die Argumentation dieser Kreise überzeugt nicht und läßt oft die nötige Objektivität und Toleranz gegenüber Andersdenkenden vermissen. Mit der Berufung auf den unmittelbaren Willen der Gottheit wird die sachliche Diskussion über Einzelheiten allzu leicht von vornherein beschnitten. Auch in Deutschland wurde vor der Einführung des Gleichberechtigungsgesetzes von manchen der religiöse Aspekt m.E. zu sehr in den Vordergrund gestellt²¹⁾. Es wurde jedoch ein interessanter Vorschlag gemacht²²⁾; die vorgesehenen Änderungen, die dem Gleichberechtigungsgesetz folgen sollen, und "zweifellos lebensnotwendig sind"²³⁾, könnten ihre Regelung im jüdischen Recht finden. Dies könne zwar nicht durch ein Staatsgesetz erfolgen, denn die religiösen Kreise würden eine Einmischung des Staates in Religionsnormen nicht anerkennen, sondern durch eine Verordnung des Obersten Rabbinats. Da die Eheschließung von Juden in Israel von den Rabbinern vorgenommen wird und ihr die Verschreibung der Ketuba folgt, könnte man die Ketuba zu einem Ehevertrag ausgestalten. Der Bräutigam würde darin einen Verzicht auf alle ihm nach dem jüdischen Recht sowohl während der Ehe²⁴⁾ wie auch nach dem Tod seiner Gattin zukommenden Vorrechte leisten²⁵⁾. Damit wäre ein Güterstand der Gütertrennung im jüdischen ehelichen Güterrecht eingeführt. Auch andere Probleme des jüdischen Eherechts

20) s. oben § 25

21) So stellte Bosch in Familienrechtsreform S. 59 die Parole auf "Hierarchie oder Anarchie - das ist die Frage", und berief sich, S. 58, auf den evangelischen Theologen Brunner, der im Jahre 1943 angeführt hat, "das Patriarchat entspreche der Schöpfungsordnung, nicht aber die totale Gleichberechtigung, und kein Staat dürfe die Schöpfungsordnung ungestraft verletzen".

22) s. Vardi aaO. S. 126

23) s. ibid.

24) Das ist formell möglich, s. oben § 21

25) Wie sie z.B. durch die überholten Institutionen Chaliza und Jibum, die hier nicht näher erörtert werden können, bestehen.
s. dazu Zadok aaO. S. 78

könnten auf ähnliche Art gelöst werden²⁶⁾. Zur Bekräftigung dieses Vorschlags würde man weiter argumentieren, daß die Gütertrennung eigentlich von dem größten Teil der jüdischen Bevölkerung schon seit längerer Zeit praktiziert wird²⁷⁾.

Dem angeführten Vorschlag muß man die Frage entgegenstellen, wie die Probleme des ehelichen Güterstandes bzw. des Eherechts der nicht jüdischen Bevölkerung Israels gelöst werden sollen. Sollte man dies den jeweilig zuständigen Beamten der anderen Religionen überlassen? Außerdem ist dieser Vorschlag schon im Jahre 1951 bekannt geworden; bis zum heutigen Tag wurde jedoch von den Rabbinern nichts in dieser Richtung unternommen. Es ist zweifelhaft, ob jemals solche Reformen überhaupt verwirklicht werden können. Darum kann ein derartig von Ungewißheiten abhängiger Vorschlag weder in der Gegenwart noch in der Zukunft berücksichtigt werden. Es darf auch nicht vergessen werden, daß es eine große Zahl von Freidenkern gibt, die unter keinen Umständen dem Religionsrecht unterstellt sein wollen, auch wenn dieses Recht sich den modernen Forderungen einigermaßen anpaßt²⁸⁾. Das jüdische Recht hat sich nicht im Laufe der Jahrhunderte in einem Rechtsstaat entwickeln können. Daher behielt es zwar die innerliche Verbindung der Moral mit der Gerechtigkeit²⁹⁾, büßte aber gleichzeitig die normale Entwicklung, die im allgemeinen jedes Recht trifft, ein. Ein Recht, das die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Frau nicht berücksichtigt, "is bad law, whether or not it is possible to evade its practical effects"³⁰⁾.

Zur zweiten Frage, ob das Güterrecht des Entwurfs den Bedürfnissen in Israel gerecht wird: Die für einen modernen Staat in Betracht kommenden Güterstände, die auch in den meisten europäischen Ländern eingeführt sind, sind die Gütergemeinschaft einerseits, die Gütertrennung andererseits und dazwischen ein Mittelweg – die Zugewinnngemeinschaft. Sie kann je nach den Ansichten des betreffenden Gesetzgebers mehr der Gütertrennung oder der Gütergemeinschaft angenähert werden. Die Gütergemein-

26) Der Justizminister hat in seiner Ansprache im Parlament bei der Lesung des Gleichberechtigungsgesetzes eine ähnliche Forderung an die Rabbiner erhoben. s. Verhandlungen der Knesset 9. B. S. 2007

27) So Tedeschi aaO. S. 162, der sich auf die Untersuchung von Sochobolski beruft; s. auch unten § 57

28) Die Forderung nach einem Zivilrecht in Ehesachen wird in der letzten Zeit in der israelischen Presse lauter und lauter.

29) s. Fränkel aaO. S. 212

30) s. Friedmann aaO. S. 433

schaft würde dem Gedanken, die Einheit und enge Verbindung der Familie zu bewahren, gerecht. Hingegen ist sie für die moderne Familie unpassend, denn es ist für die vielen berufstätigen Eheleute ein bestimmter Grad an wirtschaftlicher Freiheit und Selbständigkeit erforderlich, wegen "the desire to pool the fruits of their work³¹⁾". Die Gütertrennung befürwortet Tedeschi³²⁾, und zwar hauptsächlich deshalb, weil in Israel die prozentuale Scheidungszahl verhältnismäßig groß ist³³⁾ und die Zugewinnsgemeinschaft den sich trennenden Eheleuten viele Schwierigkeiten bereitet. Außerdem hält er es für ungerecht, nach einer kurzen Eheperiode dem schuldigen Partner einen Teil des Zugewinns des anderen zukommen zu lassen. Sollte aber der verdienende Ehepartner an der Scheidung die Schuld tragen, so könne man den anderen durch Alimente entschädigen. Im Falle des Todes eines der Ehegatten biete das Erbrecht die gerechte Regelung dar. Es fragt sich nun, woher das Gericht die Sicherheit nimmt, immer den schuldigen Ehegatten festzustellen (manchmal ist keiner der Ehegatten an der Scheidung schuldig) und auch immer die gerechte Entscheidung zu treffen. Im Prinzip mißachtet die Gütertrennung den Gemeinschaftsgedanken³⁴⁾, und in einem Land, in dem die Zahl der Scheidungen ohnehin hoch ist, sollte man ihn eher fördern. Hazard³⁵⁾ meint, daß in der Sowjetunion die Gütertrennung, die nach der Revolution eingeführt wurde, durch die Gütergemeinschaft im Jahre 1927 ersetzt wurde, weil "the existing community property relationship helps to preserve the home by establishing an atmosphere less conducive to independent action than the separate property regime". Zwischen den beiden Gegensätzen, der Gütergemeinschaft und der Gütertrennung, muß "under the banner of equality³⁶⁾" eine Rechtsordnung gefunden werden, die "ein richtiges Verhältnis von Freiheit und Bindung, Selbständigkeit und Unselbständigkeit"³⁷⁾, "separation and participation"³⁸⁾ anstrebt. Die einzig mögliche Synthese ist die Zugewinnsgemeinschaft, wie sie im deutschen Recht und im israelischen Entwurf zum Ausdruck kommt. Zwar ist auch die "Zugewinnsgemeinschaft ein Güterstand der Gütertrennung³⁹⁾". Aber das Wissen der Eheleute, daß ihr Zugewinn auch von Rechtswegen letzten Endes ausgeglichen wird, also wie Gemeinschaftsgut behandelt wird, ist wichtig für die Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls.

31)s. Friedmann aaO. S. 453; s. auch Massfeller-Reinicke aaO. § 1363

32)aaO. S. 161

/Vorbem. 3

33)ibid.

34)Vgl. Lehmann aaO. S. 75

35)bel, Friedmann aaO. S. 235

36)s. Müller-Freienfels, Equality etc. S. 250

37)s. Bosch Fam.RZ 1958 S. 81

38)s. Müller-Freienfels ibid.

39)s. Lehmann aaO. S. 82

Tedeschi⁴⁰⁾ weist ferner zugunsten der Gütertrennung darauf hin, daß die Gütertrennung praktisch schon eingeführt sei, wogegen ein komplizierter neuer Güterstand wie die Zugewinnngemeinschaft sich sehr schwer durchsetzen werde. Man denke aber an die ähnliche Situation in Deutschland, als die Zugewinnngemeinschaft am 1.7.1958 die Gütertrennung ersetzte⁴¹⁾, um solche Bedenken zu beschwichtigen.

Zu überlegen wäre noch, ob die vom Entwurf befürwortete absolute Freiheit, die Güterstände zu regeln und zu ändern, nicht etwas übertrieben ist. Zwar heißt es in der Begründung zu dieser Regelung⁴²⁾, daß man die verschiedenen Wünsche der Ehepaare berücksichtigen müsse, doch sollte man lieber die Möglichkeiten der Wahl der erwähnten Güterstände (Zugewinnngemeinschaft, Gütertrennung, Gütergemeinschaft und das jüdische System) einschränken, auch wenn einzelne Personen dadurch eventuell nicht voll zufriedengestellt werden können, statt sich der Gefahr auszusetzen, Wirrwarr in den Güterständen der israelischen Bevölkerung hervorzurufen. Man denke an die Schwierigkeiten, mit denen sich die Gläubiger oder die Richter werden auseinandersetzen müssen, wenn sie es mit fremden und unbekannten Güterständen zu tun haben werden. Der deutsche Gesetzgeber hatte sich im Jahre 1896 nicht gescheut, über hundert Güterstände, die man in Deutschland zu der Zeit zählte⁴³⁾, abzuschaffen, als er das BGB mit seinen fünf gesetzlichen Güterständen einführte. Auch der israelische Gesetzgeber steht vor der Aufgabe, ein möglichst einheitliches Gesetz zu verkünden. Man könnte natürlich einwenden, daß "die Verschiedenheit der deutschen Güterrechte nicht auf einer Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage oder auf Eigentümlichkeiten der deutschen Stämme beruhte, sondern wesentlich auf geschichtlichen Zufällen⁴⁴⁾", und daß in Israel der Durchführung eines solchen Gesetzes größere Schwierigkeiten entgegenstehen. Trotzdem sollte es durchgesetzt werden, eben aus demselben Grund, den die Verfasser des Entwurfs für ihren Vorschlag anführten: das bunte Gemisch der israelischen Bevölkerung⁴⁵⁾. Ein solches Gesetz könnte zur Verschmelzung der Bevölkerung der Israeliten beitragen⁴⁶⁾.

40) aaO.

41) s. unten § 38 am Ende

42) s. oben §§ 31 ff.

43) s. unten § 63

44) s. Kipp-Wolff S. 148

45) s. oben § 31

46) Eine der wichtigsten Aufgaben Israels ist es bekanntlich, den Prozeß der Integration der verschiedenen eingewanderten Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Bezüglich der Beschränkung der Vertragsfreiheit wäre es wünschenswert, einen allgemeinen Paragraphen oder einen Zusatz zum § 60 des Entwurfs⁴⁷⁾ hinzuzufügen, nach dem eine Regelung im Ehevertrag, die mit dem Wesen der Ehe⁴⁸⁾ nicht im Einklang steht, als Verstoß gegen die guten Sitten⁴⁹⁾ betrachtet und demgemäß für nichtig erklärt wird⁵⁰⁾. Ein solcher Paragraph wäre besonders wichtig, weil die israelische Bevölkerung an moderne Eheverträge noch nicht gewöhnt ist.

Für "marriage and Divorce" bei Juden in Israel sind die Rabbinats-Gerichte ausschließlich zuständig. Deshalb bringt § 213 (c) des Entwurfs ein besonderes Problem mit sich. Dieser Paragraph bestimmt nämlich, daß die Worte "marriage" und "divorce" des Gesetzes über die Zuständigkeit der Rabbinatsgerichte nicht die Vermögensangelegenheiten umfassen, d.h. daß die Jurisdiktion in Vermögensangelegenheiten dem Religionsgericht entzogen wird und es nicht mehr über Grund-Ketuba, Zuschuß-Ketuba, Nedunja oder gar Entschädigung entscheiden kann, auch wenn die Ehegatten das jüdische Recht als für ihr Güterrecht maßgebend gewählt haben. Diese Trennung zwischen der Institution, die die Ehe löst (das Religionsgericht) und der, die das Vermögen verteilt (das Zivilgericht), wird den Ehegatten große Schwierigkeiten bereiten. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob gerade dieser Vorschlag Wirklichkeit werden wird⁵¹⁾. Es soll hier nicht behauptet werden, daß die Bestimmungen des Entwurfs über diese Übertragung von Machtbefugnissen des Religionsgerichts auf das Staatsgericht unerwünscht sei; aber wenn man dem Reli-

47) s. oben § 34

48) Z.B. wird eine schwere Benachteiligung eines Ehegatten, die mit den persönlichen Ehepflichten unvereinbar ist, zugleich als Verstoß gegen die guten Sitten gelten; s. Scheffler § 1408 Anm. 20; so auch, wenn die Ehegatten vereinbaren, daß alles, was sie erwerben, Eigentum eines Ehegatten werden soll; Massfeller-Reinicke § 1408 Anm. 5

49) Ebenso wird der vertragliche Verzicht auf das Erfordernis der Zustimmung des nichtverwaltenden Ehegatten zu einer Verfügung über das Gesamtgut im ganzen in der Regel einen Vorstoß gegen die guten Sitten bedeuten; s. Scheffler *ibid.* Anm. 12; ausführlicher Baligand aaO. S. 24 ff.

50) Eine ähnliche Regelung wird in Deutschland von der allgemeinen Vorschrift des § 138 BGB ("Abs. 1 Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig".) abgeleitet; vgl. Palandt § 1408 Anm. 4; Scheffler § 1408 Anm. 9-20; Lehmann aaO. S. 78

51) Vgl. Sochobolski S. 46

gionsgericht die Zuständigkeit nimmt, über Angelegenheiten zu urteilen, die durch die Scheidung entstehen, so sollte man ihm auch die Zuständigkeit in Scheidungen selbst entziehen⁵²⁾. "Andernfalls sollte man es lieber bei der alten Regelung lassen⁵³⁾."

3. Titel: DIE REGELUNG IN DEUTSCHLAND

A. DAS BGB IN DER BIS 1.4.1953 GELTENDEN FASSUNG

§ 38

Im alten germanischen Recht erwarb der Mann, ähnlich wie im alten hebräischen Recht, kraft der Munt das Verwaltungsrecht am Vermögen der Frau, und zwar sowohl an ihrer Aussteuer als auch an der ihr gewährten Morgengabe, die die Frau regelmäßig erst nach Beendigung der Ehe erhielt¹⁾. Aus diesem Prinzip entwickelte sich der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes am eingebrachten Gut der Frau²⁾, der

⁵²⁾ Man sollte den Doppelbegriff "marriage and Divorce" trennen; denn eine Entziehung der Zuständigkeit des Religionsgerichts für Scheidungen könnte sich evtl. durchsetzen. "A Jewish divorce (sagte das Oberste Gericht in C.A. 22/1934 PLR Bd. 2 S. 366) is an act of mutual consent undertaken between a husband and a wife and supervised by Rabbinical authorities only so far as necessary to secure that all requirements of Jewish Law in this respect have been fully observed". Obwohl die jüdische Eheschließung ebenfalls ein zivilrechtlicher Vertrag ist (vgl. 4 Dykan S. 106ff.; Freimann A.Ch. S. 362ff.; Blau L., Zur Geschichte des jüdischen Eherechts, Festschrift Adolf Schwarz, Berlin-Wien 1917, S. 193ff.), wäre es für absehbare Zeit undenkbar, dem Religionsgericht die Zuständigkeit zu entziehen, weil "die Eheschließung mit der Existenz des Judentums als solchem verwurzelt ist".

So regelten z.B. auch das preußische ALR (1794) und das österreichische ABGB (1811) anfänglich nur die Eehindernisse und die Ehescheidung selbständig und ließen es bei den kirchlichen Formen der Eheschließung bewenden (s. Lehmann aaO. S. 22).

⁵³⁾ Sochobolski ibid.

1) Vgl. Kipp-Wolff aaO. S. 143ff.; Hübner aaO. S. 661ff.

2) Über die wichtigsten Grundsätze dieses Güterstandes s. Staudinger § 1363 Vorbem. 5

im BGB 1896 zum gesetzlichen Güterstand erhoben wurde (§ 1363 a.F.)³⁾ Das Charakteristikum dieses Güterstandes ist das gleiche wie beim gesetzlichen Güterstand des jüdischen Rechts: die Güter des Mannes und der Frau bleiben dem Eigentum nach getrennt, verschmelzen aber zu einer Verwaltungseinheit in der Hand des Mannes⁴⁾; es sind daher hier keine wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen zu erkennen.

Außerhalb des eingebrachten Gutes, das der Nutzverwaltung des Mannes unterworfen ist, steht das Vorbehaltsgut (§§ 1365 ff.). Was Vorbehaltsgut ist, kann durch Ehevertrag bestimmt werden; sogar das ganze gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Ehefrau kann zum Vorbehaltsgut erklärt werden⁵⁾, was zu einer totalen Gütertrennung führt⁶⁾. Der einzige Unterschied zum jüdischen Recht besteht darin, daß dieses auch mündliche Erklärungen zur Bestimmung des Vorbehaltsguts erlaubt⁷⁾. Die Regeln für den Erwerb der Frau von Todes wegen oder durch Schenkung oder für den Arbeitserwerb unterscheiden sich vom jüdischen Recht dadurch, daß im jüdischen Recht dieser Erwerb, sofern keine andere Abmachung vorliegt, unter die Nutzungsgüter fällt⁸⁾.

Das BGB hat neben dem gesetzlichen Güterstand noch einige andere Güterstände geregelt⁹⁾ und gab den Parteien die Möglichkeit, einen von ihnen durch Abschluß eines Ehevertrages einzuführen¹⁰⁾. Auch im jüdischen Recht gab es eine ähnliche Möglichkeit, zwar nicht durch Wahl eines anderen Güterstandes, jedoch durch eine Vereinbarung, die die gesetzlichen Bestimmungen änderten. Es ist dabei allerdings zu betonen, daß es nur die Möglichkeit des Verzichts auf Rechte gab. Aber es kann in beiden Rechtsordnungen von völliger Vertragsfreiheit keine Rede sein, auch nicht beim BGB, da die verschiedenen Güterstände selbst bis auf

3) Übrigens gilt dieser Güterstand als der geschichtlich älteste.
Vgl. Mitteis S. 92; Kipp-Wolff aaO. S. 143ff

4) s. Mitteis aaO. S. 92; für das jüd. Recht s. § 18

5) § 1368; außerdem entsteht das Vorbehaltsgut durch: das Gesetz selbst §§ 1366, 1367; Willenserklärung eines Dritten § 1369; Surrogation § 1370; s. dazu Kipp-Wolff aaO. § 46

6) Vgl. Mitteis aaO. S. 99

7) s. oben § 21

8) Für das Vorbehaltsgut im jüd. Recht s. u. § 48

9) Gütertrennung § 1426-1431 a.F.; Allgemeine Gütergemeinschaft §§ 1437 ff. a.F. Errungenschaftsgemeinschaft §§ 1519 ff. a.F.; Fahrmisgemeinschaft §§ 1549 ff. a.F.

10) §§ 1432 ff. a.F.

ganz wenige Punkte abschließend geregelt waren¹¹⁾, man also nur einen bestimmten Typ wählen konnte und diesen selbst nur unter den gesetzlichen Beschränkungen¹²⁾ abändern durfte¹³⁾.

Der gesetzliche Güterstand, "Güterstand des ehemännlichen Egoismus"¹⁰⁾ der der Frau keinen Anteil an der ehelichen Errungenschaft bei der Auflösung der Ehe gewährt, der sie zwingt, vom Manne Geld für den Haushalt und ihre persönlichen Bedürfnisse zu "erbetteln"¹⁴⁾, widerspricht unzweifelhaft dem Gedanken der Gleichberechtigung der Geschlechter. Daher ist als Folge des Art. 3, Abs. 2 GG, der die Gleichberechtigung von Mann und Frau, in Verbindung mit Art. 117, Abs. 1 GG, regelt, am 1.4.1953 nach ganz überwiegender Meinung die Gütertrennung¹⁵⁾ gesetzlicher Güterstand geworden, und zwar für alle Ehen, in welchen die

11) In Einzelverhältnissen konnte der gesetzliche oder vertragsmäßige Güterstand unter gewissen Beschränkungen geändert werden; s. Staudinger § 1432 Anm. 3. c)

12) s. Palandt, 7.A. 1949 § 1432 4); § 1433 1)

13) Vgl. Neustadt S. 369 10) s. Mitteis S. 93

14) ibid.

15) Die Gütertrennung folgte nicht automatisch, denn sie wurde nicht vom Gesetzgeber eingeführt. Es bestand vielmehr eine Lücke für den Zeitraum bis zur Verkündung des Gleichberechtigungsgesetzes, die die Gerichte ausfüllen mußten. Aber das OLG Frankfurt, Beschl. v. 22.4.1953, NJW 1953 S. 746, und das OLG Celle, Beschl. v. 19.5.1953, NJW 1953 S. 986, wandten sich gegen die Auffassung, daß der Gesetzgeber alles dem Art. 3 II widersprechende Recht aufgehoben wissen wollte. Die Rechtsprechung hat sich jedoch überwiegend für die Ausfüllung der Lücke im Sinne des Gleichberechtigungsgrundsatzes ausgesprochen; dieser Weg wurde durch das BVerfG (Urt. v. 18.12.1953, BVerfGE 3, 225 ff.) gebilligt, während aber das BVerfG zu der Ansicht, der gesetzliche Güterstand sei nun die Gütertrennung, keine Stellung nahm, sondern sie nur als ganz überwiegende Meinung bezeichnete, entschied sich der BAH in BAHZ 11 Anhang S. 73 ff. klar für die Gütertrennung; vgl. auch BGH Urt. v. 14.7.1953, JZ 1953 S. 598, dort auch Angabe weiterer Fundstellen aus dem Schrifttum für bejahende und verneinende Stellungnahme; vgl. auch Egger aaO. S. 5; von späterer Zeit s. Müller-Freienfels, Ehe etc. S. 66; ders. Equality etc. S. 252

Nutzverwaltung kraft Gesetzes oder kraft Ehevertrags gegolten hatte¹⁶⁾. Es folgte die Zugewinnngemeinschaft, die durch das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18. Juni 1957 mit Wirkung vom 1.7.1958 an zum gesetzlichen Güterstand erhoben wurde¹⁷⁾.

B. DAS BGB IN SEINER NEUEN FASSUNG

§ 39

Die Zugewinnngemeinschaft, die eigentlich Gütertrennung mit Zugewinnausgleich heißen sollte¹⁸⁾, beruht auf dem Gesichtspunkt, daß an dem, was die Eheleute während der Ehe gemeinsam erarbeiten, auch beide gemeinsam teilhaben sollen, weil der Erwerb auf der vielgestaltigen Zusammenarbeit der Eheleute beruht oder wenigstens durch die Funktionsteilung in der Ehe weitgehend gefördert und erleichtert wird¹⁹⁾. Diese Entwicklung des Gleichberechtigungsgedankens wurde auch in Israel mit Interesse verfolgt. Daher ist es verständlich, daß im Entwurf oft die gleichen Lösungen enthalten sind, wie im neuen deutschen Recht. Die Regelung des gesetzlichen Güterstandes des israelischen Entwurfs ähnelt somit sehr derjenigen des BGB²⁰⁾ in seiner seit 1.7.1958 geltenden Fassung, und das gleiche gilt für die gesamte Regelung des ehelichen Güterrechts. Aber es gibt natürlich auch Unterschiede, die weiter unten erörtert werden sollen.

§ 40

Im gesetzlichen Güterstand verfügt und verwaltet jeder Ehegatte sein Vermögen, doch es ist unvermeidlich, die Verfügungsfreiheit zu beschränken. Erstens, um jeden Ehegatten von solchen willkürlichen Verfügungen des anderen Ehegatten zu schützen, welche die für das gemeinschaftliche eheliche Leben notwendigen Existenzmittel betreffen. (Verfügungen über sein

16) Vgl. Beitzke 1962 S. 61

17) Der Gesetzgeber hat sich für den in den Reformvorschlägen am meisten empfohlenen Güterstand entschieden; s. Massfeller-Reinicke aaO. § 1363 Vorbem. 5,6

18) Inwiefern dabei eine Gemeinschaft besteht, s. Krüger-Bretzke-Nowak

19) Beitzke 1962 S. 63 / § 1363 Vorbem. 4

20) Die Verfasser des israelischen Entwurfs kannten die deutschen Entwürfe von den Jahren 1952, 1954 und 1955; s. Entw. S. 102

Vermögen im ganzen oder über Haushaltsgegenstände²¹⁾. Zweitens, um zu verhindern, daß ein Ehegatte den anderen beim Zugewinnaussgleich bei Aufhebung des Güterstandes dadurch benachteiligt, daß er während der Ehe sein Vermögen verschwendet, Dritten ohne sittliche Pflicht oder Anstandsrücksichten enentgeltliche Zuwendungen macht oder sonst sein Vermöhen absichtlich mindert. Für den ersten Fall schützen den benachteiligten Ehegatten die Vorschriften der §§ 1365, 1369 BGB n.F., § 170 a StGB. Im zweiten Fall gelten die benachteiligenden Handlungen als nicht erfolgt (§ 1375 BGB n.F.), sofern sie in den letzten zehn Jahren vor Beendigung des Güterstandes vorgenommen wurden.

Die geltende deutsche Regelung verschiebt die Auseinandersetzung auf den Zeitpunkt der Beendigung des Güterstandes. Nur in besonderen Fällen sind schon vorher Maßnahmen möglich, die aber lediglich Rechtsbeihilfe zum Schutz des Auseinandersetzungsguthabens darstellen. Das führt zu folgenden Nachteilen:

- (a) Ungerechtfertigte Handlungen sind nach mehreren Jahren nur noch schwer beweisbar.
- (b) Hat ein Ehegatte erhebliche Teile seines Vermögens ohne Einverständnis des anderen verschenkt, so ist die dadurch eingetretene Vermögensminderung zwar seinem Endvermögen hinzuzurechnen, die Ausgleichsforderung des anderen Ehegatten kann aber gleichwohl nie den Wert des nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögens übersteigen²²⁾.
- (c) Hat ein Ehegatte absichtlich Benachteiligungshandlungen unternommen und will der andere Ehegatte sich an den Dritten halten, so muß er beweisen, daß dem Dritten die Benachteiligungsabsicht des Ehegatten bekannt war²³⁾.

Im Gegensatz zum BGB ist nach dem israelischen Entwurf jede benachteiligende Handlung anfechtbar; sie wird vom Gericht annulliert. Diese Regelung verpflichtet den Ehegatten, der eine der oben unter a, b, c genannten Handlungen vornehmen will, in allen Fällen zur Einholung der Zustimmung des anderen. Es besteht dabei aber die Gefahr, daß bei Verweigerung der Zustimmung oder bei eigenmächtiger Handlung der Griff

21) Vgl. Beitzke 1962 S. 71

22) s. Finke JR 1957 S. 165

23) s. Finke aaO., Reinicke BB 1957 S. 671

nach den Rechtsmitteln zu familiären Streitigkeiten führt und so die Familieneinheit und der häusliche Frieden beeinträchtigt werden. Aber diese Streitigkeiten werden nicht geringer sein, wenn der eine Gatte, nicht angewiesen auf die Einwilligung des anderen, wirtschaftliche Verluste erleidet oder die Ausgleichsforderung des anderen gefährdet²⁴⁾.

§ 41

Den deutschen Ehegatten steht nur eine begrenzte Vertragsfreiheit zu, während nach dem israelischen Entwurf ein beliebig ausgestalteter Güterstand vereinbart werden kann (die Gründe wurden oben § 30 erörtert). Die Eheleute in Deutschland können nur einen der im BGB zur Verfügung gestellten Güterrechtstypen wählen²⁵⁾ und diesen selbst nur unter den gesetzlichen Beschränkungen abändern²⁶⁾, mit der Ausnahme, daß die Eheleute bei ausländischem Wohnsitz auf ein an diesem Wohnsitz geltendes Güterrecht verweisen können (§ 1409 II).

§ 42

Der Ehevertrag kann sich nach deutschem Recht auf rein negative Bestimmungen beschränken, indem lediglich der bestehende Güterstand beseitigt wird. In diesem Fall tritt Gütertrennung ein (§ 1412). Der israelische Entwurf bestimmt keinen subsidären gesetzlichen Güterstand. Dies dürfte auf der Erwägung beruhen, daß die Ehegatten angehalten werden sollen, positiv zu sagen, welchen Güterstand sie wählen wollen. Auf diese Weise wird die Gefahr vermindert, daß die im allgemeinen in solchen Angelegenheiten weniger gut unterrichtete Ehefrauen ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzen, über dessen Inhalt sie sich nicht im klaren sind. Im übrigen ist die Gütertrennung für nicht berufstätige Ehegatten oft nachteilig; in den meisten Fällen wird die Frau, die lediglich durch ihre Mitwirkung im Rahmen der Haushaltsführung ihren Ehegatten unterstützt, dadurch getroffen²⁷⁾.

24) s. Müller-Freienfels JZ 57 S. 692

25) Vgl. Beitzke aaO. 1962 S. 79; Lehmann aaO. S. 75; Schéffler aaO. vor § 1363 Anm. 9

26) s. Palandt aaO. § 1408 Anm. 4: der Güterstand muß dann im Vertrag erschöpfend geregelt werden.

27) § 1408; s. auch oben § 38. An dem Grundsatz der Vertragsfreiheit hat die neue Fassung des BGB nichts geändert; s. Palandt § 1408 Anm. 4; Knur aaO. S. 459 ff.

§ 43

Eine vergleichende Darstellung des neuen deutschen Rechts und des israelischen Entwurfs kann nur ein allgemeines Bild der beiden Systeme geben. Einzelheiten konnten nicht behandelt werden. Die Unterschiede, die sich aus dieser Gegenüberstellung ergeben, wurden in der Behandlung der Materie erörtert. Im allgemeinen zeigt sich das Bedürfnis, die Probleme des ehelichen Güterrechts auf der Basis der Gleichberechtigung der Geschlechter zu lösen. Die Uhr des israelischen Gesetzgebers scheint ein wenig nachzugehen, aber früher oder später wird auch er sich intensiv mit den Problemen, die sich aus der Gleichberechtigung (gemäß dem Gleichberechtigungsgesetz vom Jahre 1951) ergeben, auseinandersetzen müssen. Natürlich entwickelt sich das israelische Recht nicht in Anlehnung an das deutsche, aber die Bedürfnisse beider Länder sind oft ähnlich, und der Vorteil, der sich für den Juristen aus dem Blick auf ein anderes Recht ergibt, liegt auf der Hand.

DRITTER ABSCHNITT

DIE RECHTE DES MANNES AM VERMÖGEN DER FRAU

1. Titel: DIE REGELUNG IN ISRAEL ¹⁾

A. DIE MELUG- UND ZON-BARSEL-GÜTER

§ 44

Eines der Rechte, die der Mann bei Eingehung der Ehe erwirbt, ist die Nutznießung am Vermögen der Frau, oder, wie es im hebräischen Recht heißt, das Recht auf die Früchte ihres Vermögens. Um die Regelung der Nutznießung zu verstehen, ist es erforderlich, die beiden Güterkategorien²⁾, nämlich die Meluggüter (MeG) und die Zon-Barsel-Güter (ZBG) zu betrachten. (Aus diesen zwei Arten von Gütern besteht auch die Nedunja³⁾, das eingebrachte Gut der Frau. Aber auch die Güter, die die Frau während der Ehe erwirbt, fallen in der Regel in eine der beiden Kategorien).

§ 45 Melug-Güter

Die erste Kategorie von Gütern wird im hebräischen Melug-Güter genannt. Im Talmud⁴⁾ wird diese Bezeichnung als "Gut zum Melken" erklärt; demnach würde der Begriff mit dem arabischen "Malag" zusammenhängen, was Melken bedeutet. Diese Güter werden auch als "Rupfgüter" bezeichnet, d.h. wie das geschlachtete Huhn erhalten bleibt, wenn man die Federn ausrupft, so bleiben die MeG das Eigentum der Frau, und der Ehemann kann sie nur "abrupfen", also die Früchte daraus ziehen, während das Grundkapital unangetastet bleibt.

Die Melug-Güter sind alle die Güter, deren Stamm im Eigentum der Frau bleibt, deren Früchte aber dem Ehemann gehören. Es ist gleichgültig, ob die Frau diese Güter bei der Eheschließung schon besaß und sie

1) s. Horowitz §§164-167; Scheftelowitz § 6, IV; Schereschewski § 27; Epstein Kap. 6, 7

2) "Güter" bedeutet in dem Zusammenhang Vermögenswerte, englisch assets

3) s. oben §§18, 19

4) Jer. Jew. VII, 8a

nicht dem Mann als ZBG übergeben hat, oder ob es Güter sind, die die Ehefrau in der Ehe durch Kauf, Erbschaft oder unentgeltliche Zuwendungen erworben hat. Man kann die Meluggüter negativ so abgrenzen: alle Güter, die nicht zu den ZBG gehören, sind grundsätzlich MeG. "Sind der Frau nach ihrer Verheiratung Güter zugefallen durch Erbschaft, Geschenk oder Schadensersatz, so werden solche Güter als Nutzungsgüter betrachtet⁵⁾".

§ 46 Güter des Zon-Barsel (Eisernes Kleinvieh)

Der Begriff "Eisernes Kleinvieh" ist nicht nur im Familienrecht zu finden. Im Talmud⁶⁾ kommt er auch im Zinsrecht vor: "Man darf Eisernes Kleinvieh nicht von Israeliten, sondern nur von Nichtjuden pachten". Raschi⁷⁾ erklärt den Begriff wie folgt: "Wenn einer die Verantwortung für das Vieh auf sich nimmt und das Vieh stirbt, trägt er die Kosten, den Gewinn aber teilen beide Geschäftsbeteiligte. Der Grund, weshalb es eisernes Vieh genannt wird, ist der, daß das Vieh für den Eigentümer fest wie Eisen ist und er keinen Schaden trägt."

Dykan⁸⁾ erklärt zum Ursprung des Begriffs, die Alten wollten damit ausdrücken, daß so, wie Vieh großen Gewinn einbringen kann durch Wolle, Milch oder Vermehrung, aber auch großen Schaden leiden kann durch Raubtiere oder Krankheiten, es doch als Vermögensanlage für dessen Eigentümer fest und unveränderlich wie Eisen bleibt. Auf jeden Fall ist mit diesem kombinierten Begriff die Idee ausgedrückt, daß das Grundkapital für den Eigentümer sicher angelegt bleibt.⁹⁾

Im selben Sinne wird der Begriff auch im Familienrecht verwendet, wo er diejenigen Güter der Frau bezeichnet, die mit der Eheschließung in den Besitz des Ehemannes übergehen und für deren Wert er haftet, so daß

5) Sch. 85,7. Über Schenkungen des Mannes an seine Frau s. unten § 48.

6) Ba-Me Fol. 69b

7) ibid.

8) Standesrecht aaO.

9) Auch im deutschen gemeinen Recht konnte ein "Eisernviehvertrag", der ein Pachtvertrag war, abgeschlossen werden. Der Pächter übernahm die Haftung für das auf dem Gut befindliche Vieh. Er mußte am Ende der Pacht eine gleiche große Anzahl Vieh von gleicher Güte zurückgeben. Das Vieh blieb also dem Verpächter unbedingt erhalten; daher der Name Eisernvieh oder auch Immerkuh. Obwohl die §§ 587-589 BGB sich im allgemeinen an den Eisernviehvertrag anlehnen, ist dieser im BGB nicht übernommen worden. S. Hübner aaO. S. 584; Gierke aaO. 3. Bd. S. 556 ff, 568f. Staudinger II. Ed. § 587 Anm. 3

der Wert der Güter für die Frau unveränderlich bleibt wie das Eisen. "Wenn sie abnehmen, so nehmen sie ihm ab, und wenn sie zunehmen, nehmen sie für ihn zu", d.h. wenn die Güter sich vermindern, erleidet der Mann allein den Schaden, er erzielt aber auch den Gewinn, wenn die Güter sich vermehren. Das Grundkapital verringert sich nicht und verliert nicht an Wert; wenn die Güter untergegangen sind oder beschädigt wurden, haftet der Mann allein für den Grundwert. Sollte die Ehe durch Scheidung oder den Tod des Mannes aufgelöst werden, hat die Frau einen Anspruch auf den Wert der Güter, so, wie sie in der Ketuba eingetragen wurden: " Diese Summe übernimmt der Bräutigam in seine Fürsorge und Verwaltung und gibt ihr von seinem die Summe ... (50 %) zu¹⁰⁾". Wenn andererseits die Güter während der Ehe wertvoller wurden, hat die Frau kein Recht auf den Zugewinn, denn die Haftung des Ehemannes beschränkt sich auf den Wert der Güter zur Zeit der Eheschließung. Außerdem sichert der Mann der Frau in der Ketuba wegen eines möglichen Zugewinns 50 % des Werts der Güter zusätzlich zum Grundwert zu.

Ein Streit der Posskim¹¹⁾ über die Güter, für die der Ehemann haftet, wurde vom Schulchan-Aruch¹²⁾ entschieden:

"Ein Rabbi sagt, die Güter des Eisernen Viehs müssen für den Mann auf eine bestimmte Summe geschätzt werden, wenn er für deren Erhaltung einstehen soll. Ein anderer Rabbi meint aber, dies wäre nicht nötig; nach dem ersten richtet man sich aber."

Also haftet der Mann nur, wenn er sich dazu in der Ketuba-Urkunde verpflichtet hat und der Wert der Güter abgeschätzt und dort eingetragen worden ist¹³⁾.

10) Vgl. das im Anhang wiedergegebene Ketuba-Formular

11) Posskim oder Dezisoren nennt man die Rabbiner, die nach der Talmud-Periode Gesetzbücher verfaßt oder Recht gesprochen haben. Die in der Zeit vor 1500 lebenden werden als die früheren Posskim, die bis zum 19. Jh. als die späteren Posskim bezeichnet.

12) Sch. 83,3

13) Vgl. das Oberste Gericht in C.A. 376/1960 Pessakim Bd. 50 S.98

Es steht den Eheleuten offen, zu entscheiden, ob und welche von den Gütern der Frau zum Zon-Barsel oder zu den Meluggütern gehören sollen. Die Frau ist nicht verpflichtet, dem Ehemann einen Teil ihrer Güter als Zon-Barselgut in Verwaltung zu geben. Er wiederum ist nicht verpflichtet, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Hat der Ehemann die Verantwortung nicht ausdrücklich übernommen, werden die Güter als Meluggüter betrachtet, so wie der Chelkat-Mechokek zum oben zitierten Satz des Schulchan-Aruch sagt: "Auch wenn die Güter in der Ketuba eingetragen sind, man hat sie aber nicht in Geldwert umgeschätzt, haftet er für diese nicht. Wenn die Frau verlangt, daß man sie einschätzt, um die Güter seiner Verantwortung zu unterstellen, er dies aber nicht will, so gibt es nach Riwasch¹⁴⁾, Art. 150, keine Möglichkeit, ihn dazu zu zwingen; er kann die Güter in die Kategorie Meluggüter fallen lassen¹⁵⁾".

§ 47 Der Umfang der Haftung

Der Haftungsumfang richtet sich nach dem Brauch des Eheschließungsortes. Jeder, der eine Frau heiratet, tut dies nach dem Ortsbrauch. "Alles nach Ortsbrauch" heißt es im Talmud¹⁶⁾ oder wie Schulchan-Aruch¹⁷⁾ sagt: "Alles geht nach dem Ortsbrauch und demgemäß wird auch geurteilt, aber der Brauch muß nicht nur an einem begrenzten Ort, sondern im ganzen Lande verbreitet sein." Derzeit pflegt man in Israel¹⁸⁾ einen Pauschalbetrag als Nedunja in der Ketuba einzutragen; daher kommt der Brauch, daß der Mann die ZBG in Bargeld auszahlt, als ob es eine gewöhnliche Geldschuld wäre. Zu gewissen Zeiten und in bestimmten Orten war es üblich, die ZBG in natura zurückzugeben¹⁹⁾.

§ 48 Vorbehaltsgut

Es gibt noch eine dritte Kategorie von Gütern, die weder zu den ZBG noch zu den LeG gehören. Es sind dies diejenigen Güter, die im alleinigen Eigentum und Besitz der Ehefrau stehen und an welchen der Ehemann keinerlei Rechte hat; er kann sie weder verwalten noch den Nießbrauch

14) s. Abkürzungsverzeichnis

15) Vgl. Jew. Fol. 66a

16) Ketu. Fol. 66b

17) 66, 11

18) s. Schereschewski S. 150

19) Die Regel, wie unten § 50 ausführlich erläutert, hat noch heute Geltung, wenn die Ehegatten ein genaues Verzeichnis des eingebrachten Gutes in die Ketuba eintragen.

daran haben. Zu dieser Kategorie gehören die Güter, die die Ehefrau von einem Dritten geschenkt bekommen hat, wenn der Schenkgeber ausbedungen hat, daß die Frau das Geschenk allein verwalten und ihr Ehemann daran keine Rechte haben soll. Im Talmud heißt es dazu²⁰⁾:

"Wenn jemand seiner Tochter Geld geben will und seinem Schwiegersohn den Nießbrauch abbedingen will, so spreche er zu ihr: Dieses Geld sei dir geschenkt, jedoch darf dein Mann kein Recht daran haben. Schemuel aber bemerkt auch wenn er sagte: "Tu damit, was du willst", erwirbt der Ehemann es nicht".

Im Schulchan-Aruch wird die Regel ausführlicher erklärt²¹⁾:

"Wenn sie von jemandem ein Geschenk bekommt unter der Bedingung, der Mann solle keine Macht daran haben, so gilt diese Bedingung nicht; hat der Schenker aber gesagt, sie soll sich dafür kleiden oder damit nach ihrem Belieben, also ohne Erlaubnis des Mannes verfahren, so gilt dies."

Auch die Güter, die der Ehemann selber seiner Frau schenkt, gehören zu dieser Kategorie. "Hat ihr der Mann irgendein Geschenk gemacht, so zieht der Mann keine Früchte daraus, hat der Mann ihr aber noch als Braut etwas geschenkt, so ist solches bei ihrer Verheiratung als Nutzungsgut zu betrachten²²⁾". Diese Regel wird schon im Talmud²³⁾ aufgestellt, und Raschi erklärt aaO. den Grund dafür: "Daß jeder, der gibt, wohlwollend gibt". Die Früchte der Güter gehören, wie gesagt, der Frau. Diese Früchte selber sind jedoch Güter, die die Frau in der Ehe erwirbt und deshalb MeG, und die Früchte dieser Früchte gehören, so wie alle anderen MeG-Früchte, dem Mann. "Der Ertrag des Nutzens von solchen

20) Ned. Fol. 88a

21) Sch. 85,11

22) Sch. 85,8-7

23) Ba-Ba Fol. 51b

Sachen wird verkauft, dafür ein Grundstück gekauft, und er genießt die Zinsen davon^{24) 25)} „.

B. DIE RECHTLICHE FOLGE DER UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN ZON-BARSEL-GÜTERN UND MELUG-GÜTERN

§ 49 Die Haftung für den Grundstock des Vermögens

Der wichtigste Unterschied, der sich aus der Unterscheidung der beiden Güterkategorien ergibt, ergibt sich bezüglich der Haftung des Mannes für den Vermögensgrundstock, Haftung für Beschädigung, Verlust, Diebstahl etc. der Güter.

Bei den Gütern des ZBG haftet der Ehemann für den Wert, der in der Ketuba bezeichnet ist, nach der Regel: "Wenn sie abnehmen, nehmen sie ihm ab, und wenn sie zunehmen, nehmen sie für ihn zu". Bei den Melug-

24) Sch. 85,7; vgl. auch das Oberste Rabbinatsgericht, ERG Bd. 3 S. 299 Urt. vom 31.2.1960, wo die verschiedenen Meinungen der Posskim erörtert werden.

25) Das Oberste Rabbinatsgericht (ERG Bd.4 S.148 Urt.vom 30.5.1961) erklärt, warum der Mann an Geschenken, die er seiner Frau macht, keine Nutzungsrechte behält, wohl aber an einem Gegenstand, den er seiner Frau verkauft. Es gibt dafür zwei Gründe: 1. Beim Verkauf ist der Mann an dem Ertrag interessiert, darum verkauft er sein Eigentum, verzichtet aber nicht auf seine Nutzungsrechte. Wenn der Mann aber seiner Ehefrau ein Geschenk macht, so verzichtet er wohlwollend auch auf sein Recht, die Früchte zu bekommen. 2. Beim Zustandekommen eines Kaufvertrages hat die Frau keinen Grund zur Schüchternheit; wenn sie die Früchte des gekauften Gutes erwerben will, so muß sie es zur Bedingung machen. Hat sie es nicht im Vertrag ausgemacht, so gehören die Früchte, wie auch alle anderen Melug-Früchte, dem Mann. Beim Empfang eines Geschenkes fehlt der Frau hingegen der Mut, vom Ehemann auch noch den Verzicht auf seine Früchte zu verlangen; deshalb muß der Mann seiner Frau klarmachen, daß er die Rechte auf die Früchte behalten will. Hat also der Ehemann beim Geschenkvertrag seine Absicht, die Nutzungsrechte zu behalten, nicht zum Ausdruck gebracht, so wird angenommen, daß er auf diese verzichtet hat.

Gütern haftet der Ehemann überhaupt nicht, denn er hat keine Verantwortung auf sich genommen, nach der Regel: "Wenn sie abnehmen, nehmen sie ihr ab, und wenn sie zunehmen, nehmen sie für sie zu."

§ 50 Die Verfügungsrechte des Mannes über das eingebrachte Gut

Was das Recht des Mannes betrifft, den Vermögensgrundstock der Ehefrau zu verkaufen oder darüber so zu verfügen, daß die Eigentumsrechte verletzt werden, muß man unterscheiden zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen.

(a) Die unbeweglichen Sachen der Frau, mögen sie zu den ZBG oder zu den MeG gehören, darf der Ehemann einem Dritten nicht übertragen; er darf auch nicht auf andere Weise darüber verfügen, wenn dadurch die Eigentumsrechte verletzt werden. Hat er eine solche Handlung unternommen, so ist sie ungültig: "Ebensowenig kann der Mann die Güter seiner Frau, ohne Unterschied zwischen ZBG und MeG, verkaufen, auch nicht anderweitig darüber verfügen²⁶⁾."

Was die MeG anbelangt, ist diese Regel klar, denn wie gesagt, der Stamm bleibt Eigentum der Frau. Aber auch die ZBG, die in das Eigentum des Mannes übergehen und für die er haftet und hinsichtlich derer bezweifelt werden könnte, ob er über diese Güter verfügen kann oder nicht, unterstehen dieser Regel. Die Ehefrau hat nach Auflösung der Ehe den Anspruch auf die konkreten Gegenstände, aus welchen sich das ZBG zusammensetzt, nicht etwa auf Wertersatz. Die Ursache für diese Regel ist die "Erhaltung ihres Vaterhauses"²⁷⁾. Die Güter der Frau werden, wenn sie noch vorhanden und in gutem Zustand sind, in natura zurückerstattet, und das wird bei Immobilien immer der Fall sein.

(b) Die beweglichen Sachen darf der Ehemann nicht verkaufen und er darf auch sonst nicht darüber verfügen. Was die MeG anbelangt, ist die Regel auch hier selbstverständlich, denn der Ehemann hat kein Eigentumsrecht über den Grundstock dieser Vermögensart. Was die ZBG anbelangt, so sind sich die Poskim nicht einig. Alle Poskim bestimmen jedoch, daß der Mann zunächst der Frau das Eigentum an ihren Gütern nicht entziehen darf; wenn er es aber schon getan hat, meinen manche von ihnen, daß seine Handlung gültig sei, weil - so lautet die Begründung - er die Güter bis zu ihrer Vernichtung verbrauchen konnte und dann hätte er nur die Geldsumme, zu der er sich in der Ketuba verpflichtet hat, bezahlen müssen. Aber die meisten der Poskim sind der Ansicht, daß seine Handlung niemals gültig sei wegen der "Erhaltung ihres Vaterhauses".

26) Sch. 90, 13

27) "Ihr eingebrachter Güterstand soll ihr erhalten bleiben";

Ketu. Fol. 79b der Übersetzer in Fußn. 40

Über bewegliche Sachen des Zon-Barsel darf der Mann ebensowenig verfügen; ist es aber geschehen, so ist dies gültig, jedenfalls nach Meinung des Schulchan-Aruch²⁸⁾. Baer-Hetew bringt aber in seinem Kommentar die Meinung des Riwasch in Übereinstimmung mit allen späteren Posskim, daß diese Regel abzulehnen sei. Die letztere Meinung hat sich anscheinend durchgesetzt²⁹⁾.

(c) Geld und andere Zahlungsmittel gehen, wenn sie zu den ZBG gehören, ins Eigentum des Mannes über, weil er nur für ihren Wert haftet. Er kann das Geld anlegen oder sonst zu seinen Gunsten benutzen. Die Frau kann dagegen nichts einwenden³⁰⁾. Gelder, die zu den MeG gehören, unterscheiden sich von den normalen MeG nicht; der Ehemann darf die Eigentumsrechte der Frau über ihr Stammvermögen nicht verletzen, deshalb darf er auch mit diesen Geldern keine Handelsgeschäfte vornehmen. Der Mann darf aber, oder muß sogar, wenn sie es fordert, das Geld in Güter investieren, so daß der Geldfonds erhalten bleibt und der Mann davon die Früchte ziehen kann³¹⁾.

C. DIE FRÜCHTE DES EINGEBRACHTEN GUTES

§ 51 · Der Begriff der "Früchte"

Der rechtliche Terminus 'Früchte' hat, wie auch im deutschen Recht³²⁾, eine ganz andere Bedeutung als das Wort im Alltag. Es sind damit nicht nur die natürlichen Früchte des Baums oder des Feldes gemeint, sondern jedes Einkommen, das aus dem Vermögensgrundstock erwächst, also jeder Nutzen oder mögliche Nutzen, den ein dingliches oder ein Forderungsrecht bringt in dem Sinne, daß das Grundkapital weiter besteht und eine dauernde Nutznießung ermöglicht. Das kann z.B. die Miete einer Wohnung sein, dazu rechnen aber auch die Dividenden von Aktien und dergleichen.

28) Sch. 90, 14

29) s. Schereschewski S. 154, und seine Hinweise in Fußnote 39

30) Maimo. H-I. 22, 2; und vgl. aaO. M-M der den Jer. zitiert

31) Maimo. aaO; vgl. auch Ketu. Fol. 79a, die Mischna dort und den Raschi dazu

32) s. § 99 BGB und dazu Anm. 4 Staudinger I.B.

Die Aufwendungen, die der Ehemann für diese Güter macht, um sie nutzbar zu machen und zu erhalten, muß er von den Früchten nehmen. Das bedeutet, daß diese Aufwendungen auf seine Kosten gehen und keinesfalls vom Kapital abgezogen werden können. Im Talmud³³⁾ heißt es:

"Wenn jemand auf die Güter seiner Frau Ausgaben gemacht hat, so ist es einerlei, ob es hohe Ausgaben waren, die wenig Nutzen brachten, oder niedrige, die viel Nutzen brachten, denn was er ausgegeben hat, hat er ausgegeben, und was an Früchten eingezogen ist, hat er eingezogen."

Im Schulchan-Aruch³⁴⁾ wird es folgendermaßen erläutert:

"Hat er Kosten auf ihre Nutzungsgüter gehabt und wird die Ehe geschieden, so hat er aber auch die Früchte dieser Güter gezogen, und wenn der Nutzen auch noch so gering gewesen sein sollte, wenn er z.B. nur eine Feige aus Anstandsgründen gegessen hat, so wird keine Rücksicht darauf genommen. Es ist gleich, ob der Schaden oder der Vorteil auf seiner Seite oder ihrer Seite gewesen ist."

Es wird kaum einen Fall geben, bei welchem der Mann nach dieser Regel überhaupt keinen Nutzen gehabt haben wird; sollte solch ein Fall vorkommen, so kann er seine Kosten vom eingebrachten Gut abziehen³⁵⁾.

§ 52 "Ihre Früchte für ihren Lokauf"

Dem Nießbrauchsrecht des Mannes an den Gütern der Ehefrau haben die jüdischen Rechtsgelehrten die Pflicht gegenübergestellt, die Ehefrau aus der Gefangenschaft loszukaufen. Im Talmud³⁶⁾ wird diese Regel damit begründet: Wenn der Ehemann gezwungen werden soll, seine Frau aus der

33) Ketu. Fol. 79b

34) Sch. 88,7

35) Das Oberste Rabbinatsgericht (in ERG Bd.5, S.9, Urt. vom 20.8.1963) stellt nach Wiederholung der hier erwähnten Regeln fest, daß auch dann, wenn der Ehemann keine Nutznießungsrechte besitzt, weil die Güter zum Vorbehaltsgut gehören und die Frau über sie und deren Früchte selbständig verfügen kann, er aber auf diese Güter Aufwendungen gemacht hat, diese auf seine Kosten gehen, selbst wenn sein Nutzen noch so klein war. "Denn ausgegeben ist ausgegeben und eingenommen ist eingenommen".

36) Ketu. Fol. 51a Mischna

Gefangenschaft loszukaufen, ohne dafür eine die Pflichterfüllung erleichternde Gegenleistung zu erhalten, dann könne leicht eine Abneigung zwischen den Eheleuten entstehen. Unter Umständen werde er sich sogar weigern, die Frau loszukaufen. Einen weiteren Grund für die Gegenüberstellung Früchte - Loskauf führt Raschi an³⁷⁾, wenn er feststellt, daß der Unterhalt und ihrer "Hände Arbeit" Dinge sind, die häufig vorkommen, während sowohl eine Gefangene als auch eine Frau, die Melug-Güter hat, eine Seltenheit sind.

Die Pflicht, die Ehefrau aus der Gefangenschaft loszukaufen, ist eine zwingende Norm³⁸⁾; auch wenn die Frau keine Nutzungsgüter hat oder die Nutznießung geringer ist als das Lösegeld, ist der Mann von dieser Pflicht nicht befreit. Die Regelung wurde zugunsten der Frau getroffen, und deshalb kann der Mann diese Pflicht vom Umfang seines Nießbrauchs nicht abhängig machen³⁹⁾.

§ 53 "Die Früchte nur zum Wohlstand des Hauses"

Der Nießbrauch des Mannes ist nicht für seinen eigenen Nutzen gedacht, sondern wie die Gemara sagt⁴⁰⁾: "Die Rabbiner haben dem Ehemann die Früchte nur zum Wohl des Hauses zugesprochen". Es soll also auch die Frau Anteil daran haben, damit sie es leichter und bequemer in seinem Hause hat. Raschi erklärt aaO., daß der Mann die Früchte ins Haus bringt, damit es reichlich zu essen gebe und er so der Frau eine Wohltat erweise. Maimonides⁴¹⁾ bemerkt dazu, daß man dem Mann die Früchte nur zugesprochen habe, damit er die Haushaltsausgaben vergrößern könne und so beide Ehegatten sich von den Früchten standesgemäß und gut ernähren können.

Aus dieser Halacha ergeben sich die folgenden Schlußfolgerungen:

(a) Wenn der Ehemann den ihm zufließenden Nutzen nicht für das Wohl des Hauses verwendet, sondern das Geld spart, um es anderweitig anzulegen, gibt er das Geld nicht für Zwecke aus, für die es bestimmt ist, nämlich für den Wohlstand des Hauses. Deshalb werden die mit den Früch-

37) Ketu. Fol. 57b

38) Dies ist rein theoretisch zu betrachten, denn heutzutage finden derartige Geschäfte wie der Loskauf einer Frau aus der Gefangenschaft nicht mehr statt.

39) Sch. 69, B-H ibid.

40) Ketu. Fol. 80b

41) H-I. 22,20

ten gekauften Güter und die damit gemachten Anlagen als eingebrachtes Melug-Gut betrachtet. Sie gehören damit der Frau; der Ehemann hat lediglich den Nießbrauch daran⁴²⁾.

(b) Diese Regel, daß die Früchte dem Hause gehören, hat zur Folge, daß die Gläubiger des Mannes keinen Anspruch auf die Früchte haben; denn wäre es ihnen gestattet, die Früchte zu beschlagnahmen, so könnte man die Früchte nicht für den Haushalt verwenden⁴³⁾.

(c) Aus demselben Grund fallen z.B. die Einnahmen aus der Vermietung eines Hauses, das der Ehemann verwaltet, im Falle seines Konkurses nicht in die Konkursmasse, und obwohl das Geld ihm gehört, haftet es nicht für seine Schulden⁴⁴⁾.

(d) Der Ehemann kann auf die ihm zustehenden Nutzungen zugunsten eines Dritten nicht verzichten und auch nicht vertraglich über sie verfügen, denn dies würde verhindern, daß man das Geld für den Haushalt verwendet. Der Mann muß zu einem solchen Geschäft die Einwilligung der Ehefrau einholen⁴⁵⁾.

(e) Der Ehemann darf nicht ohne die Einwilligung der Frau die Früchte für mehrere Jahre im voraus verkaufen, um das Geld für seine eigenen Zwecke auszugeben, denn auch dadurch würde ihr Recht, das Geld für den Haushalt zu verwenden, verletzt.

"Der Mann darf die Früchte eines Grundstückes, das zu den seinem Nießbrauch unterliegenden Gütern gehört, nicht auf viele Jahre voraus verkaufen, und sich gleich das Geld dafür bezahlen lassen; er kann aber die Früchte eines jeden Jahres nach der Ernte verkaufen, auch kann er die Früchte auf mehrere Jahre verkaufen und mit dem Geld einen Handel anfangen."⁴⁶⁾

Wenn er also mit dem Geld ein Erwerbsgeschäft betreiben will, so kann er die Früchte auch für mehrere Jahre im voraus verkaufen, denn dadurch wird letzten Endes das gleiche Ziel erreicht, nämlich die Nutzungen dem Haushalt zuzuführen.

42) s. Be-Sch. 38 zum Sch. 85; Rodner S.30

43) s. Be-Sch. 39, zum Sch. 85, ibid. Ch-M 43

44) ibid; s. auch Scheftelowitz aaO. S. 102

45) Sch. 85,4 und die Kommentare dort

46) Sch. 85,17; s. auch Che-M 41 ibid.

§ 54 Die Stellung der Frau hinsichtlich der Nießbrauchrechte des Mannes

Da die Früchte dem Manne gehören, darf die Ehefrau bezüglich dieser Früchte keine Verfügungsgeschäfte ohne die Bewilligung des Mannes vornehmen, denn sie würde dadurch seine Rechte verletzen. Die Folgen der Regel sind:

(a) Das Nießbrauchrecht des Mannes geht so weit, daß – nach der Regel im Talmud und nach den Posskim – der Ehefrau nicht gestattet ist, ohne die Zustimmung des Mannes die ZBG oder die MeG zu verkaufen oder sonst über sie zu verfügen, wenn dadurch die Rechte des Mannes verletzt würden. Eine dem entgegenstehende Verfügung seitens der Frau ist insoweit ungültig, und der Ehemann zieht die Früchte eines solchen Gutes weiterhin, auch wenn das Gut in das Eigentum eines Dritten übergegangen ist.

"Wenn eine Frau ihre Nutzungsgebühr nach ihrer Verheiratung verkauft hat, so muß der Käufer, auch wenn sie diese Güter schon vor ihrer Verlobung gehabt hat, dem Manne, solange seine Frau lebt, die Nutzungen dieser Güter überlassen, aber nicht die Güter selber; stirbt aber die Frau zu Lebzeiten des Mannes, so muß er ihm auch die Güter selber unentgeltlich herausgeben⁴⁷⁾", da der Ehemann sie erbt⁴⁸⁾.

Verfügungen der Frau über diese Güter sind also in Bezug auf die Nutzungen nichtig, weil sie die Einwilligung des Mannes benötigt⁴⁹⁾.

(b) Die Gläubiger der Ehefrau können deshalb ihre Schulden nicht ohne die Einwilligung des Mannes aus den Früchten befriedigen, denn die Früchte gehören dem Ehemann, und dieser haftet für die Schulden der Frau nicht. Wäre dies nicht die Regel, so könnte die Ehefrau durch Schuldenmachen dem Manne praktisch die Früchte entziehen. Für die Schulden, die die Frau vor der Ehe eingegangen ist, haften ihre gesamten Güter, ihre Gläubiger können sich also wegen vorehelicher Schulden der Frau auch an das eingebrachte Gut halten. Diese Regelung beruht auf der Erwägung, daß die wohlverworbenen Rechte Dritter durch die Begründung eines Güterstandes durch die Eheschließung nicht berührt werden dürfen. Die Gläubiger müssen allerdings die Schuld durch Wechsel oder Urkunde beweisen. Wenn die Frau sich lediglich mündlich verpflichtet

47) Sch. 90,9

48) s. auch Ketu. Fol. 78b

49) Die Rechtsprechung schützt jedoch den Käufer vor den Konsequenzen, s. unten § 65.

hat, so haftet ihr Vermögen für diese Schulden nicht, und der Mann hat mit der Eheschließung ein schuldenfreies Vermögen erworben; die Gläubiger haben keinen Anspruch auf die Früchte, die der Mann zieht.

(c) Man kann daraus aber nicht schließen, daß die Frau überhaupt nicht berechtigt sei, ihr Vermögen zu verkaufen und daß ihre Verfügungsgeschäfte einer ähnlichen Regelung unterlägen wie die Verfügungsgeschäfte von Taubstummen, Geisteskranken oder Minderjährigen⁵⁰⁾. Die Ehefrau bedarf zur Verfügung grundsätzlich nicht der Einwilligung des Mannes, sie ist nur nicht berechtigt, seine Rechte zu verletzen. Das gleiche ergibt sich auch aus der Halacha, daß dann, wenn die Ehe durch Scheidung oder Ableben des Mannes aufgelöst wird, das Verkaufsgeschäft, das die Frau vor der Scheidung abgeschlossen hat, bestehen bleibt. Der frühere Verkaufsvertrag der Frau muß nicht durch einen neuen Vertrag bekräftigt werden, der Verkauf ist gültig; solange die Frau lebt, kann der Ehemann nichts daran ändern. Ebenfalls gültig ist der Verkauf eines Gegenstands durch die Frau, der von ihr nach der Ehe erworben wurde, dem Ehemann davon aber nichts bekannt war. Das folgt aus dem Gedanken, daß die Einschränkung der Frauenrechte dem Familienfrieden dienen soll⁵¹⁾.

Die Rechte der Frau gehen so weit, daß sogar der Käufer eines eingebrachten Gutes gegen jede Handlung des Mannes, die das Gut beschädigt, Einspruch erheben kann. Der Ehemann hat nur ein Nutzungsrecht, aber kein Eigentumsrecht⁵²⁾.

§ 55 Die Rechte des Mannes an den Zon-Barsel-Gütern

Die erwähnten Regeln, die die Nutzungsrechte des Mannes ordnen, gelten umso mehr für die Früchte von den ZBG, als diese Güter ja im Eigentum des Mannes stehen. Hat die Ehefrau über ZBG und deren Früchte verfügt, so kann der Ehemann die Güter samt den Früchten vom Dritten, der sie ohne seine Einwilligung besitzt, zurückverlangen⁵³⁾.

§ 56

Die verheiratete Frau besitzt grundsätzlich die gleiche Geschäftsfähigkeit wie die ledige. Aber weil sie mit dem Manne lebt, heißt es, daß "die

50) Eru. 31b; Ba-Ka 87a.

51) Che-M 29 zum Sch. 90

52) ibid. Che-M 30

53) Ketu. Fol. 78ab; Sch. 90, 9, 13; H-I 22; 7, 15

Frau kein Besitzerrecht ohne ihren Mann" hat⁵⁴⁾. Dies ist aber nicht wörtlich zu nehmen; die Frau erwirbt die Sache selbst, der Mann erwirbt deren Früchte. Die Ehefrau kann eigenes Vermögen (Vorbehaltsgut) haben, sie kann Erwerbsgeschäfte tätigen, sich verpflichten und ihr eingebrachtes Gut wirksam veräußern, wenn sie es vom Mann zurückerhält. Das jüdische Recht hat also eine besondere Einstellung; einerseits beschränkt die Eheschließung die Geschäftsfähigkeit der Frau nicht, andererseits ist die Frau von einer Gleichstellung mit dem Mann weit entfernt. In mancher Hinsicht ist die Stellung der Ehefrau allerdings sogar ganz vorteilhaft. Es folgt daraus, daß die jüdische Gesetzgebung es nicht als Endzweck ansah, die Rechte der Frau einzuschränken, sondern sie wollte mit dieser Einschränkung eine Garantie für eine gesunde finanzielle Grundlage und damit für den Frieden der Familie schaffen.

D. DIE ANWENDUNG DES JÜDISCHEN RECHTS

I. DIE ZEIT VOR EINFÜHRUNG DES GLEICHBERECHTIGUNGS-GRUNDSATZES

§ 57

Mit der Frage, ob das jüdische Recht in Vermögensangelegenheiten mit familienrechtlichem Einschlag in der Neuzeit überhaupt noch zur Anwendung kommen kann, befaßten sich die Zivilgerichte und die Juristen schon während der britischen Mandatszeit. Während der türkischen Herrschaft galt immer das jüdische Recht, und es wurde und wird von den Rabbinats-Gerichten auch immer weiter angewendet. Die Frage stellt sich also nur den Zivilgerichten.

Dieses Problem beschäftigte das Oberste Gericht in Palästina in den Jahren 1925 und 1931⁵⁵⁾. Das Recht der Frau auf eigenes Vermögen wurde behandelt. Niemand hat daran gezweifelt, daß die Frau die gleichen Rechte wie der Mann habe, und dieser Zustand ändert sich, da kein Gesetz dies verbietet, auch mit der Eheschließung nicht. Das Tel Aviver Bezirksgericht erklärte im Jahre 1949⁵⁶⁾, daß im Familienrecht der Güterstand der Gütertrennung herrsche. Ähnlicher Meinung war auch das Oberste Gericht

54) Ketu. Fol. 23b

55) Ci.A. 115/25; Ci.A. 72/31; PLR I

56) s. oben § 13

in einem Berufungsverfahren im selben Jahr⁵⁷⁾. Man kann daraus schließen, daß der Brauch der jüdischen Bewohner Palästinas, des jetzigen Israels, und auch die Gerichte die traditionelle Stellung des Mannes im Familienleben ablehnten, insbesondere das Nießbrauchsrecht des Mannes am Vermögen der Frau.

Die "Stimme des Volkes" war aber in all diesen Jahren, wie sich herausstellte, gesetzeswidrig. In einem Verfahren im Jahre 1950⁵⁸⁾ stellte das Besondere Gericht fest, daß die Nutzungsrechte des Mannes nach dem jüdischen Recht auf einer zwingenden Norm beruhen. Noch bevor aber dieses Urteil verkündet wurde, verabschiedete die Knesseth das Gleichberechtigungsgesetz. Sollte das Gleichberechtigungsgesetz an dem güterrechtlichen Status der Ehefrau nichts ändern, so wäre die Nutzverwaltung weiterhin das eheliche Güterrecht Israels.

II. DAS GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ

§ 58

Die Vorschrift des Gleichberechtigungsgesetzes, die über die Frage, ob das jüdische Recht im ehelichen Güterrecht anzuwenden sei, viele Diskussionen hervorgerufen hat, ist der folgende Paragraph 2:

"Eine verheiratete Frau ist voll befähigt, Eigentum zu haben und darüber zu verfügen, wie eine unverheiratete; ihre vor der Eheschließung erworbenen Eigentumsrechte werden durch die Eheschließung nicht berührt."⁵⁹⁾

Ansichts dieser Bestimmung hat die Gleichberechtigung verschiedene Auswirkungen auf die eisernen Kleinvielhüter und die Melug-Güter.

§ 59 Die Zon-Barsel-Güter

Eigentlich müßte man annehmen, daß die zitierte Vorschrift die Institution der ZBG abgeschafft hätte, denn mit der Übertragung der ZBG in das Eigentum des Mannes verliert die Frau jede Kontrolle über diese ihre Güter. Andererseits ist zu betonen, daß das jüdische Recht keinen Zwang auf die

⁵⁷⁾ Ci.A. 16/49, s. oben § 13

⁵⁸⁾ 1/50 s. oben § 13

⁵⁹⁾ Zitiert nach Bergmann aaO.

Frau ausübt, ihr Vermögen dem Mann als ZBG zu geben. Dies ist vielmehr eine freie Vereinbarung, wobei es für die Ehefrau durchaus vorteilhaft ist, ihr Vermögen dem Mann zu übergeben, da sie es bei Beendigung der Ehe mit einem ziemlich hohen Zuschuß zurückbekommt. Das Gleichberechtigungsgesetz wollte aber nur die Institutionen, die die Frau schlechter stellten, aufheben. Daher ist wohl hinsichtlich der ZBG keine Änderung eingetreten⁶⁰⁾.

§ 60 Die Melug-Güter

(a) Die Ansicht, daß das Gleichberechtigungsgesetz auch bezüglich der MeG keine Änderung im rechtlichen Zustand gebracht haben⁶¹⁾, gründet sich auf eine weite Auslegung des § 2. Der erste Teil dieser Vorschrift beschränkt sich auf die "Fähigkeit" der Frau, wobei der hebräische Begriff mit dem englischen Begriff "capacity" identisch ist. Gemeint ist hier die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte abschließen zu können, der Begriff umfaßt also etwa das, was das deutsche Recht als Geschäftsfähigkeit⁶²⁾ bezeichnet. Der entgegengesetzte Zustand ist der der Geschäftsunfähigkeit. Die Ehefrau ist im jüdischen Recht nicht geschäftsunfähig, und man kann nicht behaupten, daß die Eheschließung sich auf ihre Geschäftsfähigkeit auswirke. Die Früchte der MeG gehören eben dem Mann, und nur damit seine Rechte nicht verletzt werden können, ist die Ehefrau gehindert, diese Güter zu verwalten oder zu veräußern. Der Ehemann kann, wie schon erörtert, im Fall eines Verkaufs eben nur die Früchte, nicht die verkauften Güter selbst, vom Käufer fordern; die Verfügung der Frau selbst bleibt wirksam. Auch der Verkauf der Früchte wäre wirksam, wenn der Ehemann auf seine Früchte verzichtet hätte. Wäre die Ehefrau geschäftsunfähig, so wie der Minderjährige oder Geisteskranke, so hätte man - nach dem jüdischen Recht - den Vertrag nochmals bekräftigen müssen. Das ist bei der Frau nicht der Fall, sie kann den Verkauf nicht widerrufen. Wenn sie z.B. ein Melug-Gut verkauft hat, ist es ihr nicht gestattet, nach dem Tode ihres Mannes diesen Verkauf auf Grund einer "Geschäftsunfähigkeit als Ehefrau" in der Vergangenheit zu annullieren. Aus der Tatsache, daß die jüdische Frau nicht geschäftsunfähig ist, folgt, daß der erste Teil des § 2 für das umstrittene Problem nicht von Bedeutung ist.

60) Vgl. Schereschewski S. 204

61) *ibid.* S. 203

62) Sie steht im jüdischen Recht nur den rechtsfähigen Personen zu, die die physisch-psychische Fähigkeit haben, ihren Willen zu äußern; Geschäftsfähigkeit ist also im jüdischen Recht mit der Handlungsfähigkeit und der Deliktfähigkeit im allgemeinen identisch.

Es wird die Ansicht vertreten, daß der 2. Teil der erörterten Vorschrift auch nichts geändert hat. Er bestimmt, daß vor der Ehe erworbenes Vermögen der Ehefrau durch die Eheschließung nicht berührt wird. Auch nach jüdischem Recht wird das Vermögen, das die Frau vor der Ehe erworben hat, nicht berührt. Der Ehemann erwirbt durch die Ehe kein Recht auf die Güter seiner Frau. Ihm stehen nur die Früchte dieser Güter zu, und zwar die erst nach der Eheschließung entstandenen Früchte, die vor der Ehe gezogen wurden, sind ja im Zeitpunkt der Eheschließung Vermögen der Frau, aber keine Früchte mehr, die dem Mann zukämen; nur wenn Früchte nach der Eheschließung gezogen werden, gehören sie dem Mann. Vermögen, das die Frau vor der Ehe erworben hat, leidet also durch die Eheschließung nicht, und deshalb hat der §2 das alte jüdische Recht nicht geändert.

(b) Es wurde andererseits behauptet⁶³⁾, daß diese Auslegung künstlich sei. Man könne ihr vielleicht folgen, wenn sie den § 2 nicht inhaltlich ausgeleert hätte. Welchem Zweck sollte § 2 denn jetzt noch dienen? Es sei deshalb die Auslegung der Gerichte vorzuziehen, wie sie zuletzt vom Obersten Gericht⁶⁴⁾ vorgenommen wurde. Dieses stellt fest, daß die Meinungen über die Bedeutung des Wortes "Fähigkeit" umstritten sind. Das Gericht selbst vertritt die Ansicht, daß das Wort "Fähigkeit" eine andere Bedeutung habe als oben dargestellt, daß man diese aber nicht mit Sicherheit feststellen könne, da der Gesetzgeber keine Definition gegeben habe. Das Gericht gibt also zu, daß man aus dem ersten Teil des § 2 nicht auf eine Änderung im rechtlichen Status der Frau schließen könne, weil nicht festzustellen ist, was das Wort "Fähigkeit" bedeuten soll.

Weiterhin wird das Recht des Mannes, das Vermögen der Ehefrau zu nutzen, zum Beweis herangezogen. Die Frage ist, ob dieses Recht wirklich nur ein Forderungsrecht - Recht *z u r* Sache (*ius ad rem*) - oder ein dingliches Recht - Recht *a n* der Sache (*ius in rem*) - darstellt und damit dem Ehemann ein gewisses Recht auf das Vermögen selbst gibt. Im Talmud⁶⁵⁾ heißt es: "Bei einer Verheirateten gleicht sein Anrecht ihrem Anrechte", Raschi kommentiert dazu, daß der Mann so etwas wie ein Gemeinschaftspartner der Frau sei; deshalb habe er an den Gütern ein fast eigentumsähnliches Recht. Es sei mit diesem Recht so ähnlich wie mit dem Eigentum selbst. Wenn jemand zu seinem Nächsten gesagt hat: "Ich entsage mich des Rechtes und des Anspruches auf dieses Feld, ich will damit nichts zu tun haben", oder: "Ich entferne meine Hand davon", so

63) Vgl. Dykan I

64) Ci.A. 202/1957 Pessakim 36.Bd.

65) Ketu. Fol. 83a

wird dies so angesehen, als ob er nichts gesagt habe⁶⁶⁾, denn, erklärt Raschbam⁶⁷⁾, es genügt nicht, wenn man auf sein Feld verzichtet, denn dieser Verzicht ist ähnlich einem Wunsch, keinen Teil am Feld zu besitzen, gilt aber nicht als Übergabe, es sei denn, daß er sagt: "Mein Feld ist dir verkauft oder geschenkt". Wenn nur ein obligatorisches Recht vorhanden wäre, so hätte ein Verzicht genügt (so kann jemand z.B. auf Forderungen, die ihm zustehen, verzichten, aber auf sein dingliches Recht nicht, denn wenn er sagt, daß er mit seinem Felde nichts zu tun haben will, hat es der andere dadurch noch nicht erworben). Weil auch der Ehemann durch Verzicht die Güter nicht übertragen kann, bedeutet dies, daß er ein gewisses dingliches eigentumsähnliches Recht an den Melug-Gütern seiner Ehefrau hat.

Als weiterer Beweis dieser These wird folgende Talmudstelle herangezogen: "In Uscha ordneten sie an, daß, wenn eine Frau bei Lebzeiten ihres Ehemannes Nießbrauchgüter verkauft hat und dann gestorben ist, der Ehemann sie dem Käufer abnehmen könne⁶⁸⁾. Raschi erklärt⁶⁹⁾, daß die Rabbiner das Nießbrauchsrecht des Mannes verstärkt hätten. Diese "Stärkung" vermindert vom juristischen, wissenschaftlichen sowie vom praktischen, wirtschaftlichen Standpunkt aus das Recht der Ehefrau an ihrem Vermögensstamm. Die juristische Konstruktion der "Stärkung" ist, daß der Ehemann für den Fall des Vorversterbens der Frau als der erstberechtigte Käufer ihres Vermögensstammes anerkannt wird. Die praktische Auswirkung davon ist, daß die Frau nur noch das sogenannte nackte Eigentum am eingebrachten Gut hat; sie kann das Gut zwar verkaufen, erhält aber niemals den realen, sondern einen weit geringeren Wert, der nach ihren Aussichten, den Ehemann zu überleben, geschätzt wird⁷⁰⁾. Wenn das Gut z.B. den Wert 100 hat und sie hat nur 30 % Aussichten, ihren Mann zu überleben, so wird sie für das Gut nur 30 bekommen. Auf diese Art und Weise dringt das Nießbrauchsrecht des Mannes in die Sphäre des Eigentumsrechts der Ehefrau an ihren Melug-Gütern ein.

Das Oberste Gericht stellt dann fest, daß durch die juristische Konstruktion des Melug-Guts das vor der Ehe erworbene Vermögen der Frau mit der Eheschließung leide und deshalb gemäß der Bestimmung des § 2 gesetzwidrig sei.⁷¹⁾

66) ibid.

67) Ba-8a Fol. 49a

68) Ketu. Fol. 78b; s. auch oben § 54

69) Ba-Ka Fol. 88b

70) s. auch ibid. Fol. 89a

71) Vgl. das Oberste Gericht in Ci.A. 416/1960 Pessakim Bd.50 S.181

§ 61

Hinsichtlich der Entscheidung des Obersten Gerichts bestehen keine Bedenken. Die Richter gelangten zu dem Resultat, das von ihnen erwartet wurde, nämlich zur Abschaffung der Institution des *Melug Guts*. Es fragt sich nur, ob es nicht möglich gewesen wäre, zum gleichen Ergebnis zu kommen, wenn man die Antwort auf die Frage, ob § 2 diese Institution abgeschafft hat, in der Absicht des Gesetzes statt in der unklaren Definition des § 2, gesucht hätte. Die Einstellung der englischen Richter, jedes geschriebene Gesetz abzulehnen, das nicht ganz klar und deutlich seine Absicht zum Ausdruck bringt, ist bekannt⁷²⁾, manche "regard the interpretation of a statute as essentially an exercise in grammar"⁷³⁾. Denn für den englischen Richter ist das Common Law die Basis seiner Gesetze, und er sieht im geschriebenen Recht eine Art fremde Intervention, fast könnte man sagen, einen Feind. Hingegen kann sich der Gesetzgeber in anderen Ländern darauf verlassen, daß die Richter seine Vorschriften in seinem Sinne auslegen. Die israelischen Richter sind zwar auf das englische Rechtssystem⁷⁴⁾ geschult, doch darf nicht vergessen werden, daß für das israelische Recht das Common Law nur eine Ergänzung und nicht die Basis ist⁷⁵⁾. Diese Auffassung wird verstärkt, wenn man sieht, in welcher Art der Entwurf und auch andere Gesetze verfaßt sind. Sie räumen dem Richter einen großen Raum für Auslegungen und eigene Entscheidungen ein. Aus diesem Grunde könnte und sollte sogar das Gericht die Ant-

72) s. I. Tedeschi S. 246 ff.

73) s. Friedmann, *Law etc.* S. 34, auch S. 24ff; ferner Heuston aaO. S. 28

74) s. oben §§ 11

75) s. I. Tedeschi *ibid*; Art. 46 des Order in Council, oben § 10

wort in der Absicht des Gleichberechtigungsgesetzes suchen⁷⁶⁾. Eine ähnliche Bedeutung wie das Gleichberechtigungsgesetz für Israel hatte das "Married Women's Property Act", das im Jahre 1882 verkündet wurde für England.⁷⁷⁾ Wenn man den Par. 1 dieses Gesetzes⁷⁸⁾ mit dem Par. 2 des israelischen Gleichberechtigungsgesetzes vergleicht, würde man auf Grund der Ähnlichkeit sagen, daß der israelische Gesetzgeber wie der englische vorgehen wollte. In England hat das gesamte Gesetz die Gütertrennung im ehelichen Güterrecht eingeführt. Wenn nun das Oberste Gericht den anderen Weg eingeschlagen und daraus die Konsequenzen gezogen hätte, so hätte es feststellen müssen, daß das Gleichberechtigungsgesetz den Güterstand der Gütertrennung einführen wollte⁷⁹⁾. Eine

- 76) Bei der Auslegung eines Gesetzes ist zunächst vom Wortlaut des Textes auszugehen. Schafft der Wortlaut nicht genügende Klarheit, so ist nach dem "Willen" des Gesetzes zu fragen. Der "Wille des Gesetzgebers, besser gesagt der Wille der Verfasser oder deren Motive, kann einen Anhaltspunkt bilden, darf aber nicht für die Interpretation entscheidend sein (s. Maunz, S. 50ff.)." Denn "das Gesetz kann klüger sein als seine Verfasser - es muß sogar klüger sein als seine Verfasser" (Radbruch, Rechtsphilosophie S. 211). In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant, auf ein typisches Merkmal des jüdischen Rechts hinzuweisen, das in der Geschichte des Schlangenhofens, oben § 1, hervortritt: "The rule of Law". Der Gesetzgeber - Gott - fügt sich der gerichtlichen Instanz - der Mehrheit -, die er selber zu urteilen bevollmächtigt hat. Wenn die Thoraregel lautet, "nach der Mehrheit ist zu entscheiden", so muß nach ihr entschieden werden, auch wenn der Thorageber selber vor Gericht steht. Die Geschichte vom Schlangenhofen endet so, daß Rabbi Nathan den Rabbi Elija fragte, wie der Ewige auf die Entscheidung der Weisen reagierte, und dieser erwiderte: Er freute sich und sprach, meine Kinder haben mich besiegt, meine Kinder haben mich besiegt.

77) z. Zadok aaO. S. 69

78) "A married woman shall, in accordance with provision of this Act, be capable of acquiring, holding and disposing, by will or otherwise, of any real or personal property as her separate property, in the same manner as if she were a feme sole, without the intervention of any trustee." Dieser Par. wurde übrigens durch den § 1 vom The Law Reform (Married Women and Tortfeasors) Act, 1935, ersetzt.

79) Auch in Deutschland wurde die Gütertrennung für die Zwischenzeit vom 1.4.1953 bis zum 1.7.1958 von dem Gericht eingeführt. s. oben § 38 Fußnote 15

solche Entscheidung wäre gar nicht so überraschend, wie man denken könnte, denn sowohl die Parlamentsabgeordneten⁸⁰⁾ wie auch die Juristen⁸¹⁾ wie auch die Tageszeitungen aus der Entstehungszeit des Gesetzes, haben ein Gleichberechtigungsgesetz mit solcher Tendenz erwartet. Wenn hingegen eine ungeschickte und unklare Formulierung zustande kam, so geht sie auf die konservativen Elemente zurück, die jede Änderung des rechtlichen Status der Familie befürchten und sich ihr widersetzen.

2. Titel: DIE REGELUNG NACH DEM ENTWURF

§ 62

In § 59b des Entwurfs wird die Ketuba als Ehevertrag nicht mehr anerkannt; die Institutionen der ZBG und der MeG werden also abgeschafft. Es besteht eine Neigung der sich verheiratenden Leute, das Vermögen der Braut in ZBG zu verwandeln¹⁾; die Eheleute, die weiterhin von diesem Institut Gebrauch machen wollen, werden einen besonderen Vertrag darüber schließen müssen. Die Eheleute, die das jüdische Recht als für ihr eheliches Güterrecht maßgebend wählen wollen, werden insoweit natürlich dem Institut der MeG unterstehen. Es ist anzunehmen, daß diese Eheleute damit beabsichtigen, daß in Fragen güterrechtlichen Einschlags die Zuständigkeit der Rabbinats-Gerichte herbeigeführt werden soll. Der Entwurf jedoch bestimmt in § 213c, daß "matters of marriage and divorce"²⁾ nicht Vermögensrechte umfassen und deshalb in güterrechtliche Angelegenheiten die Rabbinatsgerichte nicht zuständig sein sollen. Diese Eheleute werden sich also gegen ihren Willen an die Zivilgerichte wenden müssen.

3. Titel: DIE REGELUNG DES DEUTSCHEN BGB IN SEINER ALTEN FASSUNG

§ 63

In Deutschland gab es zu Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche verschiedene Güterstände; man zählte über 100, die alle Schattierungen aufwiesen¹⁾. Der Gesetzgeber entschloß sich, hier eine einheitliche Ordnung aufzustellen. Er erhob zum ordentlichen gesetzlichen Güterstand den der Verwaltung und Nutznießung des Mannes am eingebrachten Gut der Frau²⁾.

80) Vgl. Verhandlungen der Knesset 9. B. S. 2007 ff.

81) Vgl. Zadok aaO.

1) s. Sochobolski S.48

2) s. oben § 33

1) s. Mittels S. 92

2) s. oben § 38

Auf die Ähnlichkeiten mit den oben erwähnten Rechten des jüdischen Mannes an den Gütern seiner Frau wurde schon oben § 38 hingewiesen. Zum Wesen der Nutzverwaltung gehört, daß der Ehegatte an dem, was ihm gehört, sein Eigentum sowie alle dinglichen und obligatorischen Rechte behält³⁾. Wird die Ehe aufgelöst, so erhält die Frau ihr Vermögen zurück und zwar das eingebrachte Gut selbst, die konkreten Gegenstände, aus denen es sich zusammensetzt, nicht etwa einen Wertersatz⁴⁾. Am Vorbehaltsgut erwirbt der Mann keinerlei Rechte; über dieses kann die Frau beliebig verfügen⁵⁾.

Die Unterschiede zwischen den beiden behandelten Rechtsordnungen beruhen auf den wesentlich verschiedenen Ausgangspunkten, und diese sind, wie unten verglichen und erörtert, auch gleich erkennbar. Die Schöpfer des BGB erwiesen mit dieser Regelung deutlich eine einseitige Stellungnahme zugunsten des Mannes⁶⁾, auf Kosten der Frau und auf Kosten der Gerechtigkeit⁷⁾. Das jüdische Recht hingegen hat schon seit Jahrhunderten erwiesen, daß es trotz der allgemein herrschenden Weltanschauung, die Frau sei minderwertig und von Natur, Schicksal und Gott dem Manne unterworfen, eine Gleichberechtigung der Geschlechter geben kann; nicht eine Gleichberechtigung im Sinne der mechanischen Gleichstellung, sondern eine Umsetzung der sozialen Gerechtigkeitsprinzipien in der Praxis unter Berücksichtigung der verschiedenen sozialen Funktionen von Mann und Frau.

Die Vermögensmassen der Eheleute bleiben völlig getrennt, jeder Ehegatte bleibt also Eigentümer seines Vermögens. Zur Sicherung des Nutznießungsrechts des Mannes wurde die Frau aber in ihrer Verfügungsmacht beschränkt. Doch könnte man daran denken, daß die Frau wenigstens über das sogenannte nackte Eigentum des eingebrachten Gutes verfügen kann; sie könnte dann ihr Vermögen für die Zukunft nutzbar machen, ohne daß dabei Rechte des Mannes verletzt würden. Das BGB a.F.⁸⁾, wenn auch sonst sehr darauf bedacht, Eigentumsrechte zu wahren⁹⁾, belastet

3) § 1363, BGB a.F.

4) Vgl. Staudinger aaO. § 1421 Anm. 2a); für das jüd.R. s.o. § 47

5) § 1365 ff. BGB a.F.; für das jüd.R. s.o. § 48

6) s. auch Neustadt S. 380

7) Kritik zu dieser Lösung s. M. Weber, Frauenfrager. etc. S. 73, 146; ders. Ehefrau etc. S. 413, 486; "Seinem Inhalt nach ist die Nutzverwaltung ein absolutes Herrschaftsrecht", Kipp-Wolf S. 180

8) "Die Ehefrau, die über ihr eingebrachtes Gut verfügen will, wird ähnlich einem Minderjährigen behandelt", Kipp-Wolff aaO. S. 199; s. auch Staudinger § 1395 Anm. 1

9) s. Neustadt S. 380

hier die Frau mit einem Veräußerungsverbot (a.F. § 1395), auch in bezug auf das nackte Eigentum (einen Begriff, den das BGB nicht kennt). Das jüdische Recht gewährt der Ehefrau ihr Eigentumsrecht am nackten Eigentum des eingebrachten Gutes¹⁰⁾.

Der Mann erwirbt auf Grund seines Nutznießungsrechts die Früchte des eingebrachten Guts der Frau zu vollem Eigentum wie ein gewöhnlicher Nießbrauchsberechtigter (§ 1383 a.F.), und zwar sämtliche gezogene Früchte¹¹⁾. Der Nießbrauch ist völlig mit der Stellung des Mannes als Familienoberhaupt verknüpft: mit seiner Hilfe soll in erster Linie der eheliche Aufwand bestritten werden (§ 1389). Dabei muß aber gleichzeitig betont werden, daß einmal das Maß des ehelichen Aufwands nach § 1354 durch den Mann bestimmt wird und daß zum anderen die Frau aus ihren Einkünften aus dem Vorbehaltsgut nach § 1371 a.F. dem Mann einen Beitrag zur Bestreitung des ehelichen Aufwands zu leisten hat. Da die Nutzungen Eigentum des Mannes sind (§ 1383), hat er auch das Recht, sie für sich zu Eigentum zu behalten, wenn sie mehr ergeben, als er für den ehelichen Aufwand auszugeben hat, d.h. daß die Übermaßfrüchte ihm gehören. Daher ist es als selbstverständlich hinzunehmen, daß der Mann seinen Gläubigern auch mit den Früchten des eingebrachten Gutes haftet¹²⁾. Das jüdische Recht unterscheidet sich von dieser Regelung dadurch, daß es grundsätzlich die Früchte der Nutzungsgüter (die Melug-Güter) dem gemeinsamen Haushalt gewährt. Der Überschuß der Früchte, der sich nach Bestreitung des ehelichen Aufwands ergibt, gehört nicht dem Mann; er kann ihn allerdings dadurch weiter nutzen, daß er damit neue Güter erwirbt, die dann allerdings als eingebrachtes Gut der Frau gelten und ihr gehören. Daher haftet er seinen Gläubigern mit den Früchten nicht; sie fallen auch bei einem Konkurs des Mannes nicht in die Konkursmasse.

Nach Auflösung der Ehe erhält die Frau ihr Vermögen, wird aber an dessen Gewinn nicht beteiligt. Der Gewinn, den der Mann während der Ehe durch die Verwaltung des Gutes der Frau erzielt hat, bleibt ihm allein¹³⁾. Das jüdische Recht hat durch die Schaffung der Institution des Zon-Barsel-Guts dafür gesorgt, daß die Frau einen Anteil am Gewinn erhält. Wie schon erwähnt, wird ein Teil, manchmal das Ganze des ein-

10) s. oben § 60

11) Vgl. Kipp-Wolff aaO. S. 183

12) Vgl. Mitteis S. 75; s. auch Staudinger § 1408 Anm. 3
Kipp-Wolff aaO. S. 209

13) Nach dem Grundsatz "Frauengut soll nicht wachsen noch schwinden";
s. Baligand aaO. S. 66

gebrachten Gutes, dem Mann als Zon-Barsel-Gut übergeben, das er verwaltet. Der Ehemann muß natürlich eine solche Verantwortung nicht übernehmen, aber es ist üblich. Er muß daher, nach Auflösung der Ehe, 50 % des Wertes der Zon-Barsel-Güter bezahlen; in der Regel wird schon bei der Eheschließung der gesamte Betrag, einschließlich der Zugabe von 50 %, in die Ketuba eingetragen. Bemerkenswert ist, daß in der Ketuba ein bestimmtes Minimum eingetragen wird, auch wenn die Braut überhaupt kein Vermögen in die Ehe mitbringt¹⁴⁾.

¹⁴⁾ s. oben § 17

VIERTER ABSCHNITT

WIRKUNG DER EHE NACH AUSSEN

A. RECHTSGESCHÄFTE ZWISCHEN EHEGATTEN UND DRITTEN PERSONEN

§ 64 Das jüdische Recht¹⁾

Nach jüdischem Recht kann die Ehefrau keine Rechtsgeschäfte, die dem Manne die Nutznießung entziehen, vornehmen; d.h. eine Verfügung der Frau über ihr Eigentum ist, soweit es nicht Vorbehaltsgut betrifft in Ansehung der Nutzungen, unwirksam.

Der Ehemann wird als Besitzer des Eigentums der Frau betrachtet, und deshalb können die Gläubiger der Frau aus ihrem Eigentum nicht befriedigt werden, außer wenn die Schuld vorehelich und durch Urkunde zu beweisen ist²⁾.

Andererseits sind auch die Hände des Mannes durch die Ketuba gebunden, denn alle seine Güter haften für die Ketuba in dem Sinne, daß die Ehefrau ihre Ketuba auch von verkauften Gegenständen fordern kann. Dieser Zustand hätte das ganze moderne Geschäftsleben gestört. Daher verordnete man³⁾, daß bewegliche Sachen, die veräußert wurden, wegen des "Marktschutzes" (Verkehrsschutzes) nicht für die Ketuba haften.

Marktschutz⁴⁾ (hebräisch: Takanat Haschuk): Wörtlich: Bestimmung oder Verordnung zum Wohle des Marktes; nach europäischen Rechtsbegriffen: Schutz der bona fides, d.h. des guten Glaubens des Erwerbers. Von Rechts wegen dürfte der Bestohlene einem Dritterwerber seine Sache unentgeltlich abnehmen, jedoch wurde bestimmt, daß dann, wenn der Käufer die Sache auf offener Straße gekauft hat, der Eigentümer ihm den gezahlten Preis zu ersetzen habe.⁵⁾

§ 65 Die Regelung in Israel

Im jüdischen Recht bringt die Eheschließung Unsicherheit in den Geschäftsverkehr zwischen Eheleuten und dritten Personen. Die Gerichte

1) s. Scheftelowitz § 6, IV c; Schereschewski § 33

2) s. oben § 54(b)

3) Sch. 100; s.a. Ketu. Fol. 80b Mischna u.dazu Maimo

4) Ba-Ka Fol. 15a; ferner Horowitz S.611; C.A.8/1959 Piske-Din.
Bd. 13 S. 1089

5) In manchen mittelalterlichen Rechten war das Lösungsrecht bekannt:

haben daher die Anwendung des jüdischen Rechts auf vermögensrechtliche Angelegenheiten zwischen Eheleuten und Dritten abgelehnt. Sie kamen dazu durch die Auslegung der Art. 51, 47 des Orders in Council⁶⁾. In Albers von Schmetterling⁷⁾ stellt das Gericht fest: "Die Tatsache, daß gemäß Art. 47 des Orders in Council die "Matters of Marriage" nach dem Gemeinderecht beurteilt werden müssen, bedeutet nicht, daß auch jeder, der ein Geschäft mit der Frau abschließt, diesem Recht untersteht⁸⁾. Im Gegenteil, eine solche Auslegung würde Verwirrung in den Geschäftsverkehr bringen." In der Gerichtsentscheidung 1/1950⁹⁾, wo entschieden wurde, daß bis zum Gleichberechtigungsgesetz das Institut der Melug-Güter zwingend in jeder Ehe galt, heißt es: "Die Tatsache, daß ein Recht in Fragen zwischen Eheleuten angewendet wird, bedeutet nicht, daß das gleiche Recht in Fragen zwischen Eheleuten und Dritten angewendet werden muß". Mit anderen Worten: der Anspruch des Ehemannes zur Nutznießung der Melug-Güter ist eine Sache des Eherechts, wenn er sie von seiner Frau fordert, und eine Sache des Vermögensrechtes, wenn er sie von einem Dritten fordert¹⁰⁾.

(Forts. Fußnote 5:)

Dem Erwerber einer auf offenem Markte verkauften gestohlenen Sache wurde das Recht zuerkannt, die Sache nur gegen Erstattung des von ihm für die Sache Geleisteten herauszugeben: s. Conrad aaO. S. 271. Im Prinzip war es also das gleiche wie im talmudischen Recht. Obwohl jüdischer Rechtseinfluß nicht ausgeschlossen ist, so entstammt nach Meyer, aaO., S. 124 ff., 256 ff., der Lösungsanspruch beim Marktkauf dem germanischen Recht. Später drang die römische Auffassung, nach dem Grundsatz "Ubi rem meam invenio, ibi vindico", durch und wurde gemeines Recht; Wolff-Reiser aaO. S. 247 ff. Anders war es in Holland, s. Meyer S. 298, und in Frankreich, wo das Lösungsrecht noch heute gilt, und zwar nicht nur für Erwerber auf dem Markte, sondern auch für den Erwerb von einem "marchand vendant des choses paretelles", Art. 2280 cc. Auch das englische Recht schützt den Kauf im offenen Markt (in market overt). Vgl. Kisch aaO.; Gierke aaO. 2. B. S. 552 ff.; Hübner aaO. S. 445 ff.

6) s. oben §§ 12, 13

7) Ci. A. 16/1949 Pessakim E. B. 3. S. 296

8) Die Ausführungen auf den Seiten 63f. betreffen die Regelung des jüdischen Rechts, die nach Schereschewski auch heute noch Geltung hat. Das Oberste Gericht fand einen Weg, um das jüdische Recht zu "korrigieren", wie es auch in manchen anderen Fällen geschah.

9) s. oben § 13

10) a. M. Schereschewski S. 199

§ 66 Die Regelung nach dem Entwurf

Während nach dem israelischen positiven Recht die Eheschließung keine störenden Auswirkungen auf Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten und Dritten oder zwischen einem Gatten und einem Dritten hat, wird nach dem Entwurf dieser Zustand geändert.

§ 61 des Entwurfs bestimmt zwar, daß die Rechte eines Dritten durch die Eheschließung nicht leiden, doch bestimmt § 61a weiter, daß sich ein Ehegatte gegenüber einem Dritten auf den Ehevertrag berufen kann. Das bedeutet, daß jemand, bevor er ein Rechtsgeschäft mit einem anderen abschließt, Erkundigungen einziehen muß, ob der andere verheiratet ist oder nicht, evtl. auch in welchem Güterstand die Ehegatten leben, ob sie einen Ehevertrag geschlossen haben oder dergleichen¹¹⁾.

Der Entwurf ermöglicht auch die Wahl des jüdischen Rechts als eheliches Güterrecht. Die Kuriosität dabei ist, daß die Bestimmungen des jüdischen Rechts, die sich im Alltag im Verhältnis zu Dritten nicht durchsetzen konnten und auch vor den Gerichten insoweit nicht anerkannt waren¹²⁾, durch den Entwurf zwingende Normen für einen Teil der Bevölkerung werden. Dieses Ergebnis hätte eine höchst unangenehme Wirkung auf das Geschäftsverkehrsleben¹³⁾, insbesondere mit diesen Eheleuten. Um diesem Ergebnis auszuweichen, könnte man annehmen, daß die Eheleute, die sich für das jüd. eheliche Güterrecht entscheiden, die Anwendung des jüd. Rechts in seiner gegenwärtigen praktisch geltenden Form meinen. Es wäre aber vorteilhafter, wenn der Entwurf, bzw. das ihm folgende Gesetz, ausdrücklich darauf hinwiese, daß die Wahl des jüd. Güterrechts sich auf die gegenwärtige in Israel geltende Form bezieht¹⁴⁾.

§ 67 Die Regelung im BGB

Nach dem alten BGB sind die Hände des Mannes in Beziehung auf die Verfügung über sein Eigentum Dritten gegenüber nicht gebunden, da es keine der Ketuba ähnliche Institution gibt¹⁵⁾. Die Frau jedoch unterliegt denselben Beschränkungen wie im jüdischen Recht; diese beruhen auf der Nutzverwaltung des Mannes. Eine sonderbare Situation ergibt sich aus § 1394 BGB a.F., nach dem die Frau Ansprüche, die ihr auf Grund der Verwaltung und

11) s. Entw. § 67, 68, 69, 52b

12) s. Sochobolski aaO. S. 53

13) s. oben § 64

14) Vgl. Tedeschi aaO. S. 163

15) s. oben § 64 Abs. 3

Nutznießung zustehen, erst nach Aufhebung des gesetzlichen Güterstandes geltend machen kann.¹⁶⁾ Die Gläubiger der Frau können für ihre Ansprüche hingegen ohne Rücksicht auf die Verwaltung und Nutznießung des Mannes Befriedigung aus dem eingebrachten Gute verlangen, ohne wie die Frau das Ende der Nutzverwaltung abwarten zu müssen¹⁷⁾. Der Frau ist über diesen Umweg die Möglichkeit gegeben, sich mit Hilfe einer dritten Person ihrem Mann gegenüber ihr Recht zu beschaffen. Dadurch werden die Interessen der Ehegatten in Gegensatz zueinander gebracht. Durch das neue BGB wird eine solche Situation ausgeschlossen, weil im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft jeder Ehegatte sein Vermögen selbständig verwaltet und auch die Nutzungen für sich behalten darf¹⁸⁾. Allerdings sieht auch die neue Regelung Verfügungsbeschränkungen bei Rechtsgeschäften mit Dritten vor, nämlich bei Verfügungen über das Vermögen im ganzen und über Gegenstände des ehelichen Haushalts. Diese Beschränkungen treffen jedoch beide Ehegatten gleichmäßig. Nimmt ein Ehegatte solche Verfügungen ohne Einwilligung des anderen vor, so hängt die Wirksamkeit von der Genehmigung des anderen Ehegatten ab. Einseitige Rechtsgeschäfte ohne die erforderliche Einwilligung sind jedoch schlechthin unwirksam¹⁹⁾. Der gute Glaube des Dritten an die freie Verfügungsbefugnis seines Vertragspartners wird – wie schon nach der alten Regelung – außer im Falle des § 1412 n.F. nicht geschützt²⁰⁾. Es steht ihm auch kein Zurückbehaltungsrecht wegen der von ihm erbrachten Gegenleistungen zu.

B. SCHLÜSSELGEWALT

§ 68 Das jüdische Recht²¹⁾

Hier ist zu untersuchen, inwieweit die Ehefrau bei ihrer Haushaltsführung ihren Mann vertreten und verpflichten kann. Die Frau hat neben der Be-

16) "Damit dem Manne eine ruhige und selbständige Verwaltung gesichert sei"; s. Kipp-Wolff aaO. S. 197; besonders interessant für den Grundgedanken dieses Par. s. Staudinger § 1394 Anm. 1, 7

17) §§ 1411, 1377 BGB a.F.; vgl. Staudinger § 1411 Anm. 5a)

18) §§ 1363 f. BGB

19) §§ 1365 ff. BGB

20) Vgl. Massfeller-Reinicke S. 131; auch Palandt aaO. § 1366 Anm. 2 § 1365 Anm. 3 Knur DNotZ 57 S. 453

21) s. Scheffelowitz § 6, IV B; Schereschewski § 34

schaffung von Lebensmitteln auch noch verschiedene andere Ausgaben zu machen; sie kann z.B. Hausangestellte anstellen, den Kindern ärztliche Behandlung zukommen lassen etc. Die Frage ist hier nun, ob der Mann im allgemeinen, soweit er überhaupt für solche Schulden haftet, unmittelbar dem Dritten gegenüber haftet, ob also die Frau ihn direkt verpflichten kann.

Die Halacha muß hier zwei entgegengesetzte Dinge miteinander abstimmen. Einerseits fordert der Rechtsverkehr, daß, wenn ein Dritter mit der Frau geschäftliche Verbindungen eingeht, die prima facie zur Haushaltsführung gehören, nicht dauernde Nachforschungen anstellen muß, ob die Frau vom Mann Vertretungsbefugnis hat. Auch ist der Frau nicht zuzumuten, ihren Haushalt ohne die Berechtigung, den Mann geldlich zu verpflichten, zu leiten, oder dauernd seine Genehmigung zu erbetteln. Andererseits muß der Mann aber vor unberechtigten Handlungen der Frau geschützt werden.

Das jüdische Recht regelte dieses Problem mit Hilfe der Chasaka. Chasaka heißt wörtlich Stärke, Gewalt oder Besitzrecht. Nach westlichen Rechtsbegriffen bedeutet es Vermutung. Mangels anderer Beweismittel half man sich auch schon in der talmudischen Zivilprozeßordnung mit Präsumtionen²²⁾. Die Regeln darüber sind folgende:

(a) Der Ehemann haftet nur, wenn die Ehegatten zusammenleben²³⁾, denn dann besteht die Vermutung, daß er die Handlungen der Frau genehmigt hat, um nicht selber alle Hausanschaffungen zu machen.

(b) Da die Haftung des Mannes auf einer Vermutung für die Erteilung der Genehmigung beruht, ist der Mann nur verpflichtet, wenn die Handlungen der Ehefrau von solcher Art sind, wie sie allgemein von einer Frau vorgenommen werden. Außerdem haftet der Mann nur, wenn die Verpflichtungen seinen Lebensstandard nicht übersteigen. Wenn z.B. die Frau eines kleinen Angestellten ein Kraftfahrzeug kauft, so haftet sie allein.

(c) Der Mann haftet nur, wenn die Frau dem Dritten gegenüber so auftritt, als wäre sie vom Mann beauftragt, der Dritte also guten Glaubens ist (Verkehrsschutz). Wenn z.B. die Frau dem Verkäufer sagt, er solle dem Manne nichts erzählen, so haftet sie allein; der Verkäufer hat dann dem Manne gegenüber keinen Anspruch, auch wenn die Ausgaben seinen Lebensstandard nicht übersteigen.

22) Näheres s. Lewin, S. 153; Horowitz S. 673

23) So wird z.B. auch in den Common Law provinces of Canada bei Zusammenleben der Ehegatten die Präsumptionsregel angewendet.

Vgl. Friedmann aaO. S. 246

(d) Die Verkehrsschutzregel ist keine absolute Norm, sie grenzt nur die Vermutung, daß der Mann die Handlungen der Frau gebilligt hat, ab. Deshalb kann der Mann die Vermutung widerlegen, wenn er beweisen kann, daß der Dritte keinen Grund gehabt hat zu glauben, daß die Frau ihren Mann vertritt.

Wenn der Mann in den Fällen zu a-c haftet, haftet er dem Gläubiger unmittelbar. Es besteht kein Anspruch der Gläubiger gegen die Frau, denn sie wird nur als eine Beauftragte des Mannes tätig und deshalb haftet sie nicht²⁴⁾.

Wenn die Frau bei Getrenntleben ihren Anspruch auf Unterhalt nicht verloren hat, d.h. wenn das Getrenntleben auf einem Verschulden des Mannes beruht, und sie ohne Mittel geblieben ist, so bestimmt die Halacha: "Wenn der Ehemann wegging und sie geliehen und gegessen hat, so muß er bezahlen, wenn er zurückkommt²⁵⁾".

Der Mann muß in diesem Fall also für die Schulden seiner Frau aufkommen. Er kann sich davon nicht befreien, auch wenn er seine Verantwortung für ihre Schulden noch vor seinem Weggehen abgelehnt hat, z.3. in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, daß er sie verlasse und ihr die Schlüsselgewalt entziehe. Eine derartige einseitige Erklärung kann die Rechte der Frau nicht beeinträchtigen.

Das gilt ausnahmsweise nicht, wenn die Frau sich selber durch ihrer Hände Arbeit ernährt und nichts dagegen einwendete, als der Mann eine solche Erklärung abgab. Es besteht dann die Vermutung, daß sie mit dem Entzug der Schlüsselgewalt einverstanden ist. Hat sie sich aber dagegen gewandt, so kann sie sogar aufhören zu arbeiten und zu seinen Lasten Geld für ihren Unterhalt leihen.

Es erhebt sich hier nun die Frage, ob sich der Gläubiger unmittelbar an den Mann halten kann. Im allgemeinen lautet die Regel²⁶⁾, daß der Gläubiger keinen Anspruch gegen den Mann hat, denn die Frau hat in diesem Fall nicht die Stellung einer Beauftragten des Mannes. Die Frau kann vom Mann das Geld verlangen, um die Gläubiger auszuzahlen²⁷⁾.

24) Alle Regeln zu diesen Bestimmungen siehe Kne-Ge zum Tur Cho-M Art. 62

25) Sch. 70,8; dazu Hagah 12; Ketu. 107b Raschi zur Mischna

26) s. Sch. 70

27) s. Raschi aaO.

Ein Ausnahmefall liegt vor, wenn der Gläubiger keine Möglichkeit hat, sich an die Frau zu wenden, etwa, wenn sie nach einem unbekannten Ziel abgereist ist; in einem solchen Fall kann er sich unmittelbar an den Mann halten. Diese Halacha (Regel) stammt aus der sogenannten "Belastung des R. Natan" (hebräisch: Schiabuda derabbi-Natan²⁸⁾:

"R. Natan sagte: Woher stammt die Regel, daß, wenn jemand von seinem Nächsten und der Nächste von einem anderen eine Mine (100 Silberdenare) zu erhalten hat, man sie diesem abnehme und jenem gebe? (Num. 5,7): Er gebe sie dem, dem die Schuld zukommt."

Es steht also nicht in der Bibel, daß er es dem gebe, dem er schuldet, sondern dem die Schuld letzten Endes zukommt. Nach dieser Halacha (Regel) kann sich der Gläubiger an den Schuldner seines Schuldners unmittelbar wenden, wenn er nicht anders zu seinem Geld kommen kann. Diese Regel gilt auch für den Gläubiger der Frau unter der Voraussetzung, daß der Gläubiger bei der Frau keine Befriedigung erlangen kann. Im allgemeinen darf die Frau keine Verpflichtung eingehen, um den Mann mit ihren Schulden zu belasten.

Wenn ein Dritter der Frau auf andere Weise als durch Leihe oder Darlehen Unterhalt gewährt, ohne daß der Mann es verlangt hätte, so "hat er sein Geld auf das Horn der Gazelle gelegt²⁹⁾" (die damit durchgeht; oft gebräuchliche Redewendung für unwiderbringlichen Schaden). Er hat keinen Anspruch, weder an den Mann noch an die Frau. Diese Regel ergibt sich aus der folgenden Überlegung: man nimmt an, daß der Dritte, als er sah, daß die Frau sich selber nicht ernähren kann, ihr geholfen hat, weil er sich darauf verließ, daß der Ehemann ihm die Auslagen zurückerstatten werde. Damit hat er eigentlich die Schulden des Mannes gegenüber seiner Frau bezahlt. Aber weil der Mann ihn nicht darum gebeten hat, schuldet er ihm nichts. Aus demselben Grund, d.h. weil er damit gerechnet hat, daß der Mann ihn auszahlt, hat er nicht beabsichtigt, das Geld der Frau zu leihen. Also ist zwischen ihm und der Frau kein Schuldverhältnis entstanden, und sie schuldet ihm daher auch nichts.³⁰⁾

28) Ketu. Fol. 19a

29) Ketu. Fol. 107b in der Mischna

30) Ketu. Fol. 107b und Raschi dazu; Maimo. 12, 19 und dazu M=M; ferner Schereschewski S. 133. Im deutschen Recht haftet der Mann dem Dritten nach §§ 677, 683, Satz 2 BGB.

§ 69 Die Regelung im heutigen Israel

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Regelung der Schlüsselgewalt nach jüdischem Recht gemäß Art. 51 des Order in Council³¹⁾ jedenfalls für das Verhältnis der Ehegatten untereinander geltendes Recht ist. Fraglich ist nur, ob diese Regeln auch im Verhältnis zu Dritten anwendbar sind. Dieses Problem wurde von den Zivilgerichten noch nicht geklärt; für das Rabbinats-Gericht ist das jüdische das einzig anwendbare Recht. Es besteht die Möglichkeit, die Frage analog dem in § 65 erörterten Problem zu lösen, nämlich analog der Regelung bezüglich der Wirkungen der Ehe auf Rechtsgeschäfte mit dritten Personen. Eine solche Analogie würde selbstverständlich die Anwendung der hier betrachteten jüdischen Regeln ausschließen³²⁾. Obwohl der Analogieschluß eine der Grundlagen des jüdischen Rechts ist, ist "die Analogie ein mit Vorsicht und Takt zu üben- des Verfahren", und sie könnte insbesondere in unserem Fall leicht gefährlich werden. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich diese jüdischen Regeln im Alltag in Israel eingebürgert haben, und da sie bis heute von den Gerichten nicht für unanwendbar erklärt wurden, kann man annehmen, daß sie gelten. Es wäre deshalb von großem Vorteil, den Entwurf als Gesetz zu verabschieden, nicht zuletzt deswegen, um Klarheit im materiellen Recht zu schaffen.

§ 70 Die Regelung des Entwurfs

Nach den Regeln des gesetzlichen Güterstandes, wie nach denen jedes anderen Güterstandes haften beide Eheleute für Schulden, die zur Erhaltung des Hauswesens gemacht werden (§§ 51, 51a d. Entw.). Jeder der Ehegatten vertritt die Familie nach außen. In diesem Sinne bestimmt § 53, daß für solche Schulden alle Haushaltungsgegenstände haften. Keiner der Ehegatten kann einen bestimmten Gegenstand des Hauses als sein Sondereigentum bezeichnen und ihn so aus der Haftung ausschließen. Nach dem erwähnten § 51a werden auch die Eheleute, die das jüdische Recht für ihren Güterstand gewählt haben, diesen Normen des Gleichberechtigungsgesetzes unterworfen sein. Es ist zu bezweifeln, ob dies dem wirklichen Willen der Eheleute entspricht; dadurch, daß die Frau z.B. für Schulden haften soll, die der Mann für den Haushalt gemacht hat, wird die Vertragsfreiheit doch sehr eingeschränkt.

31) s. oben § 13

32) Nach Schereschewski aaO. S. 196 würde eine solche Analogie die jüdischen Regeln bejahen.

§ 71 Die Regelung nach dem BGB

Die Regelung des BGB a.F. glich in großen Zügen der jüdischen Regelung. Auch hier hatte die Frau nach § 1357 eine gesetzliche Vertretungsmacht³³⁾. Ihre Geschäfte, die in ihren "häuslichen Wirkungskreis" fielen³⁴⁾, galten für und gegen den Mann, selbst dann, wenn der Dritte gar nicht wußte, daß er es mit einer Ehefrau zu tun hatte. Obwohl nach dem BGB die Stellung der Frau gegenüber dem Mann die eines kraft Gesetzes Beauftragten ist, also sie kraft eigenen Rechts handelt³⁵⁾, während nach jüdischem Recht die Vermutung besteht, daß der Mann die Frau bevollmächtigt habe, die mit der Haushaltsführung im Zusammenhang stehenden Geschäfte abzuschließen, unterscheidet sich auch hier das BGB vom jüdischen Recht in den Punkten, wo der Frau Nachteile entstehen können. Die Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht der Frau setzten das Bestehen einer häuslichen Gemeinschaft³⁶⁾ voraus. Sie endet, wenn die Ehegatten getrennt leben³⁷⁾. Gemäß § 1357 II konnte der Ehemann die Befugnisse der Frau aufheben oder einschränken³⁸⁾. Die Vorschrift sah aber vor, daß die Beschränkung oder Ausschließung auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht aufgehoben werden konnte, wenn sie sich als Rechtsmißbrauch des Mannes darstellte. Aber selbst nach Aufhebung der vom Manne getroffenen Entscheidungen war die Frau nicht gegen erneute Entziehungen der Schlüsselge-

33) Nach älterer deutscher Auffassung hat die Schlüsselgewalt die Frau befugt, Geschäfte für Rechnung der ehelichen Gemeinschaft vorzunehmen. Das BGB in seiner a.F. machte die Frau zur Geschäftsführerin und Vertreterin des Mannes nicht aber schlechthin zur Vertreterin der ehelichen Gemeinschaft, und damit zur Mitschuldnerin für die Haushaltskosten; vgl. Kipp-Wolff aaO. S. 160, 101; M. Weber, Ehefrau etc. S. 431. Im neuen BGB ist die Frau nicht mehr Vertreterin des Mannes, da sie den Haushalt in eigener Verantwortung führt, hingegen aber auch nicht Gesamtschuldnerin; vgl. Palandt § 1357. Anm. 1, 3b; Scheffler § 1357, Anm. 8

34) Was dahin gehört, läßt sich wie im jüdischen Recht nach örtlicher Sitte und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Ehegatten entscheiden; vgl. Staudinger § 1357 Anm. 3, ferner Palandt § 1357 Anm. 2b

35) s. Staudinger § 1357 Anm. 3a)b); so auch im BGB n.F., vgl. Schwarzhaupt FamRZ 1957 S. 36

36) Zur Bedeutung der häuslichen Gemeinschaft s. Staudinger § 1357 Anm. 2b)

37) s. Beitzke 1947 S. 37

38) s. Staudinger ibid. Anm. 5b)

walt durch den Mann geschützt³⁹⁾. Der jüdische Ehemann aber kann die Schlüsselgewalt der Frau weder beschränken noch entziehen.

Merkwürdig ist die Tatsache, daß das Gleichberechtigungsgesetz an der Institution der Schlüsselgewalt fast nichts geändert hat. Es ist überhaupt keine Rede von gleicher Schlüsselgewalt für beide Ehegatten⁴⁰⁾, wie es im israelischen Entwurf vorgesehen wird⁴¹⁾. Die einzige Änderung, die der § 1357 n.F. bringt, ist die, daß bei Zahlungsunfähigkeit des Mannes auch die Frau verpflichtet wird. Die Stellung der Frau wurde durch § 1357 II n.F. kaum verbessert. Wenn nach dem BGB a.F. das Vormundschafts-

39) Vgl. Bosch, FamRZ 1958, S. 92

40) Im Schrifttum wird überwiegend die Ansicht vertreten (Thielle FamRZ 1958 S. 117 und die Angaben in Fußnote 13; ferner Anm. zu LG Konstanz FamRZ 1960 S. 404; Lehmann aaO. S. 64; Beitzke, Familienrecht 9. A. S. 50 ff; Berger aaO. S. 92 und weitere Angaben in Fußnoten 5, 6, S. 389 Festschrift für Lehmann 1956), § 1357 enthalte eine einseitige Begünstigung der Frau, die sachlich nicht gerechtfertigt sei und daher gegen Art. 3 II GG verstoße. Da aber die Schlüsselgewalt nicht völlig entzogen werden könne, müsse sie nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung beiden Ehegatten in gleicher Weise zukommen und zu einer Gesamtschuld führen. Müller-Freienfels (Festschrift für Lehmann S. 390 ff) bezweifelt diese Ansicht und meint, daß § 1357 nicht ohne weiteres als ein Verstoß gegen das Gleichberechtigungsprinzip bewertet werden kann. Hingegen vertreten Arnold, FamRZ 1958 S. 193, und Bosch, Juristen-Jahrbuch S. 50, s. auch Palandt § 1357 Vorbem. Anm. 1, die Ansicht, man müsse den § 1357 I im Zusammenhang mit § 1356 I sehen, um zum Ergebnis zu kommen, daß § 1357 I keinen Verstoß gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz bedeutet. Denn da nur die Frau den Haushalt führe, müsse sie die Möglichkeit haben, Geschäfte für den Mann vorzunehmen und ihn zu verpflichten. Zusammenfassende Betrachtung der beiden entgegengesetzten Meinungen s. Tschiporikof aaO. S. 151 ff, der zu dem Schluß kommt, daß § 1357 mit dem Art. 3 II GG nicht im Einklang steht. Wenn man aber auch annehmen würde, daß § 1357 I wegen seines Zusammenhangs mit § 1356 I nicht gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz verstoße - was zweifelhaft sein dürfte - so müsse doch seine Existenzberechtigung nach der Nichtigkeitserklärung des § 1628 vom BVerfG (s. u. § 110 Fußnote 7) in Frage gestellt werden. Denn als Folge dieses Urteils soll, wie Bosch mit Recht meint, auch § 1356 I nichtig sein. Daher schwindet auch die Grundlage für die Berechtigung des § 1357 I.

41) Auch der 1. und 2. deutsche Regierungsentwurf sahen eine gleiche Berechtigung beider Ehegatten vor.

gericht die vom Mann beschränkte oder ausgeschlossene Schlüsselgewalt nur dann aufheben konnte, falls der Mann sein Recht mißbraucht hatte, so ist es nach dem BGB n.F. dazu befugt, wenn der Mann die Beschränkung bzw. die Ausschließung ohne ausreichenden Grund vorgenommen hat⁴²⁾.

42) Daß § 1357 II gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung verstößt, wie Tschiporikof aaO. S. 155 ff. behauptet, ist nicht festzustellen (s. Palandt § 1357 Vorbem.; auch Arnold FamRZ 1958 S. 197). Jedoch ist nach dem führenden Schrifttum diese Regelung nicht befriedigend (s. Lehmann aaO. S. 65; Arnold ibid.; Bosch FamRZ 1958 S. 291 ff; Eisser FamRZ 1959 S. 179).

Zwar wird hervorgehoben, daß es sich bei der Schlüsselgewalt um ein der Frau gewährtes Vorrecht handelt, und daß deshalb dem Mann die Möglichkeit gegeben sein muß, sich gegen mißbräuchliche Verwendung der Schlüsselgewalt durch die Frau wehren zu können. Aber die Regelung des BGB, nämlich dem Mann die Entziehungsbefugnis zu geben, ohne daß eine vorherige gerichtliche Kontrolle stattfindet, "stellt eine echte Diskriminierung der Frau dar"; s. Bosch, Familienrechtsreform S. 109, vgl. M. Weber, Ehefrau etc. S. 432.

FÜNFTER ABSCHNITT

DER FAMILIENUNTERHALT

1. Titel: DIE REGELUNG IN ISRAEL

A. DIE PFLICHTEN DES EHEMANNES GEGENÜBER SEINER FRAU¹⁾

§ 72

Mit Eingehung der Ehe entstehen die gegenseitigen Pflichten der Ehegatten. Die Unterhaltspflichten des Mannes beruhen auf der Ketuba. Es sind die vier folgenden: er muß

- (a) sie ernähren;
- (b) ihr Kleidung und Wohnung gewähren;
- (c) sie heilen lassen, wenn sie krank ist;
- (d) sie aus der Gefangenschaft erlösen²⁾.

Die Ehefrau hat einen rechtlichen Anspruch auf diese Leistungen, die nun näher zu erörtern sind. Die letzte von ihnen, nämlich die Erlösung aus der Gefangenschaft, hat für die Gegenwart jegliche Bedeutung verloren.

1. DIE ERNÄHRUNG

§ 73 Allgemeine Bemerkungen

Die wichtigste Pflicht des Ehegatten gegenüber seiner Frau ist, sie zu ernähren. Unter diese Pflicht fällt nicht bloß die Ernährung im wörtlichen Sinne, d.h. Essen, sondern auch alles andere, was sonst zum Leben benötigt wird, z.B. Kleidung³⁾, persönliche Bedürfnisse und dergleichen.

Die Regelung bestimmt Maimonides wie folgt⁴⁾:

- 1) s. Horowitz § 168; Scheftelowitz § 5, IV; Schereschewski §§ 22-25; Duschak § 36
- 2) Sch. 69; s. auch oben § 21
- 3) Die Pflicht zur Kleiderbeschaffung wurde ursprünglich aus der Ernährungspflicht abgeleitet (Ket. Fol. 78). Der Sch. hat sie später als selbständige Pflicht (zusammen mit der Pflicht zur Gewährung der Wohnung) behandelt.
- 4) H-I. 13,6

Alle Regeln, die die Ernährungspflicht betreffen, soweit sie ihrem Charakter nach nicht nur auf das Essen beschränkt werden können, gelten auch für die anderen Pflichten des Mannes, die dem weiten Begriff der Ernährung entsprechen. Jeder, der Anspruch auf Ernährung hat, hat ihn auch auf Kleidung, Wohnung und Haushaltsgegenstände.

§ 74 Die Ernährungsregeln

Ganz allgemein muß der Ehemann seiner Frau das Minimum an Ernährung gewähren, das nach dem Orts- und Gesellschaftsbrauch, in dem sie leben, üblich ist. Sollte der Ehemann wohlhabend sein, so daß er sich mehr als das Minimum leisten kann, so hat die Frau ein Anrecht auf dementsprechenden Lebensstandard. Die diesbezügliche Regel des Schulchan-Aruch lautet wie folgt:

"Der Mann muß der Frau so viel geben, daß sie täglich zwei Mahlzeiten halten kann, und Nachtisch und Sasse, darin das Brot einzutauchen, das nötige Öl zum Essen und Brennen, und ein wenig Wein, wenn es der Gebrauch des Ortes ist, daß die Weiber Wein trinken. Am Sabbat muß sie für drei Mahlzeiten erhalten ...; das ist der Fall, wenn er arm ist; ist er wohlhabend, so richtet sich alles nach seinem Vermögen; ist der Mann so arm, daß er der Frau nicht einmal das nötige Brot geben kann, so zwingt man ihn, ihr den Scheidungsbrief zu geben, allerdings nur wenn sie es verlangt⁵⁾.

Auf alle Fälle hat die Frau einen Anspruch auf den gleichen Lebensstandard, den sie vor der Ehe in ihrem Vaterhause hatte. Die Halacha (Regel) sagt: "Die Ehefrau steigt mit ihrem Ehemann, sinkt aber nicht mit ihm in ihrer wirtschaftlichen Stellung⁶⁾". Die Weisen nahmen diese Regel aus dem biblischen Satz⁷⁾: "... denn sie ist die Mutter alles Lebenden und ist ihm zum Leben gegeben und nicht zur Qual." Maimonides⁸⁾ erläutert diese Halacha mit dem folgenden Beispiel: Wenn die Frau arm ist und demnach ihr Kind selber nähren muß, ihr Ehemann aber reich ist und nach seiner Stellung die Frau ihr Kind nicht selber nähren sollte, so muß der Mann, wenn seine Ehefrau nicht selbst näh-

5) Sch. 70,3

6) Ketu. Fol. 61a

7) Gen. 3,20 (von Eva)

8) H-I. 21,14

ren will, eine Amme anstellen oder eine Magd kaufen, denn "sie steigt mit ihm, sinkt aber nicht mit ihm". Der Ehemann muß sogar seine Frau in Erholung schicken oder ein Kindermädchen anstellen, wenn es ihre Gesundheit erfordert. In der Erörterung des Baer-Hetew⁹⁾ heißt es:

"Wenn die Frau von ihrem Ehemann für die drei bis vier Wochen nach der Geburt gutes Essen verlangt - denn es ist bekannt, daß unsere Frauen sich in den vier Wochen, die der Geburt folgen, ins Bett legen, sich ein Dienstmädchen nehmen und sich verwöhnen lassen - er sich aber weigert, ihrem Wunsche nachzugeben, so kann man ihn dazu zwingen."

Manche Gelehrte sagen, daß deswegen, weil der Mann seine Frau mehr als sich selbst ehren soll, er ihr auch höheren Unterhalt als sich selbst gewähren muß. Der Chelkat Mechokek¹⁰⁾ findet den Beweis dazu bei Maimonides, wo es heißt: "... daß er ihr Öl und Pudding geben muß, auch wenn er selber nur trockenes Brot ißt". Wenn die Angehörigen der Frau, die wirtschaftlich mit ihrem Mann gleichstehen, sich nicht mehr als ihr Mann leisten, hat die Frau keinen Anspruch auf höheren Standard, auch wenn sie bei ihrem Vater besser gelebt hat. Dies gilt jedoch nur dann, wenn sie bei der Heirat die wirtschaftliche Lage des Mannes gekannt hat.

§ 75 Persönliche Bedürfnisse

Gemäß der talmudischen Regel "Alles seinem Stande entsprechend¹¹⁾" muß der Ehemann jede Woche seiner Frau "eine Maa (Münze) als Taschengeld, d.h. für Bad und Reinigung, geben". Das ist das Minimum; ansonsten richtet sich die Höhe des Geldbetrags nach dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stand, in dem sich das Ehepaar befindet. Der Ehemann ist nicht berechtigt, seine Frau aufzufordern, das Geld für ihre persönlichen Bedürfnisse von dem regelmäßigen Unterhaltsgeld abzuzweigen.

§ 76 Der Überrest des Unterhalts

Wenn der Ehegatte einen finanziellen Beitrag zum Unterhalt der Frau leistet, von dem Betrag aber ein Rest übriggeblieben ist, die Frau sich also

9) zum Sch. 70, 1

10) aaO.

11) Ket. Fol. 64b

davon etwas gespart hat, so bestimmt die talmudische Regel¹²⁾: "Der Überrest des Unterhalts gehört dem Manne". Dieser Spruch hat zu Meinungsverschiedenheiten der Posskim geführt. Die meisten von ihnen unterscheiden jedoch zwei Fälle:

(a) Die Unterhaltspflicht des Ehemannes beschränkt sich auf den standesgemäßen Unterhalt seiner Frau, geht aber nicht weiter. Wenn also die Ehefrau nicht das ganze Unterhaltsgeld ausgibt, gehört der übriggebliebene Rest dem Ehemann. Das ist der Fall, wenn sie sich nicht eingeschränkt, also nicht sparsam gelebt hat, sondern beispielsweise die Preise gefallen sind oder sie gelegentlich billig gekauft und dadurch Geld gespart hat. Das Ersparte gehört dem Mann und er muß ihr kein Geld mehr zum Unterhalt geben, solange sie mit dem Rest auskommt.

(b) Wenn sich die Ehefrau aber eingeschränkt hat, so daß sie nicht einmal den ihr zukommenden Unterhaltsbetrag ausgegeben hat, wenn sie z.B. ein Kleid benötigte und es nicht gekauft hat oder von ihrem Munde gespart hat und weniger als das Nötige gegessen hat und auf diese Weise den Überrest gespart hat, so kann keine Rede von einem Unterhaltsüberrest sein. Denn die Frau kann sagen, daß sie, wenn sie gedarbt hat, dies für sich und nicht für den Mann tat, um nämlich das Geld für sich zu ersparen.

Über den Fall (a) sind sich die Posskim einig, daß nämlich der Überrest dem Manne gehört. Der Fall (b) ist von den Posskim sehr umstritten. Einige sagen, daß der Überrest immer dem Mann gehört, sei er durch Einschränkung der Frau oder ohne Einschränkung erzielt worden. Die anderen unterscheiden die beiden Fälle und überlassen die unter Opfern der Frau erzielten Ersparnisse der Frau. Die Doppellösung eines Problems kommt im jüdischen Recht öfters vor und wird, wie unten im § 89 erörtert, behandelt: Für den konkreten Fall gibt es ein Urteil des israelischen Rabinats-Gerichts¹³⁾, das folgendermaßen entschieden hat: Wenn die Ehefrau im Besitz des Überrestbetrages ist, kann sie sich auf die Posskim berufen, die ihr den Überrest zugestehen, und kann demgemäß das Geld für sich behalten; aber solange sie noch mit dem Geld auskommen kann, kann sie von ihrem Mann keinen Unterhalt verlangen; denn er kann sich auf die anderen Posskim berufen, die den Überrest ihm zubilligen.

¹²⁾ Ketu. Fo. 64b

¹³⁾ ERG B. 2, S. 230, Urt. vom 24.3.1957

§ 77 Die Rechte der Frau bei Nichterfüllung dieser Pflichten

Der Ehegatte muß also seiner Frau standesgemäßen Unterhalt gewähren. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, kann ihn die Ehefrau verklagen und das Gericht ersuchen, den Mann zu einer seiner wirtschaftlichen Lage entsprechenden Unterhaltszahlung zu zwingen. Der Ehemann verpflichtet sich in der Ketuba, für die Ehefrau zu arbeiten und sie zu ernähren. Diese Pflicht geht so weit, daß er sich dann, wenn er sie nicht nach ihrer Würde ernähren und ihr nur den notdürftigen Unterhalt gewähren kann, als Arbeiter und sogar als Hilfsarbeiter verdingen muß¹⁴⁾. Auch hier sind sich die Poskim nicht einig, was mit der Verpflichtung des Mannes, zu arbeiten, gemeint ist. Ein Teil sagt, daß der Mann sich mit der Arbeitsverpflichtung nur zur Landarbeit verpflichtet hat; wenn es ihm nicht ansteht, muß er sich nicht als Hilfsarbeiter betätigen; zur Landarbeit ist der Ehemann aber auf alle Fälle verpflichtet. Der andere Teil spricht sich dafür aus, daß der Mann jede Arbeit annehmen muß¹⁵⁾.

Wenn der Ehemann nicht verdient oder nicht genug verdient, obwohl er es mit gutem Willen könnte, und deshalb seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt, stellt dies eine Unterhaltsverweigerung dar und wird demgemäß behandelt.

In einem Urteil, in dem das israelische Rabbinats-Gericht den Ehemann zwang, einer Arbeit nachzugehen, ist diese Entscheidung wie folgt begründet: "Obwohl im allgemeinen eine geldliche Vereinbarung die Parteien verpflichtet, sogar wenn diese Vereinbarung der Thora widerspricht, wird eine geldliche Vereinbarung, die der Ketuba widerspricht, für nicht zulässig erachtet¹⁶⁾". Der Grund dieser außergewöhnlichen Bestimmung des Talmuds ist, daß die Ketuba kein bloßer vermögensrechtlicher Vertrag ist, sondern ein organischer Teil der Ehe; denn genauso, wie ohne die Erfüllung der Pflichten zum ehelichen Verkehr¹⁷⁾ die Ehe nicht zustande kommt, kommt sie auch nicht zustande bei Nichteinhalten der Unterhaltspflicht. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß die Unterhaltspflicht eine persönliche Pflicht ist, die neben dem Vermögen auch die Person belastet. Deshalb kann man den Ehemann, wenn er seine Unterhaltspflicht nicht er-

14) Sch. 70, Ch-M 12

15) Das Rabbinatsgericht ERG Bd. 3 S. 109 Urt. vom 15.8.1957) stellt fest, daß die Poskim sich über einen Arbeitszwang einig sind: Man kann den Ehemann zwingen, sich weiterhin in einer Arbeit zu betätigen, die in der Regel seine Arbeit gewesen war.

16) ERG Bd. 2 S. 88, Urt. vom 5.12.1956; s. auch Schereschewski S. 105f.

17) s. § 21 Fußnote 3; Ketu. Fol. 56 II

füllt, mit allen Mitteln zu jeder Arbeit zwingen. Dies ist jedoch bei einer zivilrechtlichen Verpflichtung des Sachen- und Schuldrechts, wie bekannt, nicht möglich. Die Unterhaltspflicht des Mannes geht aber nicht weiter als sein Können. Wenn also der Ehemann arm ist und trotz guten Willens keine Erwerbstätigkeit ausüben kann, weil er z.B. krank ist oder Arbeitslosigkeit herrscht, kann gegen ihn kein Urteil gefällt werden. Der Ehemann muß seine Gattin nur insoweit ernähren, als er sich selber ernähren kann¹⁸⁾.

§ 78 Die Folgen der Unterhaltsverweigerung

Hat der Ehemann Vermögen oder ist er berufstätig und besteht für ihn kein objektives Hindernis, seiner Unterhaltspflicht nachzukommen, sondern ist er nur nicht gewillt, Unterhalt zu gewähren, so hat die Ehefrau nach überwiegender Meinung¹⁹⁾ zunächst noch keinen Scheidungsanspruch, sondern die Möglichkeit der Unterhaltsklage. Jedoch sind manche Gelehrte der Ansicht, daß ein Scheidungszwang schon dann entsteht, wenn der Mann das Geld hat, sich aber zu zahlen weigert; denn der Frau sei es nicht zuzumuten, jedesmal ihr Geld durch eine Klage zu erlangen. Diese letztgenannte Meinung beruht auf der folgenden juristischen Konstruktion: Es besteht die Vermutung, daß die Frau wegen der angeführten Verpflichtungen des Mannes im Ketubavertrag die Ehe geschlossen hat. Kommt der Ehemann seinen ausbedungenen Verpflichtungen nicht nach, so kann die Frau die Aufhebung des Vertrages fordern, also die Trennung. Das jüdische Recht rät nun im allgemeinen nicht zu solch drastischen Maßnahmen; manche Poskim meinen daher, daß in diesem Fall kein ausreichender Grund zur Scheidung besteht²⁰⁾, aber die meisten - und dies wird in der Praxis auch durchaus befolgt - urteilen wie der Schulchan-Aruch:

18) Das Oberste Rabbinatsgericht, ERG Bd.3 S.299 Urt. vom 31.2.1960, sagte, daß, wenn das Einkommen oder die Einnahmen von Kapitalien des Mannes für den Unterhalt der Ehefrau nicht ausreichen, man die Güter und sogar die notwendigen Haushaltsgegenstände des Mannes verkaufen kann, um seiner Frau einen standesgemäßen Unterhalt zu gewähren. Das gilt auch für den Unterhalt der Kinder. Eine Scheidung kann man vom Mann nur dann erzwingen, wenn er so arm ist, daß er ihr nicht einmal den notdürftigen Unterhalt gewähren kann.

19) s. Ketu. FoI. 77a, 63a und die Tossafot dort

20) Vgl. Maimonides H-I. 12, 11 und die Erörterungen dazu aaO.

"Wenn ein Mann sagt, daß er seine Ehefrau nicht ernähren will, so zwingt man ihn dazu. Besteht aber keine Zwangsmöglichkeit, weil er nichts hat und sich durchaus weigert, Geld zu dem Zweck zu verdienen, kann man ihn auf ihren Antrag zwingen, ihr den Scheidungsbrief und den Ketuba-Betrag zu geben."21)

§ 79 Eigenvermögen der Ehefrau

Der Anspruch der Ehefrau auf Unterhalt besteht auch dann, wenn die Frau ihren Unterhalt selber bestreiten könnte. Selbst wenn die Ehefrau sehr vermögend sein sollte, verliert sie dadurch ihr Recht auf Unterhalt durch den Mann nicht. Auf keinen Fall muß sie ihren Vermögensstamm angreifen. Die Ernährungspflicht obliegt dem Manne und nur ihm allein nach Maßgabe seiner Verpflichtungen in der Ketuba²²⁾. Hat die Frau vom Ehemann Güter geschenkt bekommen und erbringen diese Güter genügend Früchte, ist also das Einkommen aus diesen Gütern, für die Ernährung der Frau ausreichend, so muß sie dieses Einkommen nicht aufzehren; ihr Anspruch auf Unterhalt bleibt in vollem Umfang bestehen. Im Schulchan-Aruch heißt es (85,7): "... oder der Mann hätte ihr irgendein Geschenk gemacht, von allem diesen genießt der Mann keine Früchte". In diesem Sinne hat auch das Rabbinats-Gericht geurteilt: in einem Verfahren hatte der Ehemann gegen seine Ehefrau eine Klage erhoben mit dem Antrag, sie solle ihren Unterhalt von ihrem Vermögenseinkommen bestreiten; er wollte sich von der Unterhaltspflicht befreien, weil sie letzten Endes doch genug Einkommen für ihren Unterhalt habe, wovon immer es auch sei. Das Gericht hat die Klage zurückgewiesen. Es berief sich unter anderem auf eine Entscheidung des Chatam-Sofer: "Wenn er sie nicht ernährt, kann sie sich scheiden lassen, auch wenn sie einige Tausende an Geld besitzt; auf alle Fälle kann sie den Unterhalt von ihm verlangen²³⁾".

Etwas anderes gilt nur für ganz besondere Ausnahmefälle. Dann muß sich die Ehefrau selber ernähren; sie kann sogar gezwungen werden, ihren Mann zu ernähren. Dies ergibt sich aus der Regel:

21) Sch. 154,3

22) Auch "New York like all the American States, requires the husband to support his wife during the marriage. The fact that the wife has sufficient property of her own does not alter the obligation of the Husband. Woman and not men are entitled to alimony";
s. Friedmann aaO. S. 343

23) ERG, B.1 S. 97, Urt. vom 20.12.1953

"Jeder Mensch muß Almosen geben, sogar der Arme, der von der Fürsorge lebt, muß von dem, was er erhält, wieder etwas Almosen geben. Jeder, der weniger gibt, als er soll und kann, wird vom Gericht durch Züchtigung, Schläge etc. dazu gezwungen, das zu geben, worauf man ihn geschätzt hat; fügt er sich nicht, so nimmt man das fehlende in seiner Gegenwart mit Gewalt."²⁴⁾

Diese Ausnahmeregel ist nur dann anwendbar, wenn die Bedingungen, die obige Wohltatsregel voraussetzt, bestehen, wobei besondere Beachtung die Regel: "Die Selbsterhaltung geht allem vor, und niemand hat nötig, Almosen zu geben, bevor er sich gehörig selbst ernähren kann"²⁵⁾, verdient. Die Frau muß ihrem Ehegatten also auch unter den erwähnten besonderen Umständen nur dann Unterhalt gewähren, wenn ihr eigener Unterhalt gesichert ist.

II. KLEIDUNG UND WOHNUNG

§ 80 Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich sind die Regeln, die für die Unterhaltspflicht gelten, auch für die Kleidung und Wohnungspflicht maßgebend. Das bedeutet, daß die Ehefrau einen Anspruch auf Gewährung der Wohnung und Kleidung hat, die dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stand des Mannes einerseits und ihrem eigenen Lebensstandard vor der Ehe andererseits entspricht. Diese Regel stammt aus den schon oben zitierten Sprüchen: "Die Frau steigt mit ihrem Mann, aber sie sinkt nicht mit ihm" und "Alles geht nach seinem Wohlstand".

Der Ehemann ist demnach verpflichtet, seiner Frau Kleider, Haushaltgeräte, Bettwäsche und Wohnung zu gewähren. Er muß ihr auch Geld für Schmuck, Kosmetik und dergleichen geben.

In einem Verfahren, in dem die Frau ihren Ehemann auf Gewährung von Wohnung verklagt hatte, zitierte das Rabbinats-Gericht²⁶⁾ in Israel mehrere Posskim, unter anderem eine Bestimmung des Maimonides²⁷⁾, und man stellte fest, daß die Wohnungsgewährungspflicht ein Teil der Unterhaltspflicht sei; nachdem das Gericht den Ehemann für unterhaltspflichtig fand, hat es ihn auch verpflichtet, der Frau die Wohnung zu gewähren.

24) J-D 248, 1

25) J-D 251, 3

26) ERG, B. 1 S.242, Urt. vom 9.7.1953

27) s.o. § 73, auch Meimo. H-I. 13,4

§ 81 Der Wohnungseigentümer

Obwohl der Ehegatte die Pflicht hat, seiner Gattin Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und sie das Recht hat, mit ihm dort gemeinsam zu leben, bleibt der Mann Eigentümer der Wohnung. Er besitzt die Eigentumsrechte gegenüber seiner Ehefrau sowie gegenüber jedem Dritten. Aber er kann seiner Frau die Wohnung nicht verbieten. Die Entscheidung, wem das Betreten der Wohnung gestattet wird, liegt deswegen beim Mann; er kann den Besuch der Verwandten der Frau und ihrer Freunde verbieten, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Die Wohnung gehört ihm: "Man kann den Menschen nicht zwingen, den Eintritt für andere in sein Haus zu gestatten²⁸⁾".

Andererseits kann aber auch die Ehefrau vom Mann verlangen, daß er seinen Verwandten den Aufenthalt in der Familienwohnung nicht erlaubt. Sie kann sich dabei auf die Klausel: "Niemand kann mit einer Schlange in einem Korb wohnen²⁹⁾" berufen; dafür muß sie aber auch beweisen, daß die Angehörigen ihres Ehegatten sie kränken, aufregen oder Streitigkeiten zwischen ihr und ihrem Mann verursachen³⁰⁾.

III. DIE HEILUNGSPFLICHT

§ 82

Eine weitere Pflicht, die dem Ehemann obliegt, ist, seiner Gattin die notwendigen Krankheits- und Erholungskosten zu gewähren. Diese Pflicht ist ebenso wie die Grund-Ketuba³¹⁾ nicht auf Gesetz begründet, sondern durch Gerichtsentscheidungen festgelegt, also Richterrecht.³²⁾ Sie obliegt dem Mann auch dann, wenn in der Ketuba nichts erwähnt ist. Die Regeln hinsichtlich der Voraussetzungen und der Erfüllung sind die gleichen wie

28) Maimo. ibid. der M-M

29) Ketu. Fol. 72a

30) S. Eliesri, S. 383ff., wo die Rechte der Ehegatten bezüglich der Gemeinschaftswohnung nach dem jüdischen Recht ausführlich erörtert werden.

31) s. oben § 18

32) So kann z.B. eine Ehefrau, bei deren Verheiratung die rituelle Hochzeitsverschreibung, die Ketuba, nicht erstellt wurde, dennoch die Ketuba-Summe verlangen, weil dies ein vom Vertrag unabhängiger Rechtsanspruch ist.

bei der Unterhaltspflicht. Im Talmud³³⁾ heißt es: "Wird sie verletzt, so muß er sie heilen lassen", und Raschi³⁴⁾ erklärt: "Denn die Heilung gleicht der Ernährung; so, wie man ohne Nahrungsmittel nicht leben kann, so kann man es auch ohne Heilung bei Erkrankung nicht".

Zur Zeit des Talmuds, als es dem Ehemann noch gestattet war, wann immer er wollte, der Frau ohne ihre Zustimmung die Ketuba auszuzahlen und ihr den Scheidungsbrief zu geben, konnte er sich von dieser Last leicht befreien; wenn seine Frau unter einer langen und kostspieligen Krankheit litt. Aber schon seit Ende des 10. Jahrhunderts wurde die Scheidung gegen den Willen der Frau verboten und dadurch auch die Befreiung von der Heilungspflicht verhindert. Die hier maßgebliche Regel des Schulchan-Aruch lautet: "Der Mann muß die Frau kurieren lassen, die Kosten mögen bestimmbar oder unbestimmbar sein" (also begrenzt oder unbegrenzt sein³⁵⁾).

IV. UNTERHALT BEI GETRENNTLEBEN

§ 83³⁶⁾

An sich muß der Ehemann seiner Frau nur dann Unterhalt gewähren, wenn die Ehegatten zusammen leben³⁷⁾. Bei Getrenntleben kann die Frau ihre Pflichten nicht erfüllen, deshalb steht ihr kein Anspruch auf Unterhalt zu. Wenn aber der Mann das Haus verlassen hat und die Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft verweigert oder aber die Frau das Haus wegen eines gerechtfertigten Grundes, - es muß sich nicht unbedingt um ein Verschulden des Mannes handeln - verlassen hat, verliert sie ihren Unterhaltsanspruch nicht³⁸⁾.

33) Ketu. Fol. 51 a

34) aaO.

35) Sch. 79, 1

36) Vgl. Horowitz aaO. S. 289 ff.

37) Sch. 70, die Kommentare dazu aaO.

38) Vgl. Rodner aaO. S. 33. Das Oberste Gericht in Ci. A. 10/1959 Pisske-Din Bd. 13 S. 1188; Ci. A. 522/1960 Pisske-Din Bd. 15 S. 1552; Ci. A. 34/1961 Pisske-Din Bd. 16 S. 951; das Bezirksgericht in T. E. 2191/1959 Pessakim Bd. 30 S. 273 und M. I. 650/1960 Pessakim Bd. 37 S. 392, in dem sich das Gericht auf die Quellen des jüdischen Rechts beruft und die Regelung ausführlich beschreibt. Es kritisiert unter anderem eine Randbemerkung (obiter dictum) des Obersten Gerichts, wie sie in Ci. A. 634/1961 zum Ausdruck kommt.

Hat der Mann das Haus verlassen, so besteht die Vermutung dafür, daß er seiner Frau für mindestens drei Monate Mittel zum Unterhalt überlassen hat, "weil niemand sein Haus leer zurück läßt³⁹⁾". Diese Präsump-tion kann natürlich widerlegt werden, wenn die Frau beweist, daß er ihr nichts bzw. nicht so viel zurückgelassen hat. Er kann dann verpflichtet werden, für die ersten drei Monate nach der Trennung Unterhalt zu zahlen. Wenn der Mann die Frau auffordert, sich von eigener Arbeit zu ernähren, und sie diesem Ansinnen nicht widersprochen hat, so verliert sie ihren Unterhaltsanspruch; weigert sie sich aber, zu arbeiten, so verliert sie ihr Recht auf Unterhalt auch dann nicht, wenn sie sich selber ernähren konnte⁴⁰⁾.

Hat die Frau allerdings während einer nur vorübergehenden Abwesenheit des Mannes gearbeitet und verdient und trotzdem ihm gehörende Vermögensteile verkauft oder Geld für ihren Unterhalt geborgt, so kann der Mann, wenn er zurückkommt, verlangen, daß sie selber die Schulden bezahlt und ihm für seine verkauften Güter Entschädigung leistet. In diesem Fall steht ihm nämlich ihrer "Hände Arbeit" zu, und es wird angenommen, daß er mit dieser ihren Unterhalt bezahlt hat.

Können sich die Ehegatten über die Frage, ob der Mann genügend Mittel für den Unterhalt zurückgelassen hat, oder ob eine andere Vereinbarung getroffen war, nicht einig werden, so entscheidet man nach dem Satz: "Wer vom anderen fordert, hat den Beweis zu erbringen⁴¹⁾". Das gilt sowohl dann, wenn der Mann Schadensersatz für seine Güter, die die Frau verkauft hat, fordert, wie auch, wenn die Frau Geld fordert für die Bezahlung der Schulden, die sie für ihren Unterhalt gemacht hat⁴²⁾.

Einen Unterhalt für die Vergangenheit gibt es nicht. Wenn die Frau "sich während seiner Abwesenheit bei Tag und Nacht gequält und gearbeitet hat, um sich zu ernähren, vielleicht, weil sie sich geschämt hat, Geld zu borgen, hat sie an ihren Mann keine Forderung", nämlich auf das, was sie ihm erspart hat. Die Unterhaltspflicht erstreckt sich nur auf die Gegenwart und die Zukunft; wenn in der Vergangenheit kein Unterhalt gefordert wurde, so wird vermutet, daß darauf verzichtet wurde⁴³⁾.

39) Ketu. Fol. 107 ab

40) Sch. 69, Be-Sch 4: Maimon. H-I. 12, 16, 20 und dazu M-M. Sch. 70,5-9 und dazu Che-M, Be-Sch, B-H.

41) Eine Grundregel des Talmudischen Zivilprozessrechts Ba-Ka Fol. 46b

42) Über die Rechte ihrer Gläubiger s. § 68

43) Sch. 70,11; Maimo. H-I. 12,22

B. DIE PFLICHTEN DER FRAU⁴⁴⁾

§ 84 Arbeitspflicht

Eines der Rechte, die der Mann mit der Eheschließung erwirbt, ist das Recht auf "der Ehefrau Hände Arbeit"; er kann von ihr verlangen, daß sie die Hausarbeiten erledigt, die bei Frauen ihres Standes üblich sind. Der Schulchan-Aruch (80, 1) erklärt den Begriff "ihrer Hände Arbeit":

"Alles richtet sich nach dem Brauch des Landes.
Wo es üblich ist, daß die Frauen sticken, muß
auch sie sticken, wo sie Wolle oder Flachs spin-
nen, muß auch sie spinnen, aber wenn es nicht
der Brauch ist, daß Frauen all dies machen, kann
er sie nur zum Wollespinnen zwingen."
"Denn Müßiggang führt zu Unzucht."⁴⁵⁾

§ 85 "Ihrer Hände Arbeit für ihre Nahrung⁴⁶⁾"

In der Gemara wurde die Frage gestellt, was hier Leistung und was Gegenleistung ist, d. h. ob die Handarbeit der Frau im dargelegten Sinn die Gegenleistung für den Lebensunterhalt darstellt, also primär das Recht der Frau auf Lebensunterhalt besteht, oder aber umgekehrt der Anspruch des Mannes auf ihrer Hände Arbeit mit der Folge, daß er nur dann verpflichtet ist, seine Frau zu ernähren, wenn sie ihre Arbeitsleistung erbracht hat. Die Antwort ist wichtig, um zu entscheiden, wer von den Ehegatten das Recht hat, auf seine Privilegien zu verzichten und auf diese Weise sich von seiner Pflicht zur Gegenleistung zu befreien. Sollte die Ernährung das Primäre sein, so kann sich die Frau von ihrer Arbeitspflicht befreien, indem sie sagt: "Ich will keinen Unterhalt und will auch nicht im Haushalt arbeiten"; sollte es ihre Arbeit sein, so kann der Mann sagen: "Ich will nicht Deine Arbeit und will Dich auch nicht ernähren". Man hat sich im Talmud mit Mehrheit dafür entschieden, daß die Arbeit der Frau die Gegenleistung für ihre Ernährung darstellt, daß also das Recht der Ehefrau auf Unterhalt ihrer Pflicht zu arbeiten vorgeht. Deshalb hat der Ehemann nur dann Anspruch auf ihre Arbeit, wenn er seine Unterhaltspflicht erfüllt. Die Frau kann nämlich sagen: "Ich will nicht für Dich arbeiten und will nicht ernährt werden." Wenn aber der Mann sagt: "Ich will keinen Genuß von Deiner Hände Arbeit haben, ich will Dich aber auch nicht ernähren", so wird er nicht angehört. Zum Satz des Talmud:

⁴⁴⁾ s. Schereschewski §§ 28-30

⁴⁵⁾ Ketu. Fol. 59b

⁴⁶⁾ Sch. 69,4

"Meine Ernährung ist wichtiger" erklärt Raschi⁴⁷⁾: "Diese Verordnung wurde zugunsten der Frau getroffen, weil es damals die Zeiten gab, wo ihre Arbeit für ihre Ernährung nicht ausgereicht hat; zunächst besteht die Pflicht, daß der Mann seine Frau ernähren soll, und erst danach wird ihm ihrer Hände Arbeit zugesprochen, um Streit zu vermeiden (der dadurch entstehen konnte, daß der Ehemann mit der Sorge um den Familienunterhalt belastet war, die Frau aber nichts arbeitet, obwohl sie im Haushalt helfen konnte). Weil diese Anordnung zu ihren Gunsten besteht, ist sie berechtigt, auf diese Vergünstigung zu verzichten; und sie wird damit gehört."

Weil die Regel "Ihrer Hände Arbeit für ihre Nahrung" also die Frau begünstigen soll, kann der Ehemann sie nicht durch Anbieten der Ernährung, die sie nicht will, zur Arbeit zwingen⁴⁸⁾.

Es besteht zwischen den Posskim weiter Streit über die Frage, ob die Frau, die auf ihre Ernährung verzichtet hat, auch von den standesgemäß üblichen Hausarbeiten befreit ist⁴⁹⁾. Es steht jedoch außer Zweifel, daß die Frau in diesem Fall von den persönlichen Leistungen, die dem Mann von anderen Frauen, z. B. Dienstmädchen, nicht getan werden, nicht befreit ist. Die Tossafot⁵⁰⁾ bemerken dazu: "Wenn sie sagt: 'Ich lasse mich nicht von Dir ernähren und arbeite auch nicht für Dich', ist sie von den sieben Arbeiten, die in der Mischna erwähnt sind - mahlen, backen, waschen, kochen, Kinder stillen, ihm das Bett machen und Wolle verarbeiten - befreit, aber von den drei "kleinen Arbeiten", den Liebediensten, die die Gemara erwähnt - Getränke einschenken, das Bett machen und ihm das Gesicht waschen - ist sie auf alle Fälle nicht befreit. Es ist zu unterscheiden zwischen "Bettmachen" wie es die Mischna meint, und dem, wie es die Gemara versteht. Die Mischna meint das Zurechtmachen aller Betten im Haus und betrachtet dies als eine Pflichtarbeit. Die Gemara versteht darunter aber nur: S e i n Bett machen, d. h. Polster und Leintuch in seiner Gegenwart auflegen, was keine Arbeit sondern eine Art Liebedienst ist⁵¹⁾.

47) Ketu. Fol. 58b

48) Vgl. Raschbam zu B-B Fol. 49b

49) s. Schereschewski S. 165

50) zum Ketu. Fol. 63a

51) Vgl. dazu Fol. 61a: "Vom Bettmachen gilt dies: nur in seiner Gegenwart, in seiner Abwesenheit aber ist nichts dabei".

s. auch Ch-M zum Sch. 80,4; Le-M zu Maimo. H-l 21

Aus dieser Regel folgt auch die Halacha, daß die Ehefrau ihrem Mann Handarbeit nur dann erbringen muß, wenn sie wirklich ihr Recht zur Ernährung geltend macht. Die Ehefrau braucht keine besondere Vereinbarung mit dem Mann zu treffen, daß sie auf ihre Ernährung verzichtet und damit auch ihre Arbeitspflicht aufhört, sondern die Tatsachen genügen, und sie kann ihren Arbeitslohn für sich behalten, sobald sie sich nicht von ihm ernähren läßt⁵²⁾.

Hingegen kann der Mann, wenn seine Ehefrau aus irgendeinem Grunde nicht arbeitet, nicht sagen, daß er ihr keinen Unterhalt gewähren wolle, denn die Ernährung ist die primäre Pflicht. Diese Pflicht entsteht mit der Eheschließung und ist als eine der Ketuba-Vereinbarungen zu betrachten⁵³⁾. Solange die Ehe besteht und die Frau das Recht auf ihre Ketuba behält, muß der Mann sie ernähren, auch wenn er von ihrer Arbeit keine Vorteile hat. Sollte die Frau aber ihre Pflicht dadurch verletzen, daß sie dem Mann keine Dienste erbringt, obwohl sie sie leisten kann, so ist der Ehemann von seiner Ernährungspflicht befreit.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Ehemann seiner Frau nicht sagen kann: "Nimm Dir Deiner Hände Arbeit für Deine Ernährung". Er kann sie also nicht zwingen, zu arbeiten, um ihren Unterhalt zu verdienen; auch dann nicht, wenn er bereit ist, ihr den fehlenden Restbetrag zu geben, falls sie nicht genügend verdienen kann. Wenn die Ehefrau auf eine solche Aufforderung nicht eingeht, ist der Ehemann von seiner Unterhaltspflicht nicht befreit. Die Ehefrau muß nicht arbeiten, um zu verdienen, und ihre Weigerung, aus diesem Grunde zu arbeiten, ist keine Pflichtverletzung.

§ 86 Widerruf eines Unterhaltsverzichts

Wenn die Ehefrau auf den Unterhalt durch den Mann verzichtet und auch nicht arbeiten will oder wenn die Ehegatten vereinbart haben, daß die Frau sich von ihrer Arbeit ernähren solle, so sind die Meinungen darüber, ob die Ehefrau diese Vereinbarung widerrufen kann, geteilt. Manche Posskim sagen, daß die Frau gegen den Willen ihres Ehegatten die Vereinbarung nicht widerrufen kann. Denn es wäre unrecht, ihr zu erlauben, auf ihre Ernährung dann, wenn es ihr paßt, zu verzichten, und ihre Ernährung wieder zu fordern, wenn es sich für sie lohnt. Die gegenteilige Ansicht vertritt den Standpunkt, daß, nachdem es heißt "Die Ernährung ist die

52) Vgl. M-M zu Maimo. H-I 18,26

53) Vgl. Maimo. H-I 12,4

Hauptsache", ihre "Hand nach oben" ist (d.h. daß sie stärker ist) und sie so verfahren kann, so oft es ihr paßt. "Wenn die Frau sagt, sie wolle nicht arbeiten und nicht verpflegt sein, so ist diese ihre Erklärung unwiderruflich; einige sind allerdings anderer Ansicht⁵⁴⁾".

§ 87 Der Umfang der Arbeitspflicht⁵⁵⁾

Art und Maß der Arbeiten, die die Ehefrau zu leisten hat, sind vom Lebensstandard der Ehegatten im Vergleich zum Brauch ihrer Gesellschaftskreise bestimmt. "Alles richtet sich nach dem Landesbrauch", unter Berücksichtigung der Regel: "Die Frau steigt mit ihrem Ehemann, sinkt aber nicht mit ihm". Nach diesen Regeln ist zu entscheiden, ob die Ehefrau putzen, stopfen etc. muß, oder ob sie berechtigt ist, eine Haushaltshilfe zu verlangen; auch wenn sie es sich vor der Ehe nicht leisten konnte, kann sie letzteres verlangen, falls der Ehemann vermögend ist. Erklärt der Ehemann, daß er sich dergleichen nicht leisten könne, so obliegt die Beweisführung für das Gegenteil der Ehefrau⁵⁶⁾.

Wenn nach den Regeln die Ehefrau zu arbeiten verpflichtet ist, sich aber weigert, und der Ehemann dadurch gezwungen wird, ein Dienstmädchen einzustellen, so kann er diese Ausgabe von ihrem Unterhalt abziehen; denn sie verletzt ihre Pflicht und dadurch befreit sie ihn von seiner Pflicht, nämlich sie zu ernähren⁵⁷⁾.

§ 88 Der Überschuß

Es besteht zwischen den Posskim ein Streit, ob nach den oben genannten Regeln der Begriff "ihrer Hände Arbeit" nur die Arbeiten, zu welchen die Frau dem Mann verpflichtet ist, umfaßt, oder auch die Arbeiten, die sie nicht im Haushalt verrichtet und zu welchen sie nicht gezwungen ist. Im Talmud wird letzteres "Überschuß" genannt⁵⁸⁾. Raschi erklärt den Begriff so: "Wenn sie mehr schafft, als ihr die Weisen bestimmt hatten". Es ist dies der Fall, wenn die Frau eigenes Einkommen, z.B. als Lehrerin, Beamtin oder vom eigenen Geschäft hat.

54) Sch. 69,4

55) Die Regeln, die die Arbeitspflicht betreffen, wurden vom Obersten Rabbinatsgericht (ERG Bd.3 S.208 Urt. vom 12.3.1959) ausführlich erörtert und festgelegt.

56) Sch. 80

57) s. Ch-M zum Sch. 80

58) Ketu. Fol. 65b

Diese Frage wurde auch vom israelischen Rabbinats-Gericht⁵⁹⁾ behandelt. In einem Scheidungsverfahren forderte der Mann für sich die Möbel mit der Behauptung, sie seien von ihm bezahlt worden. Die Frau behauptete dagegen, daß sie die Möbel in Raten bezahlt habe. Nach ihrem Vorbringen wurde ein Teil der Raten erst nach der Eheschließung von ihr verdient und bezahlt. Weil der Ehemann aber während der Ehe für den Hausunterhalt gesorgt hatte, gehörte ihm ihrer Hände Arbeit. Wurden also infolgedessen die Möbel von seinem Geld bezahlt? Das Urteil des Gerichts lautete: "Die Regel, daß ihrer Hände Arbeit dem Mann gehört, wurde im Schulchan-Aruch und bei Maimonides wiederholt besprochen; dort heißt es auch, daß die Arbeit der Frau nach dem Landesbrauch bestimmt wird. Nach Maimonides ist dies so zu verstehen, daß die Frau nur zu den Arbeiten, die bei Frauen üblich sind, verpflichtet ist, zu anderen Arbeiten aber auch dann nicht, wenn die Frauen dem Landesbrauch nach mehr leisten. Der Bet-Meir (80, 1) erörtert den Schulchan-Aruch und Maimonides und bringt dazu die Meinungen anderer Posskim. Er sagt, daß die Ehefrau nur zu typischer Frauenarbeit und zu Handarbeiten verpflichtet ist; denn die Ehefrau braucht nicht für ihren Unterhalt zu arbeiten, und ihre Zeit gehört nicht dem Mann in dem Sinne, daß er von ihr fordern kann, die nach Ortsbrauch üblichen Arbeiten zu verrichten. Die Ehefrau muß nur die typischen Frauenarbeiten leisten als Gegenstück zur Pflicht des Mannes, sie zu ernähren. Es wurde nie behauptet, daß die Arbeit in einer Fabrik eine typische Frauenarbeit sei. Außerdem kann man nicht sagen, daß es in unserem Staat Brauch ist, daß Frauen neben ihrer Arbeit im Haushalt sich in Fabriken betätigen, denn es ist bekannt, daß nur eine Minderheit der Ehefrau außerhalb des Hauses tätig ist. Demgemäß ist die Klägerin ihrem Manne gegenüber nicht verpflichtet, ihm ihr Arbeitsentgelt zu geben." Die Frage, die das Gericht zu beantworten hatte, war, ob die Einkünfte der Klägerin nach der Regel "ihrer Hände Arbeit gehört dem Mann" dem Manne gehören oder ob diese Regeln nur die Arbeiten betreffen, zu welchen die Ehefrau verpflichtet ist, wogegen das Einkommen von anderen Betätigungen der Frau gehört. Das Gericht unterscheidet zwei Arten von Arbeiten, zu welchen die Ehefrau nicht verpflichtet ist, nämlich:

- (a) Einkommen, das sie zwar von Arbeit erzielte, zu der sie verpflichtet ist, das sie aber nur durch über ihre Pflicht hinausgehende Anstrengungen erreichte;
- (b) Einkommen von einer Arbeit, zu der sie nicht verpflichtet ist, und zwar entweder aus Arbeit von der Art, die Frauen im allgemeinen nicht ausüben, oder von der Art, die die Frau im Hinblick auf ihren oder ihres Mannes Lebensstandard zu tun nicht verpflichtet war.

59) ERG B. T S.81 4553/1553, Urt. vom 15.6.1954

Das Gericht traf dann folgende Entscheidung:

- (1) Die Ehefrau ist keine Lohnarbeiterin, und sie ist nur zu den typischen Frauenarbeiten verpflichtet, zu anderen Arbeiten auch dann nicht, wenn diese dem Landesbrauch entsprechen.
- (2) Überschuß, den sie durch ungewöhnliche Anstrengung erreicht hat, gehört nach Ansicht eines Teils der Posskim ihr; mit Rücksicht auf die ungeklärte Rechtslage können ihr diese Mittel nicht genommen werden.
- (3) Einkommen aus einer Arbeit, zu der die Frau nicht verpflichtet ist, gehört nach Ansicht einer großen Anzahl Posskim der Frau, sogar nach Meinung eines Teils von denjenigen, welche den Überschuß, der durch außergewöhnliche Anstrengung erzielt wurde, dem Mann zusprechen.

Im vorliegenden Fall entschied das Gericht, daß die Möbel deswegen der Klägerin zu belassen seien, weil sie eine Art Arbeit ausübte, die man keiner Frau zumuten kann, und die Möbel, die sie mit dem Geld gekauft hatte, den Gegenwert dieser Arbeit darstellen.

§ 89 Die Regel "Es steht bei mir fest" (Kim-le)

Wenn die Meinungen der Posskim über ein bestimmtes Thema geteilt sind, kann die beklagte Partei die Regel "Es steht bei mir fest" anwenden⁶⁰⁾, sie kann vorbringen: "Ich verlasse mich auf die Posskim, die zu meinen Gunsten urteilen". Nun gibt es noch eine andere allgemeine Regel, die lautet: "Im Zweifel wird kein Geld gezahlt", was bedeutet, daß dann, wenn der Beklagte auf Zahlung einer Geldsumme verklagt wird, der Kläger zweifelfreies Beweismaterial beibringen muß, und zwar nicht nur dafür, daß die Tatsachen für ihn sprechen, sondern auch dafür, daß die Halacha (Regel) zu seinen Gunsten lautet. Weil aber Fälle vorkommen, zu welchen die Meinungen der Posskim verschieden sind, kann der Kläger nicht beweisen, daß die Halacha auf seiner Seite steht; denn der Beklagte kann plädieren, daß die Halacha für ihn günstig sei, indem er sich auf die anderen Posskim beruft. Wenn ein Fall wie der oben § 88 erwähnte vorkommt, zu welchem die Posskim verschiedener Meinung sind, ob das Einkommen der Frau vom Überschuß ihr gehört, kann man es ihr nicht wegnehmen, wenn sie es auf ihrem Bankkonto hat oder sich für das Geld Möbel gekauft oder es sonst irgendwie angelegt hat. Sollte sie aber das Geld auf das Konto ihres Mannes gelegt haben und verlangt sie dann das Geld von ihm zurück, so kann er die Regel "Es steht bei mir fest" anwenden, und er braucht ihr nichts zurückzugeben.

60) s. Schereschewski S. 170

Diese Regel beeinflußt auch die Forderung der Ehefrau auf den Unterhalt. Wenn die Ehefrau beruflich tätig ist und von ihrem Einkommen dem Manne nichts abgibt oder sogar Unterhalt von ihm fordert, so kann er sich auf die Posskim, die ihm den Überschuß gewähren, berufen und sagen, daß sie sich von seinem Geld ernährt. Denn ihr Verdienst gehört eigentlich ihm (soweit ihr Einkommen zum Unterhalt ausreicht; das übrige muß er ihr geben). Deshalb wird vom Gericht den Ehefrauen, die erwerbstätig sind, kein Unterhalt gewährt; der Mann kann aber, wie schon oben gesagt, seine Ehefrau nicht zur Arbeit zwingen, damit sie ihren Unterhalt selbst verdiene. Die Frau kann zu jeder Zeit ihre Tätigkeit aufgeben und den Unterhalt vom Mann verlangen.

Wenn es wegen der beruflichen Tätigkeit der Ehefrau erforderlich ist, eine Hilfe für den Haushalt anzustellen, gehen die Ausgaben dafür zu Lasten der Ehefrau. Denn sie müßte eigentlich diese Hausarbeit selbst verrichten, nachdem sie ihren Unterhalt in Form ihres Einkommens vom Mann bekommt, jedenfalls nach einem Teil der Posskim.

§ 90 Verantwortung für Schäden im Haushalt

Die Ehefrau ist für den Schaden, den sie im Haushalt anrichtet, z.B. wenn sie Geschirr zerbricht, nicht verantwortlich. Der Schulchan-Aruch sagt (80, 17): "Wenn die Frau während ihrer Hausarbeit Geräte zerbrochen hat, ist sie frei", d.h. sie muß den Schaden nicht ersetzen, und der Bet-Schmuel (23) fügt hinzu: "Nicht nur das, was sie während der Arbeit, sondern auch was sie außerhalb der Arbeit zerbrochen hat, muß sie nicht ersetzen". Diese Regeln haben den Zweck, den Hausfrieden zu wahren, denn sonst würde sich die Frau vor jeder Arbeit in Acht nehmen, und das würde zweifellos zu Streitigkeiten führen⁶¹⁾.

C. DER UNTERHALT DER KINDER⁶²⁾

§ 91 Die Pflichten des Vaters

Der Vater trägt allein die Verantwortung und die Sorge für seine Kinder. Auch gegenüber den Kindern umfaßt die Unterhaltspflicht all das, worauf auch die Frau Anspruch hat. Nach Maimonides lautet die Regel: Jeder, der unterhaltspflichtig ist, trägt auch die Kosten für Kleidung, Haushaltsgegenstände und Schlafraum, und das auch, wenn er arm ist und die Kin-

61) Maimo. zu Ketu. Fol. 86b

62) s. Scheftelowitz S. 122; Schereschewski § 59

der reich sind und sich von ihrem eigenen Vermögen ernähren können, sogar dann, wenn die Kinder ein Geschenk bekommen, das für ihre Ernährung bestimmt ist; denn die Unterhaltspflicht des Vaters ist primär und hängt nicht davon ab, ob die Kinder seine Unterstützung benötigen oder nicht. Die Regel wurde zugunsten der Kinder noch weiter ausgedehnt⁶³⁾:

"Wenn sich jemand verheiratet und die Frau stellt dabei zur Bedingung, ihre Tochter fünf Jahre lang zu ernähren, und er ist darauf eingegangen, so muß er sie fünf Jahre verpflegen. Ist sie während dieser Zeit von ihm geschieden worden und hat sich die Frau mit einem anderen wieder verheiratet und auch von diesem ausbedungen, er solle die Tochter ernähren, so muß sie einer von ihnen ernähren, und der andere gibt ihr Geld für die Verpflegung."

Also hat das Kind einen Anspruch auf Unterhalt vom Vater, auch wenn es diesen zumindest teilweise von anderer Seite erhält.

§ 92 Die Pflicht der Mutter

Für die Mutter besteht überhaupt keine Pflicht gegenüber ihren Kindern, schon gar nicht gegenüber den Kindern ihres Mannes aus einer anderen Ehe: "Das ist klar, daß wir keine Verpflichtung für die Frau gegenüber den Kindern fanden, dagegen für den Mann. Sie wurde also dazu nicht verpflichtet, woher soll dann ihr Verpflichtung stammen?"⁶⁴⁾ Diese Stellung der Mutter ändert sich auch dann nicht, wenn sie vermögend ist oder wenn sie durch Berufstätigkeit genügend Geld verdient, um die ganze Familie zu ernähren.

Sowohl hinsichtlich der Kinder als auch des Mannes sind Ausnahmen möglich durch Anwendung der Wohltatsregeln⁶⁵⁾. Diese Regeln bestimmen⁶⁶⁾, daß man dann, wenn das Einkommen oder das Vermögen der Mutter ausreicht, um sie und ihre Kinder zu ernähren, sie zwingen kann, ihren Kindern zu helfen, wenn sie darauf angewiesen sind⁶⁷⁾.

63) Sch. 114

64) M-M zu Maimo. H-I. 21, 18

65) Vgl. das Bezirksgericht in Ham. 1163/1960 Pessakim Bd.24 S.181

66) J-D 247-251

67) Vgl. das Bezirksgericht in T.E. 25/1954 1181/1954 Pessakim Bd.9 S. 432 ff.

Die Mutter muß ihre Kinder stillen. Diese Pflicht ist keine Einschränkung der Pflichtenfreiheit der Mutter gegenüber ihren Kindern; denn diese Pflicht ist vielmehr eine der Leistungen, die die Frau gegenüber dem Mann bei der Eheschließung übernimmt. Nur der Ehemann, nicht die Kinder, haben einen Anspruch auf diese Leistung. Daher kommt es auch, daß diese Pflicht mit der Scheidung erlischt; nur, wenn dem Kinde Lebensgefahr durch die Entziehung der Mutterbrust droht, kann man sie zwingen, ihr Kind weiter zu stillen. Zu diesem Thema hat das israelische Rabbinats-Gericht die folgende Entscheidung getroffen⁶⁸⁾:

- (1) Die Verpflegung ist ein Teil des zu leistenden Unterhalts, und der Vater, der zum Unterhalt verpflichtet ist, muß auch die Verpflegungskosten zahlen.
- (2) Den Still- und Verpflegungslohn muß der Vater auch der Mutter, die ihr gemeinsames Kind selbst stillt oder verpflegt, bezahlen.
- (3) Auch wenn die Kindsmutter seine Ehefrau ist, muß ihr der Vater, wenn er seiner Frau keinen Unterhalt gewährt, den Still- und Verpflegungslohn bezahlen.

§ 93 Der Umfang des Unterhalts

Die Höhe des Unterhalts der Kinder wird nach ihrem Bedarf und nicht nach der wirtschaftlichen Lage des Vaters bestimmt. Die Regel bei Maimonides⁶⁹⁾ lautet: "Nicht nur seine Frau, sondern auch seine Söhne und Töchter muß der Mann mit Kleidung, Schlafgelegenheit und der gleichen versorgen". Der Magid-Mischna erläutert dies (aaO.):

"Das ist auch klar; denn wie an mehreren Stellen im Talmud erwähnt, sind die Unterkunft und die Kleidung der Ernährung gleichzusetzen; unser Rabbi (Maimonides) schrieb nicht, daß der Mann ihnen seinem Wohlstand nach geben muß, denn im Talmud wurde kein Unterschied zwischen reich und arm bei den Ernährungsregeln der Kinder betont; solch ein Unterschied wurde nur bei der Ernährung der Frau gemacht."

§ 94 Ende der Unterhaltspflicht

Während der Talmud-Periode war umstritten, bis zu welchem Alter der Vater seine Kinder ernähren muß. In Uscha (Babylonien) hat man die so-

⁶⁸⁾ ERG B.T S.114, Urt. v. 1.6.1953

⁶⁹⁾ H-I. 13

genannte Uscha-Verordnung erlassen, nach der die Ernährungspflicht gegenüber Söhnen bis zu 13 Jahren, gegenüber Töchtern bis zu 12 Jahren besteht, wobei auch die körperliche und geistige Entwicklung berücksichtigt wurde. Diese Verordnung hat sich in Judäa nicht durchgesetzt, und die Halacha (Regel), daß der Vater seine Kinder nur bis zum 6. Lebensjahr verpflegen muß, blieb in Kraft. An sich aber mußte der Vater seine Kinder auch über dieses Alter hinaus verpflegen, aber dies nicht wegen seiner Unterhaltspflicht, sondern nach den Wohltatsregeln⁷⁰⁾, was einen Unterschied im Umfang der zu erbringenden Leistungen bedeutet.

Im Jahre 1944 hat das Oberste Rabbinat für Palästina eine Verordnung erlassen, die diese Pflicht des Vaters gegenüber seinen Kindern bis zum 15. Lebensjahr verlängert⁷¹⁾. Diese Verordnung wird heutzutage sowohl von den Rabbinatsgerichten als auch von den Zivilgerichten in Israel angewendet⁷²⁾. In der Begründung zu der Verordnung⁷³⁾ erklärte das Präsidium des Obersten Rabbinats: "Früher war in Israel der Vater gesetzlich nicht gezwungen, seine minderjährigen Kinder länger als bis zum 6. Lebensjahr zu ernähren. Wenn er aber seine Kinder nicht länger verpflegen wollte, pflegte man dies zu verkünden und zu veröffentlichen, um ihn zu beschämen und ihn so zu zwingen, die Kinder bis zur Volljährigkeit zu ernähren. In unserer Generation ist leider ein derartiger moralischer Druck nicht mehr möglich. Auch die Zivilgerichte haben mangels einer gesetzlichen Vorschrift keine Möglichkeit, einen derartigen Zwang auszuüben. Diese Verordnung soll von allen Rabbinats-Gerichten in unserem heiligen Land angewendet werden⁷⁴⁾.

70) Nach diesen Regeln hat die Tochter einen Anspruch auf Unterhalt, u.U. bis zu ihrer Heirat; vgl. Rodner aaO. S. 51ff. Ausführlich das Oberste Rabbinatsgericht, ERG Bd. 4 S. 3 Unt. v. 20. 5. 59; vgl. oben §. 77 Fußnote 18.

71) Vgl. 4. Dykan S. 381; Schereschewski aaO. S. 340

72) J. Engelrad kommt in seiner Rezension (Maintenance of a child over 15. Hopaklit Bd. 18 S. 3ff.) zu dem Schluß, daß nach den Wohltatsregeln der Vater verpflichtet ist, den Minderjährigen zwischen 15 und 18 Jahren zu ernähren. Das Oberste Gericht (Ci.A. 507/1961 Piske-Din Bd. 16 S. 928) bestätigte diese Ansicht.

73) Die ursprüngliche Idee zu dieser Verordnung stammt aus dem Talmud, Ketu. Fol. 49a: "Rabbi Jehuda sagt: es sei eine gute Tat, die Söhne zu ernähren, und umso mehr die Töchter, wegen der Entwürdigung", der sie sich zur Erlangung ihres Unterhalts aussetzen müßten.

74) s. Freimann aaO.

D. DAS GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ

§ 95

§ 2 des Gleichberechtigungsgesetzes bestimmt:

"Eine verheiratete Frau ist voll befähigt, Eigentum zu haben und darüber zu verfügen, wie eine unverheiratete; ihre vor der Eheschließung erworbenen Eigentumsrechte werden durch die Eheschließung nicht berührt."

Im Zusammenhang damit wurde die Meinung geäußert, daß im Hinblick auf den Ursprung der Regel, daß der Ehemann seiner Frau Hände Arbeit bekommt, nämlich die Vorschrift des Talmud: "Ihre Hände sind ihm unterworfen"⁷⁵⁾, das Gesetz diese Regel annulliert habe. Aber wie schon oben mehrmals erwähnt, ist der Frau "Hände Arbeit" eine Gegenleistung für ihre Ernährung, und es ist kaum möglich, dies als Schlechterstellung der Frau zu bezeichnen. Mehr noch, die Möglichkeit der Ehefrau, auf die Ernährung zu verzichten, wenn diese für sie keinen Vorteil bringt, und ihr Einkommen für sich zu behalten, schließt eine mögliche Schlechterstellung der Frau aus. Nach der herrschenden Meinung⁷⁶⁾ behält der Ehemann trotz dieser Vorschrift seinen Anspruch auf seiner Gattin "Hände Arbeit".

§ 96

Im Jahre 1959 verabschiedete die Knesset (Parlament) ein "Gesetz zur Änderung des Familienrechts; Unterhalt"⁷⁷⁾. Das Gesetz brachte keine Änderung der Rechtslage. Im Gegenteil, es bestimmte, daß in Unterhaltfragen zwischen Ehegatten und zwischen diesen und ihren Kindern das Personalstatut, das bis dahin galt, auch weiterhin gelte, also das Religionsrecht der betreffenden Gemeinde⁷⁸⁾. Außerdem hat das Gesetz eine Regelung für Eheleute, die keiner Gemeinde angehören, getroffen. Bei Juden kann dies allerdings nie der Fall sein, und auch sonst kommt es sehr selten vor.

⁷⁵⁾ Ketu. Fol. 58b, 59b

⁷⁶⁾ Vgl. Schereschewski S.205; Silberg, Stichw. § 2 des GleichbG.

⁷⁷⁾ "§ 2 (a) Ein Jeder ist seinem Ehegatten entsprechend den Bestimmungen des für ihn maßgeblichen Rechts unterhaltspflichtig."
Gesetzbuch Nr. 276 S.72 vom 12.3.1959

⁷⁸⁾ Vgl. das Bezirksgericht in M.l. 72/1960 Pessakim Bd.28 S.110; T.E. 1729/1962 Pessakim Bd.36 S.28 und das Oberste Gericht in C.A. 507/1961 Piske-Din Bd.16 S.928

2. Titel: DIE REGELUNG NACH DEM ENTWURF

A. DER UNTERHALT ZWISCHEN EHEGATTEN

§ 97 Die Verteilung der Unterhaltslast

Im Gegensatz zum bisherigen jüdischen Recht, in welchem der Ausgangspunkt zur Erlangung des Unterhalts das Recht der einen Partei gegenüber der anderen ist, nämlich der Anspruch der Frau auf Unterhalt seitens des Mannes, bevorzugt der Entwurf, im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter, eine andere Basis, nämlich die Verteilung der Unterhaltungspflicht zwischen beiden Ehegatten. Diese Regel hat einen zwingenden Charakter und gilt für jeden möglichen Güterstand, welchen sich die Ehegatten auswählen¹⁾.

Der Entwurf sieht davon ab, eine Verteilung der Pflichten – zum Familienunterhalt beizutragen – zwischen den Ehegatten vorzunehmen, wie es z.B. das BGB tat und auch in seiner neuen Fassung des § 1360 tut. Er begnügt sich vielmehr mit der allgemeinen Regelung, daß jeder Ehegatte seinen Möglichkeiten entsprechend einen Teil zum Familienunterhalt beitragen muß. Ist ein Ehegatte vermögend, so muß er selbstverständlich mehr als der andere zum Unterhalt beisteuern; sollte der andere nicht imstande sein, zum Familienunterhalt auch nur das Geringste beizutragen, so ist der Leistungsfähigere verpflichtet, die Familie ganz zu unterhalten. Aber auch der unermögende Gatte muß sich an den Bemühungen um die Erhaltung des Familienlebens beteiligen²⁾, sei es durch berufliche Betätigung oder durch Betätigung im Haushalt. Die Führung des Haushalts ist dem Geldverdienst gleichgestellt, aber, wie schon erwähnt, nicht einem der Ehegatten als Pflicht zugeteilt. Die meisten Leute, die eine Ehe eingehen, machen sich schon im voraus eine Vorstellung über ihr gemeinsames Familienleben; sollten während der Ehe Streitigkeiten über die Verteilung der Familienpflichten entstehen, was selten der Fall ist, so ist dies auch durch eine präzise gesetzliche Bestimmung über die Pflicht des einzelnen Ehegatten im Familienleben nicht zu vermeiden. Der Entwurf bleibt seinem Gleichberechtigungsprinzip also auch hier treu.

Eine weitere Bestimmung in § 50 ordnet an, daß dann, wenn ein Ehegatte mehr als seinen Pflichtteil zum Unterhalt leistet, er den übrigbleibenden Überschuß nicht zurückverlangen kann. Der Grund für diese Regelung ist, daß man annimmt, daß die Ehegatten sich freiwillig am Familienunterhalt beteiligen und dies nicht als unangenehme Pflicht ansehen.

1) Entw. § 50

2) Entw. § 49

§ 98 Der Umfang der Pflicht

Es ist ziemlich schwierig, die Höhe des Unterhalts im voraus zu regeln, man kann jedoch unter Heranziehung der §§ 185, 228 StGB 1936 und 48d, 126 des Entwurfs einige allgemeine Regeln aufstellen, nach welchen der Unterhalt bemessen werden kann. Im wesentlichen unterscheidet sich die Regelung des Unterhalts, wie sie der Entwurf vorsieht, nicht von der Regelung im alten jüdischen Recht. Auch hier bemißt sich die Höhe des Unterhalts nach der Bedürftigkeit bzw. dem allgemeinen Brauch und nach den Umständen und der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen.

§ 99 Familienwohnung und Haushaltsgegenstände

Was die Wohnung und die dazugehörigen Gegenstände betrifft, so hat der Entwurf eine Beschränkung der Veräußerungs- und Vertragsfreiheit vorgesehen und eine zwingende Regelung für alle Güterstände bestimmt. Das Gemeinschaftsleben und der Familienfrieden erfordern solche unabdingbare Vorschriften. Die einzelnen Grundsätze des § 54 lauten wie folgt:

"(a) Jeder Ehegatte ist berechtigt, in der Familienwohnung zu wohnen und die Hausmobilen zu benutzen."

Dieser Absatz deutet auf die Vorrangigkeit der Ehe gegenüber dem Vermögen. Die Ehefrau, die in der Eigentums- oder Mietwohnung ihres Mannes lebt, wohnt darin nicht auf Grund seiner Einwilligung oder seiner Barmherzigkeit, sondern übt ein ihr zustehendes Recht aus, das durch die Eheschließung entstanden ist. Das Gleiche gilt für die Benützung der Möbel, des Geschirrs und aller anderen Gegenstände, die zum Haushalt gehören.

"(b) Keiner der Ehegatten ist berechtigt, die Familienwohnung oder Hausmobilen zu veräußern oder zu verpfänden. Hat er dies ohne Einwilligung des anderen Ehegatten getan, so kann der andere Ehegatte während eines Monats und nicht später als nach einem Jahr dieses Rechtsgeschäft für unwirksam erklären."

Auch dieser Absatz enthält *jus cogens*. Er gewährt sogar einem Dritten, der die Wohnung oder einen Haushaltsgegenstand *bona fide* gekauft hat, keinen Schutz; denn jeder muß wissen, daß bei einem solchen Rechtsgeschäft die Zustimmung des anderen Ehegatten erforderlich ist, und muß sich vor Abschluß dieser Zustimmung versichern.

Der dritte Absatz definiert die Worte Familienwohnung und Haushaltsmobilen. Was Familienwohnung ist, ist nicht schwer zu definieren: es ist die Wohnung, in welcher die Eheleute ihren dauernden Wohnsitz haben. Die Definition der Haushaltsmobilen bereitet allerdings einige Schwierigkeit, denn in der Wohnung gibt es Möbel, Geschirr, Wohnungsschmuck, elektrische Geräte, Musikinstrumente etc., ferner die zum persönlichen Gebrauch bestimmten Sachen wie Kleidung, Arbeitsgeräte, Schmuck, Kraftfahrzeuge etc. Manchmal investiert einer der Ehegatten auch viel Geld in Bilder o.ä., deshalb ist der Begriff der Haushaltsmobilen sehr weit auszulegen. Er umfaßt "die Gegenstände, die den Umständen entsprechend dem gemeinsamen Haushalt dienen". Das bedeutet also nicht Kleider und persönlichen Schmuck und auch nicht Sammlungen, die eine Investition bedeuten; andererseits sind da nicht nur die notwendigen Haushaltsgegenstände inbegriffen, sondern auch Wohnungsschmuck und Luxusgegenstände.

§ 100 Unterhalt bei Getrenntleben

Leben die Ehegatten getrennt und kommt einer von ihnen seiner Pflicht gemäß § 49 nicht nach, trägt er also nicht zum Familienunterhalt bei, so hat auch der andere Ehegatte Anspruch auf Unterhalt, und zwar in dem gleichen Umfang, wie es für den Unterhalt für Verwandte geregelt ist, dabei den jeweiligen Umständen entsprechend. § 55 macht keinen Unterschied, aus welchem Grunde die Eheleute getrennt leben, ob einer von ihnen die Schuld für das Getrenntleben trägt oder ob einer von ihnen die Herstellung der ehelichen Gemeinschaft verweigert, die Unterhaltspflicht ändert sich dadurch nicht. Für den Fall, daß die Ehe aus irgendeinem Grunde endet, hat der Entwurf keine Unterhaltsregelung getroffen.

B. DER UNTERHALT DER KINDER

§ 101 Bei Minderjährigen

Im Gegensatz zum bisherigen jüdischen Recht, wo die für den Unterhaltsanspruch maßgebende Grenze bei 12 Jahren für Mädchen und 13 für Knaben lag³⁾, setzt der Entwurf für beide Geschlechter das gleiche Alter fest, nämlich das 18. Lebensjahr.

§ 102 Der Umfang des Unterhalts

Auch hier muß man, wie bei dem Unterhalt der Ehegatten, die Einzelheiten zur Bestimmung des Umfangs der Unterhaltspflicht aus anderen Bestimmungen s. oben § 94

mungen entnehmen, nämlich den oben in § 67 schon zitierten §§ 185, 228 StGB 1936 und 48d, 126 des Entwurfs. Die Regelung ist im wesentlichen der für die Ehegatten geltenden gleich⁴⁾, mit einer charakteristischen Ausnahme, die § 107 festlegt, nämlich der Sorge der Eltern für die berufliche Ausbildung des Kindes. Hier besteht wiederum kein wesentlicher Unterschied gegenüber dem bisherigen jüdischen Recht.

§ 103 Die Pflicht der Eltern

Schon § 49 des Entwurfs bestimmt, daß beide Ehegatten für den Familienunterhalt zu sorgen verpflichtet sind; dies umfaßt auch die Pflicht zum Unterhalt der Kinder. Sie ist eine gesamtschuldnerische. Im Prinzip herrscht hier ebenfalls die Gleichstellung von Mann und Frau, die sich jedoch nicht etwa in einem selbständigen Handeln der beiden Ehegatten auswirkt⁵⁾. Der Entwurf fordert vielmehr ein einstimmiges und gemeinsames Vorgehen der Eltern zum Wohl der Kinder. Nur so kann das Wohl der Kinder gesichert werden. Sollte eine Einigung der Eltern hierüber nicht möglich sein, so liegt die Entscheidung beim Gericht⁶⁾. In Ausnahmefällen kann jedoch jeder Ehegatte selbständige Entscheidungen treffen⁷⁾. Wenn einer der Ehegatten aus irgendwelchen Gründen nicht fähig ist, für das Kind zu sorgen, übernimmt der andere Ehegatte die Sorge für das Kind⁸⁾. Hier kommt also wieder das Gleichberechtigungsprinzip, nach dem der Entwurf verfaßt wurde, zum Durchbruch.

§ 104 Das Einkommen des Minderjährigen

Der Minderjährige steht nicht unter der elterlichen Gewalt des Vaters oder der Mutter, sondern ist nur ihrer Sorge unterstellt. Auch sein Vermögen und sein Einkommen sind frei. Die Eltern haben keine Rechte auf das Vermögen des Minderjährigen oder dessen Früchte. Der Unterhaltspflicht der Eltern steht kein Recht auf Arbeit des Kindes gegenüber, und sogar der Umstand, daß der Minderjährige selber vermögend ist oder Einkommen hat und seine Bedürfnisse decken kann, ändert nichts an der Pflicht der Eltern⁹⁾. Es wäre allerdings ungerecht und auch ungesund für die Familieneinheit, wenn der Minderjährige in jedem Fall einen Anspruch auf Unterhalt hätte, selbst wenn er z.B. wohlhabend und seine Eltern arm sind. Deshalb bestimmt § 120 des Entwurfs:

4) s. oben § 98

5) Entw. § 114

6) Entw. § 114a

7) Entw. § 114c

8) Entw. § 116

9) Entw. § 119

- "(a) Der Minderjährige, der durch Arbeit oder aus anderen Gründen Einkommen hat, muß sich dementsprechend am Familienunterhalt und an seinen eigenen Bedürfnissen beteiligen.
- (b) Die Güter des Minderjährigen werden für seine Bedürfnisse nur soweit verwendet, als seine Eltern diese nicht erfüllen können."

3. Titel: DIE REGELUNG IN DEUTSCHLAND

A. DAS BGB IN SEINER BIS 31.3.1953 GELTENDEN FASSUNG

§ 105

Im Grunde genommen ist die Regelung des bis 1953 geltenden deutschen Rechts der des jüdischen Rechts ziemlich ähnlich. Die Unterschiede beruhen auf den verschiedenen Ausgangspunkten der beiden Rechtsordnungen. Wenn der deutsche Gesetzgeber von dem Grundsatz ausgeht, daß der Mann das Haupt der Familie ist¹⁾, so hat sich im jüdischen Recht von der Volksanschauung der urbiblischen Epoche ausgehend, nach der die Frau das Privateigentum des Mannes war, bis zum Mittelalter die Stellung der Frau derartig verbessert, daß sie vom Ehemann bei der Trauung "angeheiligt" wurde²⁾ und ihr sein Schutz, Beistand und seine Achtung zukam. Daher rühren die im folgenden aufzuzeigenden Unterschiede.

Nach dem bis 1953 geltenden Recht hatte der Mann der Frau nach Maßgabe seiner Lebensstellung, seines Vermögens und seiner Erwerbsfähigkeit Unterhalt zu gewähren, ohne Rücksicht darauf, ob sie im eigentlichen Sinne bedürftig war und ob sein eigener Unterhalt gefährdet wurde³⁾. Insofern stimmte die Rechtslage mit der im jüdischen Recht überein. Auf der anderen Seite wurde bei der Bemessung des Unterhalts auf den Lebensstandard der Frau keine Rücksicht genommen⁴⁾. Sie hat sich der Lebensstellung des Mannes anzupassen, auch wenn ihre eigene eine wesentlich andere ist⁵⁾. Im jüdischen Recht dagegen kann die Frau unter Umständen

1) Vgl. Neustadt S. 332; s. auch M. Weber, Ehefrau etc. S. 413

2) Vgl. Caro S. 346

3) § 1360 I, BGB a.F.; Vgl. dazu ausführlicher Mitteis S. 89; Beitzke 1947 S. 39

4) Dem Mann lag zwar an erster Stelle die standesgemäße Unterhaltspflicht von Frau und Kindern ob, aber die verschiedenen Standessitten ließen ihm einen breiten Spielraum, nach seinem Belieben zu entscheiden, was dazu gehörte und was nicht; s. M. Weber, Frauenfragen etc. S. 150

5) Vgl. Mitteis, Beitzke aaO.

einen Anspruch auf einen höheren Standard als den ihres Mannes haben, gemäß der Regel "Die Frau steigt mit ihrem Mann, sinkt aber nicht mit ihm".

§ 106

Der Gesetzgeber ging bei Abfassung des ursprünglichen Textes des BGB davon aus, daß der Mann in der Regel der alleinverdienende Teil in der Ehe ist; deshalb ist die Frau regelmäßig auf den Unterhalt des Mannes angewiesen, während er nur in Ausnahmefällen auf sie angewiesen ist⁶⁾.

Daher war die Unterhaltspflicht der Frau geringer und sie trat nur bei Bedürftigkeit des Mannes ein (§ 1360 II.), aber weil der Mann das Oberhaupt der Familie war, hatte der Unterhalt seiner Lebensstellung zu entsprechen – soweit es den Umständen nach möglich war, denn über seine Mittel und Fähigkeiten hinaus ist niemand verpflichtet⁷⁾. Die Frau war sogar verpflichtet, einem Beruf nachzugehen, wenn der Mann den eigenen Unterhalt nicht bestreiten konnte⁸⁾. Die Stellung der Frau im jüdischen Recht ist diesbezüglich erheblich vorteilhafter, da sie nur nach den Wohnatsregeln dem Mann zum Unterhalt verpflichtet sein kann; der Unterhalt braucht aber selbstverständlich nicht seiner Lebensstellung zu entsprechen, und die Frau muß keiner Arbeit nachgehen.

§ 107

Der Unterhalt ist in der durch die eheliche Lebensgemeinschaft gebotenen Form zu leisten⁹⁾, also durch Gewährung von Wohnung¹⁰⁾, Verpflegung,

6) Vgl. Neustadt S. 332

7) s. § 1360 III BGB a.F.; vgl. auch § 1603 BGB. a.F.

8) "Aus dem sittlichen Wesen der ehelichen Gemeinschaft ergibt sich aber, daß die Unterhaltspflicht der Frau nicht erst dann gegeben ist, wenn der Mann völlig vermögenslos und erwerbsunfähig (d.h. zur Bestreitung des Unterhalts aus dem Ertrag einer seiner Lebensstellung entsprechenden Beschäftigung außerstande) ist, sondern schon dann, wenn er bei einer den Pflichten eines guten Haus- und Familienvaters entsprechenden Verwendung seiner Mittel nicht imstande ist, sich selbst und seine Familie in einer seiner Lebensstellung entsprechenden Weise zu unterhalten."

S. Staudinger § 1360 Anm. 2

9) s. § 1360 III BGB a.F.; auch Beitzke 1947 S. 40; Mitteis S. 88
10) s. RGZ 59, 338, Urt. v. 5. I. 1905

Wirtschaftsgeld, Taschengeld¹¹⁾ und von entsprechender Fürsorge im Krankheitsfall¹²⁾. Es sind hier keine bemerkenswerte Unterschiede zum jüdischen Recht festzustellen, mit Ausnahme vielleicht des Hausrechts des Mannes. Es ist im deutschen Recht strenger, da der Mann nach diesem allein das Recht hat, zu entscheiden, welche Personen in die Wohnung aufgenommen werden dürfen; er darf allerdings kein ehewidriges Verhältnis in der Wohnung unterhalten¹³⁾.

§ 108

Die Unterhaltspflicht des Mannes ist und war vom ehelichen Güterrecht unabhängig, doch gewährt das BGB in seiner alten Fassung dem Mann einen Ausgleich für seine weitgehenden Verpflichtungen. Beim gesetzlichen Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes erhielt er die Einkünfte aus dem Vermögen der Frau¹⁴⁾; bei der allgemeinen Gütergemeinschaft, wie bei der Errungenschafts- und der Fahrnisgemeinschaft, fiel der eheliche Unterhalt dem Gesamtgut zur Last¹⁵⁾; bei der Gütertrennung hatte die Frau dem Mann zum ehelichen Unterhalt einen angemessenen Betrag aus ihren Vermögens- und sonstigen Einkünften, z.B. aus den eigenen Arbeitseinkünften, zu leisten¹⁶⁾; außerdem mußte die Frau, der nach § 1356 I BGB a.F. die Pflicht zur Führung des Haushalts oblag, u.U. auch noch im Geschäft des Mannes mitarbeiten, und so mitzuverdienen; bei Mitarbeit im Geschäft hatte der Mann allerdings der Frau einen Gewinnanteil zu gewähren, wenn ihr Verdienst über ihren Anteil am Lebensunterhalt hinausging¹⁷⁾. Auch im jüdischen Recht ist die Unterhaltspflicht primär, und obwohl der Nießbrauch des Mannes am Vermögen der Frau nicht Gegenleistung für seine Unterhaltspflicht ist, gewährt ihm das jüdische Recht diesen. Abgesehen davon ist "Ihrer Hände Arbeit" als Gegenleistung bestimmt. Diese Regel aber wurde, wie oben erörtert, durch die Kommentatoren so eingeengt, daß sie in keinem Verhältnis zu den Pflichten der deutschen Frau, wie sie bis 1953 bestanden, steht. Bei Getrenntleben hat der Ehegatte, der die Herstellung des ehelichen Lebens berechtigter-

11) s. RGZ 97, 286, Urt. v. 15. 12. 1919

12) s. RGZ 95, 330, Urt. v. 5. 5. 1919; Staudinger § 1360 Anm. 3

13) s. § 1354 BGB a.F., dazu OLG Kiel, Entsch. v. 18. 6. 1946, NJW 1947 S. 116

14) § 1383 BGB a.F.

15) § 1458, 1529, 1549, BGB a.F.

16) § 1427 BGB a.F.; über das Verhältnis des § 1427 zum § 1360 s. Staudinger § 1427 Anm. 2g

17) Vgl. RGZ 158, 383 Urt. v. 1. 12. 1938; Beitzke 1947 S. 36

weise verweigert, Anspruch auf eine Geldrente¹⁸⁾. Die Grundregel ist die gleiche wie im jüdischen Recht.

§ 109

Minderjährige haben Anspruch¹⁹⁾ auf elterlichen Unterhalt²⁰⁾ und brauchen den Stamm ihres eigenen Vermögens nicht anzugreifen. Dies müssen sie erst, wenn ihre Eltern leistungsunfähig²¹⁾ sind. Die Eltern müssen auch unter Gefährdung des eigenen Unterhalts mit den Kindern alles teilen²²⁾. Der Auffassung entsprechend, daß der Mann das Familienoberhaupt sei, ist die Personensorge in erster Linie Recht und Pflicht des Vaters²³⁾, erst in zweiter Linie der Mutter. Neben ihm²⁴⁾ hat auch die Mutter das Sorgerecht²⁵⁾. Die Personensorge umfaßt zunächst die Sorge für das leibliche Wohl und das Gedeihen des Kindes, d.h. seine Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Gesundheitspflege²⁶⁾. Das jüdische Recht unterscheidet sich hier wesentlich vom deutschen wegen der Freistellung der Mutter von der Unterhaltslast für ihre Kinder, die nur unter besonderen Umständen entfällt.

18) § 1361 BGB a.F.

19) §§ 1601 ff.

20) Die Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber den Kindern beruht auf der Verwandtschaft, nicht aber der elterlichen Gewalt; näheres s. Staudinger § 1601 Anm. 4

21) Leistungsunfähig und daher nicht unterhaltspflichtig ist nach § 1603 Abs. 1, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt nicht gewähren kann; s. Staudinger § 1603 Anm. 2

22) § 1603 Abs. 2; dies ist eine Ausnahme von dem Grundsatz des § 1601 Abs. 1; Staudinger § 1603 Anm. 6; Beitzke 1947 S. 10

23) § 1627 BGB a.F.

24) "Neben dem Vater ist die Gewalt der Mutter nur ein Fragment". M. Weber, Frauenfragen etc. S. 74

25) § 1634 BGB a.F.

26) s. Beitzke 1947 S. 103; vgl. Staudinger § 1631 Anm. I

B. DAS BGB NACH DER ÄNDERUNG VON 1958

§ 110

Auch nach dem neuen Familienrecht wird der Familienunterhalt, jedenfalls was die finanziellen Mittel anbelangt, im allgemeinen vom Mann bestritten, wenn auch jetzt grundsätzlich beiden Ehegatten die Pflicht, für den Familienunterhalt zu sorgen, obliegt (s. § 1360 BGB n.F.). Der Mann muß seine Arbeitskraft ausnutzen, um die Mittel für den angemessenen Unterhalt zu beschaffen. Die Inanspruchnahme der männlichen Arbeitskraft kann sich ganz oder nur teilweise erübrigen, wenn die Eheleute über Vermögen verfügen, aus dem der Familienunterhalt bestritten werden kann.

Die Pflicht der Frau beschränkt sich nicht, wie vorher auf die Haushaltsführung (oder, wie § 1356 I BGB a.F. sagte: "zur Leitung des gemeinschaftlichen Hauswesens"), wird aber in der Regel dadurch erfüllt. Hausarbeit und andere Arbeit braucht die Frau nur in dem Umfang und in der Weise zu verrichten, wie es nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten üblich ist. Die Haushaltsführung ist nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein Recht der Frau²⁷⁾; sie braucht nur dann einer Arbeit nachzugehen, wenn der Arbeitsverdienst des Mannes und die Vermögenseinkünfte zum Familienunterhalt nicht ausreichen²⁸⁾.

Ist die Frau erwerbstätig, ohne dazu verpflichtet zu sein, so ist sie grundsätzlich ebenso wie der Mann verpflichtet, einen finanziellen Beitrag zum gemeinsamen Unterhalt zu leisten. Das ergibt sich aus dem Prinzip der Gleichberechtigung, wie es der BGH in seiner Entscheidung vom 14. 12. 1956 dargelegt hat²⁹⁾. Es sei noch zu bemerken, daß die Frau von ihrem Recht, erwerbstätig zu sein, nur insoweit Gebrauch machen kann, als dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist. (§ 1356 I, S. 1)³⁰⁾.

27) Oder so wie Berger FamRZ 1961 S. 93 sagt: "Dem Gesetzgeber schwebt der Gedanke vor, daß sich die Frau, wenn sie es will und der Mann genug verdient oder sonstige Einkünfte vorhanden sind, auf ihre Pflicht zur Führung des Haushalts beschränken kann"; vgl. auch Eisser FamRZ 1958 S. 180

28) § 1360 II 2. Halbsatz BGB n.F.; s. dazu Brühl FamRZ 1957 S. 279; Reinicke DRiZ 1958 S. 44

29) FamRZ 57 S. 92, 279; NJW 57 S. 537

30) Vgl. dazu Massfeller DNotZ 1957 S. 348; Berger aaO. S. 92

Zusammenfassend ist hervorzuheben, daß hinsichtlich der Verpflichtung zur Beschaffung der Mittel für den Familienunterhalt im wesentlichen alles beim Alten geblieben ist³¹⁾. Der Ehemann, bzw. der Vater, trägt grundsätzlich weiterhin die finanzielle Last, das Gleichberechtigungsgesetz hat daran nichts geändert.

Die Pflicht der Frau, im Geschäft des Mannes mitzuarbeiten, hat das Gleichberechtigungsgesetz auf beide Ehegatten erstreckt. Nach § 1356 II n.F. ist jeder Ehegatte verpflichtet³²⁾, im Beruf oder Geschäft des anderen Ehegatten mitzuarbeiten, soweit dies nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist.

Ob die Neuregelung des Gleichberechtigungsgesetzes wirklich mit Art. 3 GG im Einklang steht, darüber sind die Meinungen geteilt³³⁾. Der israelische Entwurf hat den Gleichberechtigungsgrundsatz konsequenter beibehalten und klarer zum Ausdruck gebracht. Er ordnet nicht die Pflichten

31) s. Brühl ibid. S. 280; ebenso Bosch FamRZ 1957 S. 165

32) s. Bosch FamRZ 1957 S. 194

33) Nach § 1356 I ist die Frau zur alleinigen Haushaltsführung berechtigt, "in eigener Verantwortung", der Mann kann ihr grundsätzlich nicht hineinreden (Bosch, FamRZ 1958 S. 84; ders. Juristen-Jahrbuch S. 49, meint im Gegensatz zu Beitzke, FamRZ 1958 S. 8, daß die Haushaltsverantwortung sich sogar auf das Kind erstreckt). Dieser Par. sollte als Ausgleich für die Benachteiligung der Frau durch § 1628 (dieser gab dem Vater das Entscheidungsrecht) dienen. § 1628 ist, wie das BVerfG in seinem Urteil vom 29.7.1959 festgestellt hat, verfassungswidrig und wurde daher für nichtig erklärt. Bosch, FamRZ 1959 S. 415; ders. Juristen-Jahrbuch ibid., meint, daß, wenn § 1628 nicht mehr gilt, so auch die alleinige Verantwortung der Frau gemäß § 1356 I nichtig sein muß. Übrigens bemerkt Berger aaO. S. 91 mit Recht, daß der Gedanke, man könne eine verfassungswidrige Bestimmung durch eine andere ausgleichen, abwegig ist; s. auch Bosch FamRZ 1959 S. 267; Arnold FamRZ 1959 S. 425; Schwoerer NJW 1959 S. 2089; Lange NJW 1961 S. 1889

der beiden Ehegatten im einzelnen, sondern bestimmt, daß die Unterhaltspflicht auf beide Ehegatten im gleichen Maße fällt, daß aber die Haus-³⁴⁾haltung der Erwerbstätigkeit gleichgesetzt wird.

§ 111

Für die Höhe des Unterhalts ist nicht mehr die Lebensstellung des Mannes allein maßgebend, sondern der Maßstab wird ein objektiver³⁵⁾, und zwar wird die Unterhaltspflicht an den Lebensverhältnissen beider Ehegatten

34) Wie schon oben § 63 erwähnt, ist mit der Gleichstellung von Mann und Frau der Gerechtigkeit noch nicht gedient, denn eine vernünftige Regelung muß die verschiedenen sozialen Funktionen von Mann und Frau berücksichtigen; oder wie Mitteis aaO. S.4 sagt: "Jedem das Seine". Brühl aaO. S.278 meint, daß die Regelung des BGB. n.F. im Einklang mit Art.3 GG stehe, da die Funktionsteilung, wie sie im BGB geregelt ist, in der Tradition und der Anlage der Geschlechter begründet liege. Dagegen wendet sich in aller Schärfe H.Krüger (FamRZ 57 S.163). Es ist klar, daß eine rechtliche Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht ihre Gleichstellung in dem Sinne zum Ziele haben kann, daß die Frau die gleiche Arbeit wie der Mann (z.B. Straßenbau, Bergbau etc.) verrichten soll. Auch ist es völlig falsch, von Gesetzes wegen die verschiedenen Funktionen von Mann und Frau festzulegen, zumal die Vorstellung des Gesetzgebers (die aus der Perspektive des Mannes gesehen wird) von der angeblich "natürlichen" Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau von der soziologischen und psychologischen Forschung, die feststellt, daß es keine spezifisch männliche oder weibliche Tätigkeit gibt, widerlegt wird.

Es geht also bei der Gleichberechtigung für die Frau weder um die Okkupierung des Männerrechts noch um die "großzügige" Einteilung der Arbeit nach den verschiedenen Funktionen von Mann und Frau, sondern um die Freiheit für die Frau, die für den Mann seit langem als selbstverständlich gegolten hat, um das Recht der Frau auf Eigen-
gestaltung der Persönlichkeit, um das Recht der Frau auf Selbstentfaltung (gemäß Art.2 Abs.1 GG). Dies kann aber nur durch eine formale Gleichberechtigung, wie sie der Entwurf vorsieht, verwirklicht werden.

35) s. Palandt § 1360a Anm. 1

gemessen. Der angemessene Unterhalt (§ 1360a n.F.) umfaßt zunächst die Kosten der Haushaltsführung, die Aufwendungen für die persönlichen Bedürfnisse, ferner (wie es in den Verhandlungen des Familienrechtsausschusses des Bundestages besonders hervorgehoben wurde³⁶⁾ "die Beiträge der Ehegatten zu einer religiösen Gemeinschaft, einem kulturellen oder politischen Verband oder einem wohltätigen Verein und der Aufwand, der zur Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten gemacht wird". Diese Ausgaben seien zu den persönlichen Bedürfnissen zu rechnen, sowie alles, was nach den Verhältnissen der Ehegatten erforderlich ist³⁷⁾.

Die vielumstrittenen materiell-rechtlichen Fragen des Besitzes und der Besitzberechtigung der Ehegatten am Hausrat und an der Ehwohnung³⁸⁾ wurde vom Gleichberechtigungsgesetz nicht behandelt. Die Antwort dürfte indessen aus §§ 1353, 1361a n.F. herzuleiten sein. Im israelischen Entwurf werden diese Fragen im Sinne der Gleichberechtigung eindeutig geregelt.

Die Frage, was mit dem Überschuß geschieht, wenn ein Ehegatte zum Unterhalt der Familie einen höheren Beitrag leistet, als ihm eigentlich obliegt, wird vom BGB (§ 1360b) n.F. und vom Entwurf in gleicher Weise beantwortet, nämlich dahingehend, daß im Zweifel nicht beabsichtigt war, vom anderen Teil Ersatz zu verlangen.

§ 112

Nach dem israelischen Entwurf hat der Ehegatte bei Getrenntleben Anspruch auf Unterhalt, wenn der andere zum Familienunterhalt nichts beiträgt. Das BGB in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes gewährt bei Getrenntleben den Unterhalt nur dem Ehegatten, der im Recht steht, d.h. demjenigen, der im Einverständnis mit dem anderen oder mit Recht getrennt lebt; das ist nicht der Fall, wenn jemand grundlos und unberechtigt³⁹⁾ die Herstellung des ehelichen Lebens⁴⁰⁾ verweigert (§ 1361 Abs. 3⁴¹⁾). Die Frau könnte aber wirklich grundlos den Mann verlassen

36) Massfeller-Reinicke S. 110

37) s. Palandt *ibid*; Brühl FamRZ 1957 S. 277

38) s. Bosch FamRZ 1957 S. 194

39) Vgl. Palandt § 1361 Anm. 3; Scheffler § 1361 Anm. 4

40) Ähnlich der gegenwärtige Zustand in Israel, s. § 83

41) Damit wird dem Richter die Aufgabe gestellt, die Gründe, die zur Trennung geführt haben, festzustellen, was zur Folge hat, daß dem Scheidungsprozeß vorgegriffen werden muß;
vgl. Berger aaO. S. 93

und auf seine Kosten - weil er ihr nach den Regeln des Entwurfs Unterhalt gewähren muß - ein schönes Leben führen; in diesem Fall kann sich der Mann durch Herbeiführung der Scheidung, die er mit Recht verlangen kann, nachdem sie die Herstellung der ehelichen Gemeinschaft verweigert, von dieser Last befreien⁴²⁾.

§ 113

Das Recht der Kinder auf Unterhalt ist vom Familienunterhalt mitumfaßt; im § 1360a heißt es ausdrücklich, daß im Rahmen des Familienunterhalts auch der Lebensbedarf der gemeinsamen unterhaltsberechtigten Kinder zu befriedigen ist. Die Neufassung der Paragraphen 1360-1360b wirkt sich auch auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern aus. Die Eltern müssen alle verfügbaren Mittel mit den Kindern gleichmäßig teilen⁴³⁾, sie können aber ausnahmsweise, wenn ihr eigener Unterhalt gefährdet ist, verlangen, daß die Kinder ihren Unterhalt vom Stamm ihres Vermögens bestreiten (§ 1603 II); daran hat das Gleichberechtigungsgesetz nichts geändert.

Zur Frage, in welcher Reihenfolge die Eltern zum Unterhalt der Kinder heranzuziehen sind, wurde zunächst die Mutter neben dem Vater zum Unterhalt verpflichtet, es wurde jedoch die besondere Stellung der Eltern berücksichtigt, die in der Regel funktionell zu ungleichen Leistungen (zur Geldbeschaffung bzw. Haushaltsführung) verpflichtet sind (§ 1606 II). Die Mutter ist also nur ausnahmsweise den Kindern gegenüber zu einer Erwerbstätigkeit verpflichtet, sonst erfüllt sie ihre Pflicht durch die Haushaltsführung. Wenn die Mutter Vermögen hat oder wenn sie arbeitet und verdient, kann man von ihr verlangen, daß sie das Wirtschaftsgeld in gleicher Weise wie der Vater aufbringt (§ 1360).

Eine Gesamtschuld der Eltern für den Unterhalt der Kinder wurde im BGB n.F. nicht vorgesehen. Es ist eine viel diskutierte Frage, ob es dort eine

42) Scheffler Anm. 3 zum § 1361 Abs.2 bemerkt: "Mit vollem Recht hat Bosch (Familienrechtsreform S. 52) darauf hingewiesen, daß strenge Unterhaltsbestimmungen zur Einschränkung von Ehescheidungen wirksamer beitragen, als der schönste Katalog der Scheidungsgründe". Das mag stimmen, es fragt sich nur, ob die Herstellung einer Scheidungsbremse durch "Auslegung der Unterhaltsbestimmungen" der richtige Weg ist. Vgl. Müller-Freienfels, Ehe etc. S. 123 ff; M. Weber, Ehefrau etc. S. 554; ders. Frauenfragen etc. S. 154 besonders zutreffend.

43) s. auch Schrade FamRZ 1957 S.364; ferner Massfeller DNotZ 1957 S.464

gesamtschuldnerische Haftung gibt⁴⁴⁾. Doch die Befürchtung, die die Begründung zum Entwurf des Gleichberechtigungsgesetzes ausdrückt, daß bei einer Gesamtschuld die wirtschaftlich schwächere Mutter allzuleicht auf den vollen Unterhalt in Anspruch genommen werden könnte, ist, wie Beitzke⁴⁵⁾ richtig feststellt, unbegründet. Wenn das Kind beim Vater lebt und von ihm einen Teil des Unterhalts erhält, ist er nur hinsichtlich eines evtl. fehlenden Restes rechtsschutzwürdig. Lebt das Kind bei Dritten, so wird der gesetzliche Vertreter schon aus Zweckmäßigkeitsgründen Klage und Vollstreckung so anlegen, daß er schnell Erfolg hat, sich also vorzugsweise an den wirtschaftlich stärkeren Vater halten. Lebt das Kind bei der Mutter, so wird diese bei Ausbleiben des väterlichen Unterhalts das Kind meist auch ohne ausdrückliche Inanspruchnahme voll unterhalten⁴⁶⁾.

Auch nach dem israelischen Entwurf erfüllt die Ehefrau und Mutter ihre Unterhaltspflicht durch ihre Haushaltsführung; denn wie schon bemerkt, steht diese Tätigkeit dem Arbeiterwerb gleich; auch in der Frage der Gesamtschuld bleiben die Verfasser dem Gleichberechtigungsprinzip treu und sehen eine gesamtschuldnerische Haftung vor.

44) Vgl. Schrade FamRZ 1957 S. 348, der eine Gesamtschuld annimmt, wenn beide Eltern verdienen; a.M. Bosch FamRZ 1957 S. 194 (Vb); Massfeller-Reinicke § 1606 Anm. 3; Krüger-Bretzke-Nowack § 1606 Anm. 5; Massfeller DNotZ 1957 S. 364; Palandt § 1606 Anm. 4; weitere Literaturangaben bei Schrade ibid.

45) JR 1959 S. 45

46) Nach Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgrundsatzes, Art. 3 GG, hat sich der BGH im Urteil vom 19. 10. 1956 BGHZ 22, 51, FamRZ 1957 S. 90, für die Gesamtschuld ausgesprochen, sowie ein erheblicher Teil des Schrifttums (Angaben s. Beitzke ibid. S. 46 Fußnote 16). Beitzke, ibid. S. 47, meint, die Praxis sollte sich dahin entschließen, eine Gesamtschuld anzunehmen und die Regelung des § 1606 III BGB so aufzufassen, daß sie lediglich den internen Ausgleich zwischen beiden Eltern betrifft.

SECHSTER ABSCHNITT

ZUR STELLUNG DER FRAU IM JUDENTUM ¹⁾

§ 114

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Ehefrau. Für den aber, der mit dem jüdischen Glauben, dem jüdischen Volke oder dem ganzen Judentum im allgemeinen nicht vertraut ist, würde diese Arbeit einen Mangel an Erörterungen der allgemeinen Frauenfrage aufweisen. Dieser Abschnitt soll nun dazu dienen, einen Einblick in die Stellungnahme des Judentums zur Frau zu geben.

Man muß dabei mit der Schilderung der Stellung der Frau in der Bibel beginnen. Warum? Wer schon eine Forschung über ein Thema im Judentum, sei es im Bereich des Rechts, der Soziologie oder der Philosophie gelesen hat, wird auf die merkwürdige Tatsache gestoßen sein, daß eine solche Arbeit fast immer in die jüdische Geschichte greift. Die jüdische Geschichte spielt eine wesentlich bedeutsamere Rolle im jüdischen Leben als die jeweilige Geschichte anderer Völker im Parallellfall. Die Geschichte der alten Griechen zum Beispiel spielt überhaupt keine Rolle im Leben der gegenwärtigen Griechen, das gleiche gilt für das Ägypten der Pharaonen. Die jüdische Geschichte hat dagegen eine große Bedeutung für die heute lebenden Juden. Das kommt daher, daß ihre Entstehungsgeschichte bzw. die Geschichte der Welt und ihrer Schaffung in der Bibel überliefert wurden. Die Bibel ist für den Juden die einzige Quelle dafür, sie ist aber auch eine heilige Quelle, die von Gott gegeben wurde. Nicht nur die biblischen Gesetze und Gebote sind heilig und unterstehen einer heiligen Sanktion, auch die Geschichte der Stammväter, die allgemeinen Sprüche und Belehrungen wurden Vorbild für den jüdischen Menschen. Juden sind bestrebt, in ihrem Alltagsleben diese Vorbilder nachzuahmen; dies trifft insbesondere zu für die Juden, die in der Diaspora gelebt haben und die noch immer dort leben. Denn dort nimmt das Kind sozusagen schon mit der Muttermilch die biblische Geschichte in sich auf und lernt mit dem 4. oder 5. Lebensjahr die Geschichte unmittelbar aus der Bibel.

1) Vgl. Eschelbacher S. 71ff., der ein Loblied auf die Israelitin von der biblischen Zeit bis zur Neuzeit singt und Goetz aaO., der die Stellung der jüdischen Frau in den verschiedenen Lebensbereichen schildert und sich der Quellen, insbesondere des Talmud, reichlich bedient. Siehe auch Caro aaO.; Döller aaO.; Ency. Judaica Art. Frau; The Universal Jewish Ency. Art. Frau; Hebräische Ency. Art. Frau.

§ 115

Schon auf den ersten Blättern der Bibel, wo von der Erschaffung der Menschen die Rede ist, steht geschrieben, daß die Frau wie der Mann nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen wurden²⁾. Hiermit wird betont, daß Mann und Frau durch ihre gottebenbildliche Natur gleich sind. Die engste Verbundenheit von Mann und Frau kommt in dem Worte zum Ausdruck: "Darum verläßt der Mann seinen Vater und seine Mutter und hanget seinem Weibe an, so daß sie zu einem Fleische werden"³⁾. Dem entspricht auch tatsächlich das Verhältnis zwischen den drei Stammvätern (Abraham, Isaak, Jakob) und den vier Stammmüttern (Sarah, Rebekka, Rachel und Leah), die in enger Gemeinschaft lebten. Die Mütter erscheinen als Gefährtinnen und sogar einflußreiche Beraterinnen ihrer Gatten. Zu Abraham sagt Gott: "In allen was Sarah dir sagt, höre auf ihre Stimme"⁴⁾. Jakob diente um Rachel 7 Jahre, und diese waren in seinen Augen wie wenige Tage⁵⁾; bevor er seinen Schwiegervater verläßt, berät er sich mit seinen Frauen Rachel und Leah.

Was die Mutter in der Bibel betrifft, so wird die Ehrfurcht vor ihr stets mit der Ehrfurcht vor dem Vater tief ins Herz geprägt⁶⁾. Beide, nicht bloß der Vater, gelten als Stellvertreter Gottes⁷⁾. Wie im Gesetz Vater und Mutter einander gleichgestellt werden, so wird auch in der Spruchweisheit der Mutter dieselbe Autorität wie dem Vater zugegeben: "Höre, mein Sohn auf die Zucht deines Vaters, und verwirf nicht die Weisung deiner Mutter"⁸⁾.

Die Frau konnte sich im alten Israel, trotz ihrer eingeschränkten Rechtsstellung, bedeutend erheben. Die Prophetin Mirjam wird neben Moses und Aron als "Führer" des Volkes Israel genannt⁹⁾. Die Richterin und Prophetin Debora wird als "Mutter in Israel" bezeichnet¹⁰⁾.

2) Gen. 1,27

3) ibid. 2,24

4) ibid. 21,12

5) ibid. 29,20

6) "Die Bibel fordert die Ehrung der Mutter noch ausdrücklicher als der Kodex Hammurabi", M. Weber, Ehefrau etc. S. 128

7) Ex. 20,12; 21,15; Lv. 20,9; Dt. 5,16; 21,18

8) Sp. 1, 8; und viele andere Stellen

9) Mich. 6,4

10) Ri. 5,7

Die Prophetin Chulda wird in entscheidender Stunde vor allen anderen Propheten vom König Josia nach dem Wort Gottes befragt¹¹⁾. Von klugen und einflußreichen Frauen wird auch sonst häufig in der Bibel erzählt.

Wie manche Forscher behaupten, galt die Frau rechtlich als Eigentum des Mannes¹²⁾. Daher blieb auch die Stellung der Frau dem Mann gegenüber in mancher Hinsicht untergeordnet¹³⁾; doch muß man hier betonen, daß die Frau bei den Israeliten eine Stellung eingenommen hat wie bei wenigen anderen Völkern. Man findet bei ihnen keine Spur von einem "Verkaufs-, Versenkungs-, Züchtigungs-¹⁴⁾ oder gar Tötungsrecht" wie bei vielen anderen Völkern¹⁵⁾. Außerdem hat die wissenschaftliche Erforschung der Bibel - sie mag richtig oder unrichtig, begründet oder unbegründet sein - keinen Einfluß auf die jüdische Lehre. Nur die biblische Geschichte, so, wie sie sich im Bewußtsein des Volkes abgespielt hat, hatte und hat noch immer eine wesentliche Bedeutung für die Prägung der jüdischen Verhaltensweisen, Einstellungen und Haltungen.

§ 116

In der Mischna-Epoche wurde die Grundregel, daß die Frau dem Manne gleiche, festgesetzt. "Die Thora sagt: die du ihnen vorlegen sollst; die Thora hat damit die Frau dem Mann hinsichtlich aller Zivilgesetze gleichgestellt¹⁶⁾". Es sind zwar zu der Zeit etliche Reste der Vaterherrschaft über seine Tochter festzustellen. Der Vater konnte seine minderjährige Tochter als Magd verkaufen, was gewiß nur dann geschah, wenn er sie anders nicht besser zu versorgen wußte, außerdem wurde die Tochter im Alter von 12 Jahren und 1 Tag freigelassen. Wenn der Vater Vermögen besaß, so hat man seine Tochter mit seinem Geld, auch gegen seinen Willen, losgekauft. Während der zweiten Tempel-Epoche wurde auch dieser Rest der Vatermacht beseitigt, als jüdische Sklaverei verboten wurde. "Denn das Gesetz vom hebräischen Sklaven habe nur dann Geltung, wenn das Gesetz vom Jubeljahre Geltung hat", da die Freilassung der jüdischen Sklaven zu erfolgen hat¹⁷⁾.

11) Ks. II 22, 12-20

12) Dagegen behauptet Buchholz aaO. S. 40 ff, daß dies in den Anschauungen des Judentums keinen Anhaltspunkt finden kann.

13) s. jüd. Lex. Frau

14) "Wie es viele mittelalterliche Rechtsbücher, ja sogar (in Rußland) christliche Morallehrer statuierten." s. M. Weber, Ehefrau etc. S. 122

15) s. Döllers S. 82

16) Kidu. Fol. 35a

17) Git. Fol. 65a

Die Jubeljahre¹⁸⁾ wurden aufgehoben, schon als die 10 Stämme Israels ins Exil weggeführt wurden (722 v. Chr.)¹⁹⁾. Ein anderer Test der Herrschaft des Vaters war sein Recht, die Tochter zu verheiraten und ihr Mo-
har (Lösegeld) zu fordern²⁰⁾. Aber auch dies wurde abgeschwächt, als man das Verbot aufstellte, die Tochter zu verheiraten, solange sie nicht volljährig ist und selber sagen kann: "Jenen will ich haben"²¹⁾. "Mit dem Tag, da die Tochter erwachsen wurde (12 Jahre und ein Tag), wurde sie von der Munt des Vaters befreit²²⁾ und wurde selbständig²³⁾. Es sind im jüdischen Recht keine Unterschiede zwischen Mann und Frau in bezug auf Rechts- und Geschäftsfähigkeit festzustellen.

Auf einzelnen Gebieten ist jedoch eine Benachteiligung der Frau zu erkennen. Die Tochter erbt nicht zusammen mit dem Bruder; die Ehefrau beerbt ihren Mann nicht, während der Mann seine Frau beerbt. Es wurden verschiedene Anordnungen zugunsten der Benachteiligten getroffen, die aber hier nicht erörtert werden (übrigens hat das jüdische Erbrecht keine Geltung in Israel). Die Frau im jüdischen Recht ist nicht befugt, als Zeu-
ge auszusagen²⁴⁾. Der Grund dafür war, daß die Frau im Orient sich in Angelegenheiten fremder Leute nicht einzumischen pflegte, und es galt sogar als Schande für die Frau, vor Gericht auszusagen²⁵⁾. Die Frau kann nach der Thora nicht als Königin regieren²⁶⁾, und doch kennt die jüdische Geschichte eine Königin, Salome-Alexandra (76-67 v. Chr.), deren Regierung vom Volke als das goldene Zeitalter der Makabäischen Periode empfunden wurde. Sogar von den Weisen wurde sie geschätzt. Auch als Richterin wurde die Frau nicht zugelassen²⁷⁾. In der Bibel jedoch ist die Prophetin Debora als die "das Volk Israel richtete", bekannt.

18) Vgl. auch Kohler aaO. S. 222

19) Jeru. Git. 84

20) s. oben § 16

21) Kidu. Fol. 41a

22) M. Weber, Ehefrau etc. S. 128, meint zwar, daß eine Geschlechts-
vormundschaft wie auch sonst im Orient nicht existierte, dagegen
aber, daß die Töchter bis zur Verheiratung unter der Hausgewalt des
Vaters oder der Brüder blieben. Die geschiedene oder verwitwete Frau
war in talmudischer Zeit in allen Fällen selbständig.

23) s. Gulak aaO. Kao. Frau

24) Ro-Ha Fol. 22, Schaw. Fol. 30

25) Git. Fol. 46a

26) Deut. 17.15

27) Sch. Cho-M. 7,4

Über die Art, wie der Mann seine Frau behandeln und ihr begegnen soll, finden sich im Talmud unzählige Aussprüche. Im folgenden mögen einige von ihnen zitiert werden: "Stets sei der Mann darauf bedacht, seine Frau zu ehren, denn nur um ihrerwillen wird sein Haus gesegnet²⁸⁾."

"Der Mann soll stets sanft mit seiner Frau umgehen²⁹⁾."

"Ist deine Frau klein, dann neige dich zu ihr hinab und flüstere ihr ins Ohr³⁰⁾."

"Ein Jude, der keine Frau hat, ist kein Mensch³¹⁾."

"Er ist ohne Freude, ohne Segen, ohne Seelenfrieden³²⁾."

§ 117

Die heutige Zeit kennt Tendenzen, die Frau immer selbständiger und zur völlig gleichberechtigten Gefährtin des Mannes zu machen. In diesem Sinne hat der Staat Israel auch in seiner Entstehungs-Proklamation zu einem der Prinzipien, die ihm zugrunde liegen, das der Gleichberechtigung, erklärt: Die Gewährung der gleichen Rechte für alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts. Das Gleichberechtigungsgesetz hat dieses Prinzip verwirklicht³³⁾. Sein erster Paragraph bestimmt, daß das gleiche Recht auf jede Rechtshandlung von Mann und Frau anzuwenden ist, und jede gesetzliche Bestimmung, die die Frau als Frau benachteiligt, ist nicht anwendbar. (Diese Bestimmung hat den Status der Ehefrau im jüdischen Recht, wie erörtert, nicht wesentlich geändert, denn das jüdische Recht benachteiligt nicht die Frau als solche, es gewährt ihr im Gegenteil verschiedene Vorteile für die Vermögensteile, die die Ehe mit sich bringt.)

Ein Abschnitt aus dem Entwurf zum Personen- und Familienrecht, nämlich des "Rechtsfähigkeits- und Vormundschaftsgesetzes 1962", wurde am 7. August 1962 von der Knesseth verabschiedet. § 1 des Gesetzes be-

28) Ba-Me 59a

29) Sot. 47a

30) San. 22a

31) Jew. 63a

32) Jew. 62b

33) E.E. Scheftelowitz (Interkonfessionelles und internationales Religionsrecht in Israel, ACP 152. Bd. (32. Bd.) 6. Heft 1953 S. 522 behauptet, daß die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau im israelischen Recht schon seit langem und unabhängig vom Gleichberechtigungsgesetz bestanden habe.

srimmt, daß die Fähigkeit des Menschen, Rechte und Pflichten zu tragen, mit der Vollendung der Geburt beginnt und mit dem Tod endet. Gemäß § 2 ist jeder Mensch geschäftsfähig, es sei denn, seine Geschäftsfähigkeit werde durch Gesetz oder vom Gericht beschränkt. Die Ehefrau ist natürlich diesbezüglich nicht beschränkt, und sie steht dem Mann in jeder Hinsicht gleich.

FORMULAR DER KETUBA

Am ... Tage der Woche, am ... Tage des Monats ... des Jahres ... nach Erschaffung der Welt, nach der Zeitrechnung, die wir hier in der Stadt X zählen; es hat A, Sohn des B, zu der Jungfrau C, Tochter des D, gesagt: Sei mir zur Frau nach dem Gesetze Moses und Israels, und ich will für dich arbeiten, dich in Ehren halten, dich ernähren und versorgen, nach der Sitte der jüdischen Männer, die in Redlichkeit für ihre Frauen arbeiten, sie ehren, versorgen. Auch will ich dir die Morgengabe deiner Jungfräulichkeit geben, 200 Sus in Silbermünzen, die dir gemäß der Thora gebühren, wie auch deine Speise, deine Kleidung und all deinen Bedarf. Dagegen ist die Jungfrau C, Tochter des D, willens, des obgedachten A Ehefrau zu sein. Ihr Heiratsgut, welches sie aus ihres Vaters Haus mitgebracht hat an Silber, Gold, Kleinodien, Kleidern und Bettzeug usw. in Summe Diese Summe übernimmt der Bräutigam in seine Fürsorge und Verwaltung und gibt ihr von dem seinigen auch noch die Summe ... zu, so daß die ganze Summe ... beträgt. Und der Bräutigam spricht also: Ich übernehme die Gewährleistung für diese Ketuba, Mitgift und Zugabe, sowohl für mich als auch für meine Erben nach mir, so daß sie ausbezahlt werden soll mit dem Besten und Vorzüglichsten meines Vermögens, daß ich auf Erden besitze, das ich erwarb oder erwerben werde, sei es an Immobilien oder Mobilien. All dieser Besitz, selbst mein Mantel auf meinen Schultern, soll gewährleisten oder verbürgen, daß deine Ketuba, Mitgift und Zugabe, bezahlt werde bei meinem Leben und nach meinem Tode, vom heutigen Tag an in alle Ewigkeit.

Daß nun diese Verbürgung, wie sie bei den Töchtern Israels gebräuchlich ist und nach den Anordnungen der Weisen normiert wurde, in bezug auf alles oben Geschriebene und Erklärte rechtskräftig werde, haben wir (die Zeugen) vom Bräutigam A für die Braut C rechtskräftig die vorstehenden Rechte erworben.

Alles ist fest und rechtsgültig.

Unterschrift zweier Zeugen

Unterschrift des Bräutigams

Ich versichere an Eides Statt, daß ich nur die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel für die Ausarbeitung der Dissertation benutzt und daß ich die aus anderen Schriften wörtlich oder annähernd wörtlich entnommenen Stellen kenntlich gemacht habe. Ich versichere ferner an Eides Statt, daß ich mich fremder Hilfe nur insoweit bedient habe, als ich dies angegeben habe, und im übrigen der selbständige Urheber der Arbeit bin.

Der Verfasser

LEBENS LAUF

Am 11. Dezember 1931 wurde ich in Preßburg als Sohn des Rabbiners Natan Aron Müller und dessen Ehefrau Gisela geboren.

1939 emigrierten wir nach Palästina.

Nach achtjähriger Schulzeit half ich meinen Eltern, indem ich in verschiedenen Handwerksberufen tätig war; während dieser Zeit schulte ich mich in Abendkursen.

Infolge des Kriegsausbruchs wurde ich 1948 zur israelischen Armee eingezogen und diente bis Ende des Krieges 1949. Anschließend arbeitete ich bis 1951 als Mechaniker bei der Polizei. Damals entschloß ich mich zu studieren. Die Voraussetzungen dafür schuf ich durch ein Selbststudium.

Nach erfolgreichen Kursen erhielt ich die Befähigung, den Lehrberuf auszuüben. Während meiner Tätigkeit als Lehrer begann ich 1953 mein Jurastudium und legte mein Examen nach vier Jahren in Tel-Aviv ab.

Nach Beendigung meines Studiums arbeitete ich zwei Jahre als Referendar. 1960 erhielt ich die Berechtigung, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben.

